

Bonn, Donnerstag 23. April 1970

Sprecher: Adorno, Barzel, [Bilke], Blüm, Dregger, Echternach, Filbinger, Heck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Lampersbach, Pöppinghaus, Pütz, Scheufelen, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex.

Bericht zur Lage. Strategie der Opposition – Konsequenzen aus der Wahlanalyse. Vorbereitung der Landtagswahlkämpfe.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Kiesinger: Wir haben die Damen und Herren der heutigen Sitzung der Landesvorsitzenden und Bundesvorsitzenden der Vereinigungen eingeladen, hier an unserer Vorstandssitzung teilzunehmen. Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, habe ich noch die traurige Pflicht, des Heimgangs eines unserer hochgeschätzten Freunde, des Landesvorsitzenden der CDU Braunschweig und Bundestagsabgeordneten Burgemeister¹, zu gedenken. Ich will es mir jetzt versagen, eine Laudatio zu halten. Sie alle kennen sein hochverdienstvolles Wirken um die CDU. Wir werden seiner in Dankbarkeit gedenken.

BERICHT ZUR LAGE

Die Tagesordnung sieht zunächst einen Bericht zur Lage vor. Das ist natürlich ein umfangreiches Thema. Vielleicht darf ich Sie zur Einstimmung auf eine Merkwürdigkeit aufmerksam machen. Die „Stuttgarter Zeitung“, die bisher eine unserer häßlichsten Gegnerinnen gewesen ist und eine der freudigsten Unterstützerinnen dieser Regierung, hat in den letzten Tagen mehrfach sehr heftige Attacken gegen die Regierung geritten. Heute ist ein ganz besonders harter Angriff, der härteste, den ich überhaupt gelesen habe, gegen diese Regierung von Dirk Koch drin „Innere Reformen – wo?“². In diesem Artikel wird in einer außerordentlich harten Weise mit der Regierung abgerechnet. Ich empfehle, daß dieser Artikel von der Bundesgeschäftsstelle verbreitet

1 Alfred Burgemeister (1906–1970), Einzelhandelskaufmann; 1953–1970 MdB (CDU), 1962–1970 Vorsitzender des KV Helmstedt und 1968–1970 des LV Braunschweig. – Burgemeister war am 23. April 1970 verstorben.

2 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. April 1970 „Innere Reformen – wo?“. Dirk Koch wirft der Bundesregierung vor, ihr fehle der „große Wurf“ sowie „das überzeugende Programm für die Reformen im Innern und das bindende Konzept für die Realisierung dieser Reformen“.

wird, denn er leistet uns natürlich Waffenhilfe. Damit bin ich schon bei der Frage der Beurteilung der Lage.

Auf dem Gebiet dieser Politik der inneren Reformen, das für uns ja auch manches für die Landtags- und Kommunalwahlkämpfe hergibt, hat diese Regierung den Mund sehr voll genommen und hat in der Tat nicht gehalten, was sie versprochen hat. In Diskussionen wird mir dann entgegengehalten, wir verlangten ja von der Regierung, daß sie spare, eine noch stärkere Haushaltssperre usw. Meine Antwort ist immer die: Kein Mensch hindert ja die Regierung, ihre Reformpläne vorzulegen und zu sagen, die Konjunkturlage erlaubt es nicht, dies oder das zu tun, aber das ist eine vorübergehende Erscheinung, jedenfalls das sind unsere Reformvorstellungen, unsere Reformpläne. Hier gilt es natürlich, mit aller Wucht hineinzustoßen, so wie es in der Bundestagsfraktion ja ständig geschieht. Das zweifellos wichtigste Thema, das die Leute landauf, landab bekümmert, sind die steigenden Preise, und es ist von unserer Seite dazu ja alles das, was gesagt werden kann, gesagt worden. Es ist nicht so, daß wir allzu viele Pfeile im Köcher haben, aber das hindert uns nicht, auf die Tatsache hinzuweisen, daß es dieser Regierung nicht gelungen ist, die Preise unter Kontrolle zu halten.³ Wir haben alle möglichen Hilfeleistungen aus allen möglichen Lagern bekommen. Etwas traurig hat mich die in eigener Sache gemachte Bemerkung von Herrn Berg⁴ gestimmt. Aber das hat er natürlich in bezug auf die industriellen Erzeugerpreise gemeint und als Schutzmaßnahme gegen irgendwelche Maßnahmen, die er vielleicht erwartet hat. Aber sonst hagelt es ja von allen Seiten auf diese Regierung ein, und besonders bemerkenswert ist der Bericht der Bundesbank.⁵ Es macht sich sehr gut auf den Versammlungen, wenn man ein paar Sätze aus diesem Bericht vorlegt, die ganz klar eine scharfe Kritik an dieser Regierung enthalten. Und die Bundesbank als autonome Instanz wird dann als eine ganz beträchtliche Unterstützung dessen, was wir zu sagen haben. Es spielt in diese Debatten immer noch die Aufwertungsfrage hinein. Die andere Seite versucht natürlich nach wie vor, das Argument zu bringen, es sei zu spät aufgewertet worden. Ich kann nur noch einmal sagen, wenn schon über Aufwertung diskutiert wird und darüber, ob sie rechtzeitig oder nicht rechtzeitig erfolgt sei, dann können wir das Wort von Herrn Blessing aufnehmen, wenn überhaupt eine wirksame Aufwertung hätte stattfinden sollen, dann hätte die im Herbst 1968 stattfinden müssen. Und da ist ja auch Herr Schiller noch kräftig dagegen gewesen. Ich erinnere an das Schiller-Zitat

3 Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wurde für das Jahr 1970 ein Anstieg der Lebenshaltungskosten von 3 % (zum Vergleich 1969 2,6 %) prognostiziert, vgl. BULLETIN Nr. 17 vom 5. Februar 1970 S. 163. Vgl. auch ebd. Nr. 18 vom 11. Februar 1970 S. 178 f. „Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Monatsbericht Januar 1970“.

4 Fritz Berg (1901–1979), Unternehmer; 1949–1971 Präsident des BDI. – Berg warnte vor dem Verband der südbadischen Industrie in Bad Krozingen vor Steuererhöhungen und weiteren Kostenbelastungen für die Wirtschaft, vgl. dpa vom 16. April 1970 „Berg: Nationale Fusionskontrolle ‚europafeindlich‘“.

5 In ihrem Geschäftsbericht 1969 befürwortete die Deutsche Bundesbank mit Blick auf 1970 Steuererhöhungen, um die Nachfrage zu dämpfen „noch direkter ... hätten freilich zusätzliche Ausgabenkürzungen gewirkt.“ (Zitatesammlung vom 20. April 1970 in ACDP Dokumentation 0/00/9).

von Ende März 1969: „Aus guten Gründen haben wir es nicht getan, und wir haben es auch nicht vor!“⁶ Ein paar Wochen später hatte er es vor. Ich habe von der Bundesgeschäftsstelle da eine Untersuchung gesehen, wie das in der Bevölkerung ankommt.⁷ Da gibt es auch wieder gelenkte Umfragen und Umfrageergebnisse. Die, die ich von der Bundesgeschäftsstelle gesehen habe, ist etwa so ausgefallen, daß 20 % der Leute gegen die Aufwertung sind, etwa 30 % sprechen sich dafür aus, etwa 50 % haben keinerlei Meinung dazu. Also nach wie vor völlige Unsicherheit. Wir sollten also in Diskussionen da gleich kräftig zuschlagen. Wir haben ja Material genug. Im übrigen zeigt sich je länger je mehr ein immer deutlicheres Unbehagen auch bei solchen, die ursprünglich in der Aufwertungsfrage unsicher waren. Daß der jetzige Präsident der Bundesbank, Herr Klasen, ein scharfer Gegner der Aufwertung war und auch noch ist – er hat es mir ausdrücklich privat sagen lassen –, darauf sei nur hingewiesen. Die Lage ist Ihnen allen bekannt. Der Boom geht weiter. Es zeigen sich keine Zeichen der Abschwächung. Die Auftragseingänge bei der Wirtschaft haben nach einer vorübergehenden Abschwächung im Januar wieder zugenommen. Die Äußerung von Herrn Brandt⁸, man sei über das Größte hinweg, ist unglücklicherweise mit der Äußerung von Herrn Berg⁹ zusammengefallen und ist für uns nachteilig in dieser Paarung in der Presse erschienen.

Tatsächlich spricht alles dafür, daß wir keineswegs über das Größte weg sind, sondern daß ganz erhebliche Preissteigerungen in diesem Jahr zu erwarten sind, die zwischen 4 und 6 % bei den Verbraucherpreisen liegen werden, wenn nicht höher. Unser Argument gegen diese Regierung ist ja dies, daß sie zu unsicher gehandelt hat, von einem Extrem zum anderen gesprungen ist, daß sie nur halbe Maßnahmen ergriffen hat und daß sie schließlich die Hauptverantwortung auf die Bundesbank abgeschoben hat. Diese Rekordhöhe des Diskontsatzes von 7,5 % ist Alarmzeichen genug, und wenn es wirklich im Ausland so weiter ginge, daß einige Länder ihre Diskontsätze senken würden, dann würde das noch bedenklicher sein. Es wird von einiger Seite auch auf die Gefahr einer Rezession im Zusammenhang mit diesen einseitigen Maßnahmen der Bundesbank hingewiesen, weil hauptsächlich die Investitionen betroffen werden könnten. Die Investitionsneigung ist sehr vorsichtig. Hier habe ich z. B. eine Meldung: Die Hälfte der befragten Firmen bei einer Schnellumfrage hat ihre Investitionspläne eingeschränkt bzw. zurückgestellt. 52 % der Firmen reduzieren ihre Lagerbestände, um Kapital freizubekommen. Die enormen Zinsen werden als drückend

6 Vgl. dazu EMMINGER S. 151 f.

7 70 % sahen in der Aufwertung der DM „ein entscheidendes Problem“ für die Preisentwicklung („Rheinische Post“ vom 14. April 1970; „CDU muß sich etwas anderes einfallen lassen“).

8 Brandt äußerte sich am 18. April 1970 auf der Landesdelegiertenkonferenz der SPD in Düsseldorf, vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen Nr. 104 vom 18. April 1970; „Die Welt“ vom 18. April 1970 „Brandt zur wirtschaftlichen Lage: Wir sind über das Größte hinweg“.

9 Berg forderte den Verzicht auf weitere konjunkturpolitische Maßnahmen, vgl. dpa vom 21. April 1970 „Berg: Die Wirtschaft braucht jetzt Ruhe“; „Die Welt“ vom 22. April 1970 „Fritz Berg warnt vor Erhöhung der Steuern“.

empfundener. Wieweit diese Sorgen berechtigt sind, wird sich zeigen, aber wir sollten dies in den Wahlkämpfen als ein Argument benutzen, denn da geht es dann um die Sicherheit der Arbeitsplätze, und es könnte sogar eine Kombination von beiden Dingen kommen, nämlich eine Anbahnung der Rezession bei weiter steigenden Preisen, eine Erscheinung, die wir aus Amerika kennen. Das macht den Leuten große Sorgen. Man muß es ihnen sagen. Ich kann nur sagen, meine bisherigen Erfahrungen in den Wahlkämpfen und Diskussionen legen nahe, unsere eigene Argumentation, die natürlich zunächst als eine Argumentation der Opposition empfunden wird, die selbstverständlich auf die Regierung einschlägt, zu verbinden mit solchen seriösen Kritiken, wie sie z. B. im Bericht der Bundesbank enthalten sind. In diesem Zusammenhang: Wen trifft diese einseitige Maßnahme? Vielfach kleine Leute, vor allem aber die Mitte. Das Thema „Mitte“ ist ohne Zweifel ein Thema, das die Leute ganz außerordentlich beschäftigt und ihnen sehr große Sorgen macht. Es ist bisher in unserer Argumentation ein bißchen vernachlässigt worden. Ich glaube, wir sollten uns diesem Thema draußen im Wahlkampf noch stärker widmen. Sie wissen, das Parteipräsidium hat zu diesen Fragen der Wirtschaftspolitik eine Erklärung abgegeben.¹⁰ Im Bundestag waren wir ständig am Feind. Auf Vorschlag des Kollegen Dr. Stoltenberg hatten wir dann eine Zusammenkunft des Parteipräsidiums mit den Ministerpräsidenten und den Wirtschaftsministern.¹¹ Auch wenn wir uns bewußt sind, daß unsere Argumente nicht sehr zahlreich sind – sie sind stark und gewichtig genug, um Eindruck zu machen.

Auf den übrigen Gebieten der Innenpolitik bietet sich statt des bloßen Angriffs, der bloßen Kritik – an der Regierung natürlich – an, daß wir selber Zeichen setzen. Ein solches Zeichen ist gesetzt worden mit der Initiative der Fraktion zur Vermögensbildung¹², die als Alternative zum reinen Verdopplungsvorschlag der Regierung gesetzt ist. Soweit ich es sehen kann, kommen wir in der Presse mit dieser Maßnahme recht gut weg. Es ist doch eine weitgehende Zustimmung da. Ich kann noch nicht beurteilen diese neuen Veröffentlichungen der SPD zur Vermögensbildung. Ich habe daher Herrn Katzer gebeten, der sich natürlich der Sache schon angenommen hat, uns darüber zu berichten.

Und nun kommen all die anderen Themen, die Gegenstand dieses sehr schönen Artikels von Herrn Koch in der „Stuttgarter Zeitung“ sind, all die angekündigten Sätze, die Regierung wolle eine Regierung der inneren Reformen sein – wo sind sie? –, mehr Demokratie wagen, das ist ja ein vorzüglicher Slogan, denn wo immer man hinkommt, kann man ja, angefangen von Herrn Ehmkes Personalpolitik über die Beschneffelungsaktion in Nordrhein-Westfalen¹³, nur fragen, wann hat eine Regierung

10 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 13. April 1970 in ACDP 07–001–1403. Vgl. auch Pressemitteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 14. April 1970.

11 Das Gespräch fand am 4. Mai 1970 statt. Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung vom 4. Mai 1970 in ACDP 07–001–1403.

12 Zum Burgbacher-Plan vgl. Nr. 4 Anm. 27.

13 Zur Kritik an Ehmkes Personalpolitik vgl. „Die Welt“ vom 8. April 1970 „Der Personalrat kritisiert die Pläne von Ehmke“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 10. April 1970 „Im Palais Schaumburg rotieren die Beamten“; „Die Welt“ vom 10. April 1970 „Kontroverse zwischen

in diesem Lande gewagt, ihre Politik hinter einem Nebel zu verbergen und in einer Wolke unverbindlicher Aussagen eine Wende deutscher Politik – das betrifft jetzt die Außenpolitik – herbeizuführen und mit dreister Stirn sich zu weigern, einfach auf die konkretesten Fragen eine klare Aussage zu machen? Mit dieser Formel ist also sehr viel anzufangen.

Natürlich kann man auch auf die Uneinigkeit im Regierungslager hinweisen. Herr Dr. Heck wird nachher in seinem Bericht dazu etwas sagen. Die Frage ist dabei immer nur, wie weit ist es echte sachliche Nichtübereinstimmung oder wie weit ist es abgesprochenes Manöver. Denn man muß annehmen, daß für die kommenden Wahlen die SPD der FDP eine gewisse Waffenhilfe leistet auch durch solche Manöver. Ich will Herrn Dr. Heck nichts vorwegnehmen. Wir haben den Parteitag der SPD in Saarbrücken vor uns.¹⁴ Wir können zurückblicken auf den Landesparteitag der FDP in Nordrhein-Westfalen.¹⁵ Dort fiel auf, daß ganz offensichtlich der Kurs der war: Die Linken wählen uns ohnehin, also müssen wir zusehen, von rechts zu gewinnen. Das war sicher die Parole, die Herr Weyer ausgegeben hatte. Das scheint gelungen zu sein bei der Aufstellung der Landesliste in Nordrhein-Westfalen, ist aber völlig über den Haufen geworfen worden bei den Wahlen zum Vorstand. Die ganze Tendenz zeigt, daß hier dieser Versuch gescheitert ist und daß sich doch die Linken durchgesetzt haben. Wir müssen allerdings hier in allem Freimut und in aller Freundschaft darüber diskutieren und darauf hinweisen, daß eine gewisse Diskussion über das Mitbestimmungsrecht in Nordrhein-Westfalen unter Umständen von der FDP für ihre eigenen Zwecke ausgebeutet werden kann und wird. Ich brauche nur auf die neuesten Meldungen in der Presse hinzuweisen. Hier müssen wir uns unbedingt auf eine gemeinsame Sprache einigen, sonst schaden wir uns selbst bei diesen Auseinandersetzungen.

Beim Parteitag der SPD in Saarbrücken wird man sich offensichtlich bemühen, dort ein einheitliches Bild zu zeigen. Auch die linke Gruppe hat ja gesagt, sie wolle auf diesem Parteitag gedämpft auftreten. Natürlich liegt es im Interesse der SPD, das zu tun. Für diejenigen unter Ihnen, die das Eichengrün-Papier¹⁶ noch nicht gelesen haben, mache ich ausdrücklich auf dieses wichtige Papier aufmerksam. Es ist der Bericht des früheren Generalsekretärs der Jungsozialisten, ein vertraulicher Bericht an den Parteivorstand, der außerordentlich eindrucksvoll ist. In diesem Bericht wird auf die

Ehmke und dem Beamtenbund wieder verschärft“. – „Rheinische Post“ vom 4. November 1969 „Bonner Koalition wurde in Düsseldorf ausprobiert“.

14 11. bis 14. Mai 1970. – Druck: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai 1970 in Saarbrücken. 2 Bde. Bonn o. J.

15 19. April 1970 in Düsseldorf. Vgl. „Rheinische Post“ vom 20. April 1970 „FDP trennt sich von den Konservativen“; „Kölner Stadtanzeiger“ vom 20. April 1970 „FDP betrachtet sich nicht als ein Anhängsel“.

16 Vertrauliches Papier „Zur Lage der Jungsozialisten“ des ehemaligen Geschäftsführers der Jungsozialisten, Ernst Eichengrün, über die Entfremdung zwischen Partei und Jugendorganisation. Vgl. GK-Informationen – Dokumenten-Dienst vom 19. Februar 1970 (ACDP-Dokumentation 9/912); „Süddeutsche Zeitung“ vom 6. Februar 1970 „Jungsozialisten wollen SPD umdrehen“.

Gefahr hingewiesen für die Programmatik der SPD. Es wird gesagt, den Leuten ist es ernst. Man soll ja nicht glauben, daß, wenn sie sich einmal durchgesetzt hätten, sie sich wieder in das Establishment einfügen würden. Sie seien von einem wirklichen revolutionären Willen erfüllt, der klar auf eine jugoslawische Lösung gehe. Dieser Satz steht so drin. Man leugnet den prinzipiellen Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus, sprich also Sozialdemokratismus, und betrachtet die Außenpolitik jetzt also lediglich als eine Abschirmmaßnahme, um die gewollten revolutionären Maßnahmen durchzuführen. Und dann wird am Schluß zitiert ein Ausspruch des stellvertretenden Vorsitzenden Karsten Voigt, daß bei der nächsten Bundestagswahl mindestens die Hälfte der SPD-Kandidaten auf die Unterstützung der Jungsozialisten angewiesen sei.

Ich hatte vorhin eine Unterhaltung mit Herrn Dr. Kohl und mit Herrn Dr. Dregger und mit einigen Mitgliedern aus Nordrhein-Westfalen mit der Bitte, doch einmal festzustellen, wieweit sich das heute schon abzeichnet oder realisiert ist. Darüber können ja die Damen und Herren nachher berichten. Zum Beispiel in Hessen scheint schon eine sehr feste Absicherung dieser Jungsozialisten stattgefunden zu haben. Herr Dr. Kohl sprach von einem Viertel der sicheren Wahlkreise, und dieses Viertel wird natürlich ohne Zweifel andere nachziehen. Aber auch in Nordrhein-Westfalen scheint diese Tendenz schon ziemlich verfestigt zu sein. Man wird das sehr genau beobachten müssen. Wenn wir Fakten bringen können, dann ist das ja sehr viel besser, als wenn wir nur allgemeine Aussagen machen. Es ist ja bekannt geworden, daß die Führung der SPD eine Fragebogenaktion veranstaltet hat – 150.000 Fragebogen sind versandt worden –, mit denen bewiesen werden sollte, daß die Masse der Jungsozialisten (jedes SPD-Mitglied unter 35 Jahren ist ja automatisch Mitglied der Jungsozialisten) anders denke als die Führungsgruppe. Man hört, daß nur 10 % Antworten und diese vielfach manipuliert eingegangen seien. Eine Publikation ist, soweit ich sehe, bisher nicht erfolgt. Diese propagandistische Entlastungsoffensive hat sich also offensichtlich als ein Fehlschlag erwiesen. Ich halte das, abgesehen von der propagandistischen Auswertungsmöglichkeit für uns für die vor uns liegenden fünf Landtagswahlen, für eine außerordentlich bedeutsame Entwicklung. Es ist selbstverständlich, daß, wenn sich diese Kräfte durchsetzen würden, dies zu einer Stärkung unserer Position zwangsläufig führen müßte, etwas, was diese Kräfte auch durchaus in Kauf nehmen. Da lautet etwa das Motto: „Ja, wenn wir das machen, was ihr Alten in der SPD wollt, dann können wir auch gleich zur CDU gehen. Wir verwalten das revolutionäre Erbe. Wir wollen die sozialistische Revolution.“ Wir werden also abwarten müssen, wie das in Saarbrücken geht, und selbstverständlich ausbeuten müssen aus dem, was da passiert, was immer möglich ist. Auch solche Sachen, daß sie Helmut Schmidt hinauswählen wollen, daß sie einen Gegenkandidaten für ihn aufstellen wollen und dergleichen.

Ich wende mich jetzt der Außenpolitik zu und dies zunächst einmal ohne Rücksicht auf die Frage, die unter uns ja viel diskutierte Frage, wie stark oder wie weniger stark wir eine außenpolitische Debatte in diesen Wahlkämpfen führen sollen oder nicht. Auch darüber müssen wir uns heute auf dieser Sitzung des Vorstands noch einmal unterhalten, denn es ist wichtig genug. Das wichtigste ist natürlich dies, daß wir feststellen müssen – ich sage es jetzt mit einem Wort des Fraktionsvorsitzenden –, daß

eine Schwelle überschritten worden ist und daß das für uns entscheidend ist. Die CDU wird eine sehr sorgfältig formulierte und begründete Große Anfrage einbringen, wo ebenfalls ausgegangen wird von dem Satz: „Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bundesregierung eine entscheidende Wende der deutschen Politik beabsichtige.“ Nun ist es sehr schwer, über dieses Thema zu sprechen. Wir alle, die wir engeren Kontakt haben sowohl zu dieser Regierung, d. h. soweit wir eben gelegentlich informiert werden von dieser Regierung und soweit wir Gelegenheit haben, dabei auch etwas mehr herauszuholen, als was in der Öffentlichkeit gesagt wird, aber auch Kontakte zu ausländischen Politikern und Journalisten – wir alle stehen vor diesem im Grunde genommen erstaunlichen und dreisten Phänomen, daß hier eine Regierung ihre Absichten zu verbergen droht, daß das, was heute so gesagt wird, morgen anders gesagt wird, daß ständig in unverbindliche Formeln ausgewichen wird. Wenn es irgendwo Formelkram gibt, dann in den Aussagen des Herrn Brandt und seiner Leute. Ich persönlich bin nach den vielen, vielen Versuchen – ich habe ja auch mit Brandt gesprochen, so wie es unsere führenden Leute in der Fraktion taten, einmal war Egon Bahr bei mir, von Brandt geschickt, ich habe über andere Auffassungen von Wehner erfahren, aber natürlich auch Äußerungen gehört von führenden SPD-Leuten, die sich sehr unglücklich über die Entwicklung geäußert haben, so wie natürlich auch Leute bei der FDP sich unbehaglich fühlen. Bei mir verstärkt sich der Verdacht immer mehr, daß die Motive dieser Politik – und es ist ja nicht nur Deutschland- und Ostpolitik, sondern ein Zusammenhang, und der Fraktionsvorsitzende hat mit großem Recht und mit dem gebotenen Ernst das Thema aufgegriffen in der letzten Debatte, indem er Brandts Wort aufgriff, das er in London gesprochen hat, daß das politische Europa eine Aufgabe späterer Generationen sei.¹⁷ Man muß dieses Wort in der Tat ernst nehmen. Das ist nicht nur so hingesagt gewesen, sondern hier droht etwas einzutreten, was die „Neue Zürcher Zeitung“, die ja wohl die schärfste Kritik an der Politik dieser Regierung übt, etwa so ausgedrückt hat, daß sie sagte, es scheint sich anstelle des bisherigen westlichen Europa-Konzepts mehr und mehr die sowjetrussische Konzeption durchzusetzen.¹⁸ Vor einer Woche hat Herr Kusmin¹⁹ und ihn unterstützend die „Prawda“ wieder gesagt, es könne mit Befriedigung festgestellt werden, daß in Westeuropa sich mehr und mehr die Auffassung durchsetzte, daß man nicht die westeuropäische Einigung im Sinne der NATO weitertreiben sollte, sondern daß man gleich an deren Stelle eine allgemeine europäische Ordnung setzen solle, wie sie bei der von der Sowjetunion

17 Barzel äußerte sich im Bundestag nach der Abgabe einer persönlichen Erklärung des Bundeskanzlers, vgl. Sten.Ber. 6. WP 42. Sitzung am 15. April 1970 S. 2128–2133, hier S. 2129. – Brandt hielt sich vom 2. bis 4. März 1970 zu einem Besuch in Großbritannien auf, vgl. AdG 1970 S. 15323–15325.

18 Vgl. NZZ vom 12. April 1970 „Vorleistungen“.

19 Josif Josifowitsch Kusmin (geb. 1910), sowjetischer Politiker; 1930 KPdSU, 1940–1946 stv. Vorsitzender der Kommission für Parteidisziplin der KPdSU, 1947–1952 Mitarbeiter im Ministerrat der UdSSR, 1952 Mitglied im ZK der KPdSU, 1957–1959 Vorsitzender des Komitees für Wirtschaftsplanung (Gosplan), 1960–1963 Botschafter in der Schweiz, stv. Außenhandelsminister.

und ihren Satelliten vorgeschlagenen europäischen Sicherheitskonferenz gewollt sei. Wir müssen diese Sachen außerordentlich ernst nehmen, auch gerade wenn wir über Außenpolitik sprechen. Es ist tatsächlich so, daß, wenn wir uns festnageln lassen auf den bloß isolierten Streit um völkerrechtliche Anerkennung oder nicht, auf die Frage um das Wort „Wiedervereinigung“ oder „Nichtwiedervereinigung“, daß das den Leuten zum Halse heraushängt. Außerdem ist das alles zu sehr zerstückt, sie sehen nicht richtig den Zusammenhang.

Wir müssen also diese Deutschland- und Ostpolitik in unseren Darstellungen – das gilt nun auch ganz praktisch für diese Wahlkämpfe – als ein Gesamtkonzept der Sowjetunion auf der einen Seite sehen und als ein Gesamtkonzept dieser Regierung auf der anderen Seite. Ob es ein Gesamtkonzept ist, ist eine ganz andere Frage. Ich fürchte, in den verschiedenen Köpfen malt sich das ganz anders aus. Für Herrn Wehner sieht das sicher ganz anders aus als für Herrn Brandt z. B. oder besser gesagt für Brandt und seine Berater, die durch ihn zu regieren versuchen. Diese Gefahr ist natürlich nicht nur bei uns in der Bundesrepublik vorhanden. Sie ist überall in Europa zu finden, und ich brauche Sie nicht darauf hinzuweisen, wie gewaltig der Einfluß der Sowjetunion von Jahr zu Jahr gewachsen ist und ganz offensichtlich weiter wächst, trotz aller inneren Schwierigkeiten, die sie hat. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind ja offensichtlich. Die Rede von Herrn Breschnew zum 100. Geburtstag von Lenin hat diese Schwierigkeiten aufgezeigt.²⁰ Aber wie viele derartige Schwierigkeiten haben wir in den vergangenen 50 Jahren bei der Sowjetunion erlebt. Sie hat sie immer wieder überstanden, weil ihr Regime eben überstehen kann.

Ich muß auch hier auf den Bericht des amerikanischen Präsidenten²¹ hinweisen, und zwar im Zusammenhang mit den Äußerungen von Herrn Brandt vor dem Kongreß²², der nicht umsonst die schweren Worte in den Mund nahm, daß es einen fundamentalen schicksalsträchtigen Wandel in den strategischen Verhältnissen gegeben habe und gebe. Er hat ja die Zahlen genannt. Er hat vorausgesagt, wie das in den 70er Jahren aussehen wird. Es ist also gar kein Zweifel, daß auf nuklearem Gebiet die Russen gleichgezogen haben – ich will keinen schärferen Ausdruck gebrauchen. Die Amerikaner können natürlich, wenn sie dieses Opfer bringen wollen, dieses Rennen gewinnen. Die Frage ist nur, ob sie das wollen angesichts ihrer inneren Situation und ihrer großen Schwierigkeiten. Die Sowjetunion hat uns im Norden und Süden umklammert

20 Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin (1870–1924), russischer Politiker und Revolutionsführer. – Vgl. dazu „Die Welt“ vom 21. April 1970 „Noch meistert der Osten die technische Revolution nicht“; FAZ vom 22. April 1970 „Breschnew kündigt langfristiges Wirtschaftsprogramm an“; Abdruck der Rede Breschnews in „Neues Deutschland“ vom 22. April 1970 S. 3–7.

21 Nixon hatte dem Kongreß am 18. Februar 1970 einen aus vier Teilen bestehenden Bericht über die Strategie der amerikanischen Außenpolitik in den 1970er Jahren vorgelegt, vgl. AdG 1970 S. 15316–15321. – Texte im Internet: http://www.nixonlibrary.org/clientuploads/directory/archive/1970_pdf_files/1970_0045a.pdf (bis 1970_0045d.pdf).

22 Brandt hielt sich vom 4. bis 11. April 1970 in den USA auf, vgl. AdG 1970 S. 15411–15413; zur Rede Brandts vor dem Kongreß vgl. S. 15413. Vgl. auch AAPD 1970 Dok. 146, 153 und 156.

– maritim – und natürlich auch im Einfluß auf die Länder. Meine Damen und Herren, ich muß bei dieser Gelegenheit – es wäre dem Rang dieses Gremiums nicht angemessen, wenn ich es nicht täte – meine Sorge sagen über die mögliche Entwicklung, die ich im Mittelmeerraum sehe mit ihren unmittelbaren Auswirkungen auf uns selbst. Die maritime Präsenz der Sowjetunion dort ist bekannt. Es ist bekannt, wie sie spielt mit dem Konflikt im Nahen Osten und wie sie sehr viel leichter spielen kann. Ich habe jetzt gerade in „Newsweek“ einen sehr guten Artikel von George W. Ball²³ über diese Fragen gelesen, wo er mit großem Ernst auf die geringere Manövrierfähigkeit der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion auf all diesen Gebieten hinweist. Der Artikel ist sehr düster, sehr pessimistisch, und man muß eine solche Stimme eines immerhin so erfahrenen und klugen Mannes hören. Wir wissen, daß jetzt ein großer Teil der arabischen Staaten unter dem Einfluß der Sowjetunion steht. Wir alle wissen nicht, was in Griechenland geschehen wird.²⁴ Es ist sehr symptomatisch, daß unsere Linke in jeder Diskussion nach Griechenland fragt. Vietnam hat allmählich abgenommen. Nun, was immer in Griechenland passiert, ist sicher nicht schön. Aber ich hatte noch als Kanzler einmal unsere Botschafter bei mir und ließ mir jeweils über die verschiedenen Regionen berichten. Da hat der stellvertretende Botschafter in Athen mit einem gewissen Pathos gesagt: „Herr Bundeskanzler, der Himmel über Hellas ist trüb.“²⁵ Darauf gab es ein Gelächter. Nun wußte ich ja, wie die Nachbarn die Situation beurteilen und sagte dann mit Pokerface, dann wollen wir mal hören, was die Herren aus den Nachbarhauptstädten zu berichten haben. Wie sieht man die Situation in Belgrad, in Ankara und Rom? Und dabei kam natürlich heraus, daß man überall froh ist, daß dieses Regime dort ist, weil es ganz einfach eine gewisse Garantie gegen mögliche Entwicklungen nach ganz links bietet, die für jedermann, natürlich auch für uns, verheerend wären.

Wir denken zurück an das Jahr 1948, an die Truman-Doktrin²⁶, an den Beginn der NATO usw. Es ist eben die alte Geschichte, wenn irgendwo von rechts eine Diktatur gegründet wird, dann ist das grausig, während wenn links Scheußlichkeiten passieren, das immer entschuldigt wird. Hier hilft natürlich in der Diskussion sofort und sehr

23 George Wildman Ball (1909–1994), amerikanischer Rechtsanwalt und Diplomat. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 54 Anm. 62.

24 Am 21. April 1967 hatte das griechische Militär unter Führung von Giorgios Papadopoulos geputscht (Putsch der Obristen) und die Macht übernommen. König Konstantin II. floh am 14. Dezember 1967 mit seiner Familie ins Exil nach Rom.

25 Name nicht zu ermitteln. Treffen vermutlich beim Defilee des Diplomatischen Corps anlässlich der Beisetzungsfestlichkeiten für Konrad Adenauer am 22. April 1967 (vgl. Terminkalender in ACDP 01–226–738).

26 Harry Truman (1884–1972), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1945–1953 Präsident. Vgl. Alonzo HAMBY: *Man of the People: A Life of Harry S. Truman*. New York 1995. – Truman verkündete seine Doktrin am 12. März 1947 vor beiden Häusern des Kongresses. Die Doktrin sah vor, Ländern, deren Freiheit bedroht war – in diesem besonderen Falle Griechenland und der Türkei –, Beistand zu gewähren (Text im Internet: http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study_collections/doctrine/large/documents/index.php?documentdate=1947-03-12&documentid=5-9&pagenumber=1).

gründlich das Argument, kümmert euch mal ein bißchen mehr um das, was unseren Landsleuten drüben passiert unter jener Diktatur. Damit ist selbstverständlich dieses Scharmützel dann für uns gewonnen. Aber es ist ja nicht nur Griechenland. Es ist auch Jugoslawien. Jedermann weiß, daß Tito²⁷ diese fünf Völker zusammenhält, die auseinanderstreben, wo ganz gewaltige Leidenschaften mit am Werk sind. Und er ist über 80 Jahre, und wenn er also abgeht, dann weiß kein Mensch, was da passiert. Tito selber betont gelegentlich in Gesprächen, daß er sich sehr wohl bewußt ist, daß Jugoslawien unter die Breschnew-Doktrin fällt. Und das ist auch die erklärte Meinung Moskaus. Daraus ergibt sich also der Anspruch Moskaus – Tito hat das schon im Zusammenhang mit der tschechoslowakischen Krise befürchtet –, bei sich bietender Gelegenheit zuzugreifen. Käme dann eine entsprechende Entwicklung in Griechenland dazu – Albanien wäre dann ohnehin abgeschrieben –, dann würde eine Entwicklung beginnen, von der man nicht sagen kann, wo sie endet. Die Türkei ist darauf angewiesen, daß diese Bastion gehalten wird. Das wissen wir alle.

Ein Blick auf Italien zeigt nach wie vor eine machtvolle kommunistische Partei. Sie werden demnächst Regionalwahlen haben. Man berichtet mir, daß Rumor²⁸ vor allem fürchtet, daß die Gebiete um Rom von den Kommunisten erobert werden könnten und daß von da aus ein starker Druck auf Rom ausgeübt werden könnte. Es ist ja in der Tat so: Jedes Land, das eine machtvolle kommunistische Partei hat, kann das normale parlamentarische Spiel eben nicht mehr spielen, denn die machtvolle kommunistische Gruppe spielt zwar hinein in dieses Spiel, aber sie spielt nicht mit. Und so ist es in Italien. Italien ist tatsächlich weitgehend außenpolitisch manövrierunfähig und innenpolitisch in einer sehr, sehr schwierigen Situation. Es ist anfällig und wäre in einer Mittelmeersituation, wie sie kommen könnte, äußerst gefährdet. Auch in Spanien liegen die Dinge sehr, sehr fragwürdig. Franco²⁹ ist ein alter Mann. Wir haben eine Schwenkung der spanischen Außenpolitik zu verzeichnen, Spanien sucht bessere Beziehungen zu den kommunistischen Staaten. Die Gründe liegen auf der Hand angesichts früherer Erfahrungen, angesichts möglicher Ereignisse nach dem Abgang Francos. Sie lassen diese Politik verständlich erscheinen, die Frage ist nur, wieweit sie gehen. Vielleicht ist aber auch ein bißchen Taktik mit im Spiel anderer Art. Ich kann es nicht sagen. Die Spanier hat man ja immer vor der Tür stehen lassen. Sie wollten nach Europa, sie wollten sogar in die NATO. Man hat sie nicht aufgenommen. Vielleicht spielen sie jetzt ein Spiel mit dem Osten oder auf den Osten hin, um den Westen etwas bereiter zu machen, sie in seine Arme zu nehmen. Ich habe darüber noch kein endgültiges Urteil.

27 Josip Broz Tito (1892–1980), jugoslawischer Politiker; 1953–1980 Staatspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1001 Anm. 4.

28 Dr. Mariano Rumor (1915–1990), italienischer Politiker (Democrazia Cristiana); 1968–1970 Ministerpräsident.

29 Francisco Franco y Bahamonde Salgado Pardo (1892–1975), spanischer General und Diktator; 1907 Eintritt in die Militärakademie Toledo, 1915 Ernennung zum Major, 1927–1931 Leiter der Militärakademie Saragossa, 1935 Oberbefehlshaber der spanische Armee in Marokko, 1939–1975 Staatschef (Caudillo).

Amerika selber ist ein Land, das sich selber nicht nur in großen praktischen Schwierigkeiten befindet, sondern in einer ganz schweren Bewußtseinskrise. Und es ist für uns das entscheidende, immer wieder zu sagen, wie ich es z. B. vor kurzem bei einem unserer politischen Freunde tat, der alle meine Argumente anerkannte, die ich vorbrachte, aber am Schluß sagte: Eine Weltmacht gibt sich nicht selbst auf! Ja, meine Damen und Herren, wenn man sich so sicher darauf verlassen könnte, daß ein Volk und gerade eine Massendemokratie, bei der die Staatsmänner ja von der öffentlichen Meinung abhängig sind, das Logische tut, zwangsläufig das Logische tut, verläßlich das Logische tut, dann wäre die Geschichte sehr weniger farbig, als sie in der Tat ist. Nein, wir müssen also da manches befürchten im Zusammenhang mit der sogenannten neuen Ostpolitik der Regierung.

Ich will nur ganz kurz auf den Besuch von Brandt in den Vereinigten Staaten eingehen. Es gibt da eine erstaunliche Pressemitteilung des SPD-Pressedienstes, die ganz im Gegensatz zu den Jubelberichten der Hofpresse steht und in der es heißt: „Nixon hat dem Kanzler bezüglich der Ostpolitik ausdrücklich sein Vertrauen ausgesprochen. Die in amerikanischen Regierungskreisen bestehenden Bedenken, daß Bonn darin zu weit gehen könne, sind zerstreut worden.“³⁰ Also es wird immerhin zugegeben, daß es diese gibt. Und dann: „Der Rahmen, den die deutsche Seite in Washington abgesteckt hat, erscheint enger, als die innerpolitische Auseinandersetzung vermuten ließ.“ Das ist eine ziemlich deutliche Aussage. Auch der sonstige Duktus dieser Mitteilung ist sehr, sehr gedämpft. Die Tatsache, daß kein Communiqué herausgegeben worden ist, ist nicht so harmlos zu nehmen, wie es die SPD-Führung darstellen will, sondern das ist natürlich zurückzuführen auf den Wunsch des Präsidenten, sich nicht festlegen zu lassen. Er wird sich weder für unsere oppositionelle Haltung festbinden lassen, noch etwa für die der Regierung. Natürlich muß er sagen, daß er die Normalisierungsbestrebungen der deutschen Seite begrüße. Was soll er sonst tun in dem Augenblick, wo er selber von der Konfrontation zur Negotiation und von der Negotiation zur Kooperation neigt. Wie er selbst über diese Möglichkeiten denkt, ist mir nur zu gut bekannt. Ich selber werde ihn am 19. Mai treffen in Washington, ihn und den Außenminister Rogers und natürlich auch andere, und werde dabei Gelegenheit haben, unsere Auffassungen darzulegen.

Die Schwierigkeit für uns – um kurz auf die Auseinandersetzung im Wahlkampf einzugehen – ist die, daß diese Nebelwolke da ist. Denn die entscheidenden Gespräche sind ja nicht die in Erfurt und in Kassel³¹; das sind ja nur Randerscheinungen für das, was in Moskau gesprochen worden ist und was mit Moskau abgeschlossen werden soll. Wir haben gesagt, Verhandlungen über Gewaltverzicht und nichts sonst, denn das ist ja der Sinn von Verhandlungen über Gewaltverzicht. Und der frühere Außenminister Brandt hat diesen Satz vorbildlich formuliert – ich habe ihn ja vorgelesen –, das sei ja

30 Vgl. SPD-Pressedienst vom 13. April 1970 „Gefestigte Partnerschaft“.

31 Zum Erfurter Treffen am 19. März 1970 vgl. Nr. 6 Anm. 1. – Das Treffen von Brandt und Stoph in Kassel fand am 21. Mai 1970 statt. Vgl. die Aufzeichnung Brandts zum Treffen in AAPD 1970 Dok. 226.

eben, wenn Streitfragen da seien, die nicht zu lösen seien, dann habe es keinen Sinn, daß man sich deswegen miteinander streite, sondern dann soll man sich eben zusammenfinden und sagen, wir verzichten bei der Lösung dieser Fragen auf Gewalt und Drohung mit Gewalt. Und gerade in diesem Zusammenhang wird die völlig unsinnige Vorabunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags³² noch einmal besonders grell beleuchtet.

Übrigens habe ich dieses Urteil auch von prominenter amerikanischer Seite gehört, also von jemand, der durchaus will, daß die Bundesrepublik den Atomsperrvertrag unterzeichnet, aber der den Zeitpunkt, den Brandt gewählt hat, für denkbar ungünstig hielt und der dies auch Brandt expressis verbis gesagt hat. Wie weit wollen die nun gehen? Der eine Satz im Kommuniqué in Moskau sagt eigentlich schon alles „Ausgehend von der wirklichen Lage in Europa“.³³ Das ist der Satz, den die Sowjetunion immer benutzt, wenn sie ihre Kapitulationsforderungen aufstellt. Das ist der Satz, den Herr Abrassimow³⁴ in seiner höchst bemerkenswerten Rede zum 100. Geburtstag Lenins gesagt hat. Sie ist verteilt worden, wenn ich mich recht erinnere, wenigstens an die Mitglieder der Fraktion; wenn es also noch nicht im Vorstand geschehen sein sollte, dann würde ich anregen, daß die Bundesgeschäftsstelle dies tut, denn da ist von Abrassimow noch einmal alles mit aller wünschenswertester Klarheit zusammengestellt, und zwar nicht nur die sehr harte Formel, die uns betrifft, in der auch hinsichtlich Berlins ein sehr scharfer Satz enthalten ist, nämlich der Verzicht auf – wie er sagte – unsere „unsinnigen und widerrechtlichen Ansprüche auf Berlin“, sondern es ist die Koexistenz noch einmal als eine Form des Klassenkampfes definiert worden; es ist noch einmal klar gesagt worden, die Politik der friedlichen Koexistenz enthalte Elemente der Verständigung und Elemente des Kampfes, wobei die Elemente des Kampfes nicht nur die sind, die man mitunter im Westen gläubig abnimmt, daß nämlich dieser Kampf in ideologisch propagandistischer Richtung stattfindet. Nein, es ist die klare Aussage, daß überall, wo sich sozialistische und kommunistische Kräfte gegen die Gesellschaftsordnung und politische Ordnung stemmen, daß denen Unterstützung geleistet wird. Und der Bürgerkrieg wird als ein ganz legitimes Mittel des internationalen sozialistischen Kampfes angesehen. Die interessantesten Ausführungen Abrassimows sind aber die, wo er die Außenpolitik als ein ausschließliches Mittel zur Durchsetzung der Weltrevolution, zur Durchsetzung des Kommunismus in der Welt darstellt. Ich empfehle dringend, diese Rede zu lesen, meine Damen und Herren. Also, nach diesem Satz im Kommuniqué und nach dem, was wir sonst erfahren, scheint in der Tat diese Regierung nicht etwa nur, wie auch manche unserer Freunde denken, einen frischen

32 Die Bundesregierung unterzeichnete am 28. November 1969 den Nichtverbreitungs-Vertrag, vgl. BULLETIN Nr. 145 vom 29. November 1969 S. 1233–1236. Vgl. auch Nr. 2 Anm. 53.

33 „Kommuniqué zum deutsch-sowjetischen Meinungsaustausch über ein Gewaltverzichtsabkommen“ (BULLETIN Nr. 41 vom 24. März 1970 S. 400).

34 Pjotr Andrejewitsch Abrassimow (geb. 1912), sowjetischer Diplomat; 1962–1971 und 1975–1983 Botschafter in der DDR. – Abdruck der Rede Abrassimows über „Wladimir Iljitsch Lenin – der Begründer der Außenpolitik der DDR“ in „Neues Deutschland“ vom 1. April 1970 S. 6.

Ritt nach Osten vorzuhaben, der, wenn er nichts einbringt, zu dem Befehl führt „Das Ganze kehrt!“ und dann gesagt wird, jetzt haben wir ausgelotet, wie wir es immer wollten, da hat sich ergeben, es ist nichts zu machen. Infolgedessen wenden wir uns frisch und unbeschwert nach Westen. Ich glaube, diese Möglichkeit der Rückkehr ist nicht mehr gegeben, zudem ja durch die bisherige Politik der Regierung unsere bisherigen Positionen – das ist der Eindruck überall im Ausland – zerschlagen worden sind. Mit anderen Worten: Ich weiß nicht, ob es noch möglich sein kann überhaupt, die Aufnahme der DDR in die internationalen Organisationen, insbesondere die UNO, abzuwehren. Und das bedeutet natürlich praktisch die völkerrechtliche Anerkennung, auch wenn dies de jure in den bilateralen Beziehungen noch nicht der Fall ist. Darüber streiten sich ja im übrigen die Völkerrechtler. Aber hier ist nicht der Streit der Völkerrechtler entscheidend, sondern hier ist nun einmal die normative Kraft des Faktischen entscheidend. Ich weiß nicht, ob das noch zu verhindern ist.

Und damit gewinnt der Kampf des Herrn Ulbricht einen besonderen Aspekt. Ich habe immer Ulbricht im Verdacht gehabt, daß seine Taktik die ist, daß er sich auf die Gespräche einläßt mit dem Willen nach internationaler Aufwertung, aber nicht mit dem Willen, durch uns aufgewertet zu werden. Für ihn wäre die ideale Lösung die, daß er multilateral und bilateral anerkannt wird, und dann könnte er hohnlächelnd dieser Regierung sagen, bleibt ihr bei eurer Formel „Für uns nicht Ausland“, die Dinge sind geschehen. Ulbricht muß man immer als einen Mann sehen, der sich als eine der führenden Figuren des Weltkommunismus begreift. Er fühlt sich als zum Führungsgremium der Weltrevolution gehörend. Und deswegen gibt es auch diese ganzen törichten Auseinandersetzungen, was hat Moskau Ulbricht befohlen, was er tun soll. Was Moskau befohlen hat, ist ganz klar, nämlich in keiner Weise abzuweichen von der von Moskau vorgeschriebenen Linie innen- wie außenpolitisch. Die ganzen Spekulationen, die man darüber liest, sind falsch. Im übrigen, was den Eintritt der DDR in die UNO anlangt, so hat es ein offenbar mißverständenes Interview von Herrn Barth in der „Welt“ gegeben mit Richardson, dem Stellvertreter des Außenministers.³⁵ Dies war so überschrieben etwa, Amerika hat nichts gegen den Eintritt der DDR in die UNO. Richardson hat inzwischen bei verschiedenen Gelegenheiten das richtiggestellt, daß das eine rein theoretische Ausführung gewesen wäre, wie die Lage wäre, wenn Herr Dr. Stoltenberg hat Richardson bei einer Konferenz in der Schweiz getroffen. Er hat mir dankenswerterweise eine Notiz darüber gegeben, was er ihm zu diesem Punkt gesagt hat, und Herr Blumenfeld hat in der Fraktion ebenfalls einen bestätigenden Bericht gegeben.³⁶ Es ist also ganz offensichtlich nicht so, daß man in den Vereinigten Staaten sich so entschieden hätte.

35 Heinz Barth, Korrespondent der „Welt“ in den USA. – Elliot Lee Richardson (1920–1999), amerikanischer Jurist und Politiker; 1969/70 Unterstaatssekretär im Außenministerium, 1970–1973 Minister für Gesundheit, Unterricht und Wohlfahrt, Januar bis Mai 1973 Verteidigungsminister, Mai bis Oktober 1973 Justizminister, 1976/77 Handelsminister. – Vgl. „Die Welt“ vom 18. April 1970 „USA wollen Aufnahme Bonns und Ost-Berlins in die UNO nicht ablehnen“.

36 In den Fraktionsprotokollen ist keine Wortmeldung von Blumenfeld verzeichnet. Frakti-

Meine Damen und Herren, diese nebelige, vernebelte Politik, die sich auch jetzt, wo diese Leute in der Regierung sind, so wie vorher, wo sie als Partner in der Großen Koalition waren, immer weiter an bestimmte Ziele im Schutze dieser Nebelwand heranschleicht, ist zweifelsohne eines der wichtigsten Ereignisse seit der Gründung der Bundesrepublik. Und deswegen hat es für uns gar keinen Sinn, wenn wir etwa meinen, wir könnten uns daran vorbeidrücken. Das können wir gar nicht. Wir dürfen nicht den Eindruck Gelähmter machen, die einer so entscheidenden Wende unserer Politik tatenlos gegenüberstehen oder nur mit milden Warnungen die Regierung begleiten. Was hier passiert, ist todernst für unser Volk. Aber nicht nur für unser Volk, sondern auch für den Westen. Und die kritischen Stimmen in aller Welt nehmen ja deutlich zu. Wenn mich nicht alles täuscht, dann ist auch in der deutschen Presse schon ein kleiner Stimmungswandel bemerkbar. Manche, mit denen ich mich unterhalten habe, meinten, es sei sehr viel stärker, als ich es bemerkt habe. Aber natürlich wird das nach Kassel noch sehr viel stärker werden. Mein Rat nach allen eigenen Erfahrungen, nach vielen Unterhaltungen mit unseren Freunden im Wahlkampf. Ich darf vielleicht vorwegnehmen, andere werden das sicher bestätigen können: schon in den Kommunalwahlen große Beteiligung, großer Kampfgeist bei unseren Leuten, jetzt bei den Landtagswahlen sehr große Kundgebungen. Ich glaube, wenn wir es richtig anpacken, dann wird sich das im Laufe des Wahlkampfes noch steigern lassen. Ich halte nichts von diesen demoskopischen Umfragen. Es kann nicht stimmen, was Infas verbreitet, denn bei allen Kommunalwahlen haben wir gut abgeschnitten. Wir haben in Hamburg gut abgeschnitten.³⁷ Wir konnten ja dort nach allen Voraussagen nicht erwarten, daß es das immerhin beste Bürgerschaftswahlergebnis ist seit Bestehen der Bundesrepublik würde. Wo wir hinkommen, zeigt sich Auftrieb für die CDU. Ich weiß nicht, Herr Echternach, ob Sie es bestätigen können, daß diese Infas-Umfrage für Hamburg vor der Wahl für die CDU 10 % weniger vorausgesagt hat, als es dann tatsächlich eintraf. (*Echternach*: Bei einer Umfrage im November noch viel weniger.) Hier zeigt sich also, daß gegenwärtig diese Umfragen einen nur sehr, sehr relativen Wert haben. Ich will mich auf diesen Bericht beschränken, aber am Schluß noch zwei Sätze sagen. Das eine ist – jetzt kann ich wirklich Konrad Adenauer zitieren: „Die Lage war noch nie so ernst.“ Und zweitens, für die kommenden Wahlen ist die Lage für die CDU günstig, und daher lohnt sich der Einsatz mit allen Kräften. Aber nur wenn wir den Einsatz mit allen Kräften machen, werden wir das herausholen, was für uns wichtig ist und was dann natürlich auch Auswirkungen auf die Situation in Bonn haben kann.

Stoltenberg: Wenn ich kurz auf den Punkt Ihrer Ausführungen eingehen darf, der in einem unmittelbaren Bezug mit meinen Erfahrungen in den Wahlkämpfen steht, dann ist das vor allem das Thema Preise, Mieten, Wirtschaft, Zinsen. Wir haben in Schleswig-Holstein am Sonntag Kommunalwahlen, und es ist der unmittelbare Eindruck,

onsvorstandsprotokolle existieren für den angegebenen Zeitraum nicht. – Stoltenberg hielt sich vom 16. bis 18. April 1970 in der Schweiz („Bilderbergkonferenz“) auf (Terminkalender in ACDP 01–626–124/14).

³⁷ Vgl. „Rheinische Post“ vom 14. April 1970 (Anm. 7); zum Ergebnis der Bürgerschaftswahl am 22. März 1970 vgl. Nr. 2 Anm. 18.

ohne Prognosen zu wagen, daß doch die Stimmung sich zu unseren Gunsten gegenüber der sehr schlechten Lage, die wir im Januar alle empfunden haben, wo wir in der Defensive waren, verändert hat. Dabei möchte ich auch zu Ihren Hinweisen auf die Demoskopie sagen, sie stimmt natürlich nicht, aber sie ist dennoch nicht uninteressant. Sie stimmt nicht, weil die SPD zu günstig abschneidet. Das haben ja alle bisherigen Wahlen gezeigt bis hin zu den Karlsruher Oberbürgermeister-Wahlen, den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, den Hamburger Wahlen³⁸, wo ja neben örtlichen und personellen Faktoren doch ein Trend da ist. Sie ist dennoch nicht uninteressant, weil ich diese demoskopischen Zahlen so auslegen möchte, daß eine Enttäuschung gegenüber der SPD sichtbar wird, die in Wahlenthaltung und teilweise auch Wahlwechsel sichtbar wird, wahrscheinlich noch stärker Wahlenthaltung, daß wir aber noch nicht die wirkliche Stabilisierung neuer Wählerschichten oder alter, wie bei der Bundestagswahl, erreicht haben. So würde ich etwa diesen Widerspruch zwischen Wahlergebnissen und Demoskopie bewerten. Ich habe den Eindruck, daß das spontan hier bei dem einen oder anderen Zustimmung findet. Das ist natürlich ein wichtiger Punkt. Man muß ja die psychologischen Dinge etwas besprechen, wenn man für die nächsten zwei Monate zu den kommenden drei Wahlen hin die richtigen Ansatzpunkte finden will. Und nun scheint es mir doch so zu sein, wie übrigens auch die Reaktion aus dem Regierungslager zeigen wird, daß dieses Thema Preise, Mieten, Zinsbelastung, wirtschaftliche Unsicherheit in der Tat die einzige Schwelle wird, bei der die Chance besteht, die öffentliche Meinung zu verändern. Ich verkenne dabei nicht die große Bedeutung der anderen Fragen, das Thema unterbliebene innere Reformen. Das fängt an, obwohl immer wieder natürlich versucht wird, sich mit angeblichen Sünden der Vergangenheit herauszureden. Aber diese Art der Entschuldigungen wird nach meiner Auffassung von Monat zu Monat weniger glaubwürdig. Ich möchte auch unterstreichen, daß wir sicher in der Deutschland- und Ostpolitik etwas Boden gewinnen, aber doch nur allmählich, und das wird ein etwas länger dauernder Prozeß sein, bei dem die Chance besteht, dann auch zu wirklichen Veränderungen zu kommen.

Nun wollte ich noch gerne ein paar Sätze sagen zum Vorgehen unserer Partei und unserer Fraktion im Anschluß an das, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler. Wir haben uns ja in der Partei, im Präsidium und in der Fraktion immer wieder dazu entschlossen, die Sozialdemokraten nicht aus der Debatte zu entlassen. Das Ziel der SPD ist es in der Tat seit Februar, seit dem Scheitern der Schillerschen Vorschläge³⁹, seit

38 Otto Dullenkopf (CDU) erhielt am 12. April 1970 beim ersten Wahlgang 55,46 % der Stimmen und verfehlte damit nur knapp die absolute Mehrheit. Am 26. April erreichte er 64,79 % der Stimmen vor seinem Gegenkandidaten Peter Corterier. Vgl. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 15. April 1970 „Jetzt kampfflos auf den OB-Sessel“; DUD Nr. 79 vom 27. April 1970 S. 7 „Otto Dullenkopf siegt in Karlsruhe“. – Am 15. März 1970 fanden in zehn nordrhein-westfälischen Stadt- und Landkreisen Kommunalwahlen statt, bei denen die CDU deutliche Stimmengewinne erzielen konnte. Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 16. März 1970 „Die CDU gewinnt bei NRW-Kommunalwahl“.

39 Schillers Vorschläge für ein Konjunkturdämpfungsprogramm stießen in der eigenen Fraktion auf Ablehnung, vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 28. Februar 1970 „Dampf statt Dämpfung“;

dem Verzicht auf eine staatliche Konjunkturpolitik, diese Diskussion zu vermeiden. Herr Arndt hat das in einem Interview gesagt: „Ruhe an der Heimatfront“.⁴⁰ Herr Brandt hat das gesagt in der zitierten Äußerung: „Wir sind aus dem Größten heraus.“ Ich bin mir aber darüber im klaren, daß unser Vorgehen in dieser Frage auch hier und da auf Kritik stößt. Es gibt gewisse Stimmen in der Wirtschaft, in den Unternehmerverbänden, die nun meinen, man solle die ganze Diskussion nicht weiter anheizen, man solle über Preise nicht reden, man solle hier erst einmal abwarten und die psychologischen Dinge nicht erschweren. Und natürlich müssen wir in der Art, wie wir uns hierzu äußern, versuchen, auch solchen berechtigten Einwänden Rechnung zu tragen insofern, daß wir nicht in eine überzogene Polemik verfallen oder durch häufigen Gebrauch des Wortes „Inflation“ oder etwas anderes in eine unsolide Form der Diskussion kommen. Ich möchte das hier unterstreichen, wir müssen in der Art, wie wir uns äußern, dem Rechnung tragen. Daß wir uns aber weiter äußern müssen, ist ganz klar. Und wir werden dabei auch gerade in diesen Tagen unterstützt durch ungewöhnlich kritische Äußerungen aus dem Lager der Wirtschaft selbst.

Ich will einmal nur zwei Äußerungen hier nennen, die im Gegensatz zu Herrn Berg stehen, der über diese Dinge etwas beschönigend spricht.⁴¹ Heute ist bei der Tagung des Industrieministeriums von Herrn Rodenstock⁴² – also ein Mann, der an sich eine gewisse Distanz zu uns hält, mehr als Berg parteipolitisch – eine Rede gehalten worden, die in ungewöhnlicher Schärfe das Versagen an der staatlichen Konjunkturpolitik geißelt. Ich will da nur einen Satz nennen aus dieser Rede: „Im Lichte unserer augenblicklichen Lage müssen wir als Unternehmer feststellen, daß wir uns nicht nur in einem Feld hoher Spannungen, sondern geradezu in einer Zerreißprobe befinden.“ Das ist nur mal eine Äußerung von heute. Ich verweise auch noch auf die Äußerungen des Vorsitzenden des Sachverständigenrates in anderer Eigenschaft, die die Wirtschaftspresse gebracht hat.⁴³ Ich glaube also, daß wir hier durchaus in einer Strömung der

„Rundschau am Sonntag (Köln)“ vom 1. März 1970 „Schiller verlor: Verzicht auf die Steuerpläne“.

40 In der Vorlage: Arendt. – Dr. Klaus Dieter Arndt (1927–1974), Diplom-Volkswirt; 1946 SPD, 1965–1974 MdB, 1967–1970 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, 1971–1974 MdEP. – Zum Zitat vgl. Planungsstab der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages (Hg.): Die Wirtschaftspolitik der SPD/FDP-Regierung. Vom Stabilitätsanspruch in den Sog der Inflation. Dokumentation II vom 5. Juni 1970 S. 4 (ACDP Dokumentation 0/063/17).

41 Vgl. Anm. 4 und 9.

42 Dr. Rolf Rodenstock (1917–1997), Unternehmer; 1953–1990 persönlich haftender Gesellschafter der Optischen Werke G. Rodenstock, ab 1956 apl. Professor an der TU München, 1971–1990 Präsident der IHK München und Oberbayern, 1966–1977 Vorstandsvorsitzender des Deutschen Industrieministeriums, 1978–1984 Präsident des BDI. – Zur Kritik Rodenstocks an den vermögens- und steuerpolitischen Plänen der Bundesregierung vgl. dpa vom 23. April 1970; FAZ vom 24. April 1970 „Die deutsche Wirtschaft in der Zerreißprobe“.

43 Dr. Norbert Klöten (1926–2006), Wirtschaftswissenschaftler, 1960–1976 o. Professor an der Universität Tübingen, 1969–1975 Mitglied im Sachverständigenrat und 1970–1975 dessen Vorsitzender, 1976–1992 Präsident der Landeszentralbank Baden-Württemberg. – Klöten hatte am 9. März 1970 Professor Wilhelm Bauer als Vorsitzender des Sachverständigenrates

allgemeinen Diskussion sind, bei der wir über den Kreis unserer Partei hinaus in Wissenschaft und Wirtschaft Unterstützung finden können. Nun haben wir den Termin am 8. Mai mit dem Präsidium.⁴⁴ Was wir dort sagen können, ist im wesentlichen eine Zusammenfassung der bisherigen Punkte. Ich halte es aber für möglich, daß wir unsere bisherigen Punkte als Elemente konstruktiver Vorschläge zur Konjunkturpolitik doch um den einen oder den anderen Punkt ergänzen können und insofern auch eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit für unsere Beiträge finden können. Und im übrigen muß man natürlich sagen, daß die Politik ja von Wiederholungen lebt. Wir sind ja nicht in der Lage, weder in der Innen- noch in der Außenpolitik, bei jeder Äußerung oder jeder Debatte etwas völlig substantiell Neues zu sagen. Es handelt sich dann darum, bisherige Aussagen so zu formulieren, so zu präzisieren und auch in gewissen Punkten zu ergänzen, daß wir weiterhin in der öffentlichen Meinungsbildung hier bestimmend bleiben. Ich halte das für möglich. Und dies wird m. E. sehr wirksam ergänzt durch die beiden größeren Debatten im Bundestag am 5. Mai.⁴⁵ Dort werden wir die von Ihnen, Herr Bundeskanzler, mit Recht hervorgehobene neuralgische Frage der Mieten und Preise im Wohnungsbau durch eine Große Anfrage der Fraktion breit diskutieren, und wir wollen dann wahrscheinlich am 1. Juni noch einmal⁴⁶, 14 Tage vor den Landtagswahlen, dann eine weitergehende Bilanz zur Diskontpolitik machen, die bis dahin in den Wirkungen schmerzlicher wird. Sie wird z. T. sehr schmerzlich. Ich möchte das gerade aus den wirtschaftlich schwächeren Gebieten sagen; während in den Zentren des industriellen Geschehens, in der Großwirtschaft das noch durch Preise und Preissteigerungen und Auslandsfinanzierungen z. T. überwunden werden kann, muß man sagen, daß jedenfalls in den Randgebieten und wirtschaftsschwachen Gebieten die Bauwirtschaft nicht mehr in der Lage ist, zwei bis drei Monate diese Diskontpolitik zu ertragen, ohne teilweise nicht an den Rand der Liquidität und der Existenz zu kommen. Und das sind Dinge, die wir – glaube ich – hier sagen müssen und die auch unseren Anspruch auf eine stärkere Intervention, eine differenziertere Konjunkturpolitik der Regierung rechtfertigen.

Ich glaube, daß wir hier also den Punkt haben neben der notwendigen deutschlandpolitischen Auseinandersetzung und neben der Diskussion über innere Reformen.

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage abgelöst. – Der Sachverständigenrat hatte sich in einem Brief an Bundeskanzler Brandt am 17. März 1970 besorgt über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung angesichts des Kosten- und Preisauftriebs geäußert, vgl. „Die Welt“ vom 29. April 1970 „Sachverständigenrat berät über Sondergutachten zur Konjunkturlage“.

44 Protokoll der Sondersitzung mit Ministerpräsidenten und Ministern der CDU und CSU sowie Vertretern der Arbeitskreise der CDU/CSU-Fraktion zur Wirtschafts- und Konjunkturpolitik in ACDP 07–001–1403.

45 Am 5. Mai fand keine Bundestagsitzung statt. Die „Große Anfrage der Abgeordneten Erpenbeck, Mick, Geisenhofer, Lücke (Bensberg), Dr. Müller-Hermann und der Fraktion der CDU/CSU betr. Wohnungsbaupolitik“ (BT-Drs. VI/572, VI/716) wurde am 26. Mai 1970 beraten (Sten.Ber. 6. WP 52. Sitzung S. 2619–2642).

46 Am 3. Juni 1970 u. a. „Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. Konjunkturpolitik“ (BT-Drs. VI/714, VI/847), vgl. Sten.Ber. 6. WP 55. Sitzung S. 2833–2885.

Und ich glaube, daß wir ihn auch sehr wirkungsvoll ergänzt haben um die Dinge, Herr Bundeskanzler, die Sie erwähnt haben und die Herr Katzer noch vertiefen wird. Ich freue mich sehr, daß wir mit unserem Beteiligungslohn einmal so schnell fertig geworden sind – vier bis sechs Wochen eher, als wir an sich vor Ostern gedacht haben –, und daß wir zu einem günstigen Zeitpunkt gekommen sind und daß auch durch eine gute Vorbereitung – ich glaube, das ist auch ein ganz gutes Beispiel, wie man mit den verschiedenen Gruppen vorher sprechen muß – wir bis in den Bereich der Unternehmerschaft hinein eine zumindest aufgeschlossene Reaktion haben, nicht eine zustimmende unbedingte – das konnte man gar nicht erwarten –, aber doch eine sehr aufgeschlossene. Ich verweise z. B. auf die Veröffentlichungen des Industrie-Instituts, von dem ich eine ganz andere Reaktion zunächst erwartet habe, die durchaus sehr ernsthaft die Argumente erwägen.⁴⁷ Ich glaube, daß das sehr positiv ist und daß wir hier weitergehen müssen in dieser engen Verbindung von Wirtschaftspolitik und Gesellschaftspolitik. Wir haben andere Fragen vor uns in der Fraktion, z. B. Krankenversicherung und andere. Ich möchte eigentlich ganz offen im Hinblick auf einzelne Äußerungen in der Öffentlichkeit auch den Punkt unterstreichen, daß wir hier nun auch ein absolut abgestimmtes Verhalten brauchen. Wenn wir durch Beteiligungslohn und vielleicht demnächst durch Krankenversicherung bestimmte neue Belastungen für die Wirtschaft schaffen, über die wir uns noch verständigen, müssen wir in gewissen anderen Fragen sehen, daß wir dort eine gemeinsame Sprache sprechen. Das gilt auch, Herr Kollege Blüm, für all das, was wir zum Thema Mitbestimmung sagen, weil es natürlich einen psychologischen Punkt gibt, in dem wir dann in der Gefahr stehen, daß gewisse Wählergruppen wieder potentielle FDP-Wähler werden. Und daß die Frage des Abschneidens der FDP bei den Landtagswahlen für uns eine ganz entscheidende Frage ist, darüber sind wir uns sicher in der strategischen Beurteilung einig. Und man kann natürlich nicht verkennen, wie sehr Herr Genscher jetzt versucht, auch in der Auseinandersetzung mit diesen neuen Vermögensplänen und Steuerplänen der SPD sich wieder gegenüber den traditionellen FDP-Wählern des Mittelstandes zu profilieren. Deswegen ist es von entscheidender Bedeutung, daß wir auf diesem Wege, den wir an sich schon einige gute Stationen vorangegangen sind – Gesellschaftspolitik und Konjunkturpolitik –, es erreichen, im Bundesvorstand und in der Fraktion unsere Meinung so zu integrieren, daß wir wirklich mit gewissen Dialektfärbungen eine einheitliche politische Sprache sprechen und die kommenden zwei Monate bis zur Landtagswahl eine optimale öffentliche Wirkung erzielen.

Katzer: Ich darf anknüpfen an das, was Herr Dr. Stoltenberg gesagt hat. Wir haben ja alle in den sechs Monaten eines gelernt: Entscheidend ist für das Ankommen in der Bevölkerung, daß man glaubwürdig ist. Diese Glaubwürdigkeit hatten wir verloren, zumindest hatten wir sie in bestimmten Schichten nicht mehr so wie früher. Das müssen wir zurückgewinnen. Und da ist auch von der Zeit her eine gewisse Distanz einfach

47 Deutsches Industrieinstitut Köln (gegründet 1951). Aus der Verlagsreihe 1970 z. B. Nr. 13 „Die Wirtschaft braucht jetzt Ruhe“, Nr. 16 „Forderung der Zeit, Vernunft“, Nr. 17 „Deutsche Währungspolitik nach der Aufwertung“.

erforderlich. Das geht nicht von heute auf morgen. Womit gewinnt man Glaubwürdigkeit zurück? Am besten dadurch, daß man eine konstruktive Gegenposition bezieht. Nur mit Nein-Sagen geht es nicht. Und ich glaube in der Tat, das ist uns diesmal erstmalig gelungen. Der Artikel, der davor in der „Stuttgarter Zeitung“ stand, der war noch stärker, von Herrn Kloss, der gerade auf das Beteiligungsgesetz einging.⁴⁸ Der war eigentlich verheerend, und selbst eine Zeitung wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ beschreibt ein Stimmungsbild⁴⁹, daß also die Reihen der Sozialdemokraten geradezu betroffen gewesen wären bei dieser Diskussion, weil sie gespürt haben, hier ist die Opposition dabei, sie zu überrunden. Und das auf einem Felde, wo man sie am allerschmerzlichsten trifft, nämlich auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik. Ich würde also glauben, daß wir von daher auch in den nächsten Monaten – und das haben Sie ja auf dem Parteitag in Leverkusen⁵⁰ dankenswerterweise auch schon begonnen – diesen Fragen der Innenpolitik den gebührenden Rang einräumen sollten. Ich sage nur noch zwei Sätze dazu. Erstens: Die Mieten halte ich noch für glaubwürdiger als die Preisgeschichte, denn da kommt immer noch der Aufwertungseffekt mit hinein. Aber bei den Mieten ist es jedermann klarzumachen, hier hat die Regierung nichts getan, Ergebnis – die Bundesbank mußte handeln, Ergebnis – Diskontsatz erhöht, Ergebnis – du mußt für deine Hypothek soundso viel mehr zahlen. Das ist ein ganz logischer Schluß, der von jedem begriffen wird, und selbst der hartgesottenste Sozialdemokrat fängt da an zu weinen und sagt: Das ist eine Schweinerei! Das wird also ein ganz zentraler Punkt werden, den wir im Plenum dann darstellen müssen.

Nun die zweite Sache: Es steckt ja doch mehr dahinter, und ich würde das im Vorstand ganz gerne einmal sagen. Ich glaube, das, was wir jetzt da begonnen haben, ist der Versuch, daß wir nicht unbedingt eine Kontrastpartei mit einer Kontrastpolitik sind, sondern daß wir eine Wettbewerbspolitik betreiben um die bessere Idee und die klügeren Gedanken. Und jetzt kommt es ganz entscheidend darauf an, weil hier jetzt zweierlei betroffen ist, aufgrund dessen, was wir getan haben. Ich brauche das nicht zu erläutern, ich kann das als bekannt voraussetzen. Unser Präsidium hat ja dankenswerterweise am Montag dieser Woche⁵¹ – also vor der Sitzung der Fraktion am Dienstag – seinerseits dazu beigetragen, den Beschluß des Berliner Programms in die Praxis umzusetzen. Wir haben also hier die Beteiligung, verbunden mit einer Strukturverbesserung der Wirtschaft, auch der mittelständischen Wirtschaft, gebracht, und das hat also die SPD jetzt dazu gezwungen, im Grunde wahrscheinlich einen längst vorbereiteten, aber geheimgehaltenen Präsidiumsbeschluß kurzfristig der Öffentlichkeit zu übergeben.⁵² Und hier heißt es also, man will in einem Zehn-Jahres-Zeitraum die Bil-

48 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 20. April 1970 „Ausgepunktete SPD“. – Hans Dieter Kloss (geb. 1929), Diplom-Landwirt; stv. Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung“.

49 Vgl. den Artikel von Hans Werner Kettenbach „Mit 20 Mark dabei?“ im „Kölner Stadt-anzeiger“ vom 17. April 1970.

50 Erster gemeinsamer Parteitag der CDU Rheinland und der CDU Westfalen am 17./18. April 1970 in Leverkusen. Unterlagen in ACDP 03–002–329/1 und –983/2.

51 Protokoll der Sitzung vom 20. April 1970 in ACDP 07–001–1403.

52 Vgl. „Handelsblatt“ vom 22. April 1970 „SPD-Vorstoß zur Vermögensbildung“; Presseer-

dung eines Privatvermögens in der Größenordnung eines durchschnittlichen Arbeitnehmergehaltes ermöglichen. Das ist ein Punkt, da würde ich, Herr Bilke⁵³, mal bitten festzustellen, ob es in der Partei eine Möglichkeit gibt, einmal auszurechnen, wie das in zehn Jahren dann aussieht beim Vermögen des Einzelnen, wenn wir das 240 DM-Gesetz angewendet haben, und – was viel entscheidender ist – wie es dann mit der Vermögensbildungssituation insgesamt ist. Hier ändert sich ja nichts beim Produktivvermögen, während sich bei uns ja beim Zuwachs etwas ändert in der Verteilungssituation. Diese beiden Punkte müssen wir noch konkret haben, und ich glaube, es ist noch zu erwähnen, daß wir beim letzten Präsidiumsgespräch am Montag beschlossen haben, ein Flugblatt herauszugeben – eine Million Exemplare – über diesen Punkt. Das muß so simpel und einfach wie möglich sein. Da muß stehen: Die SPD will 312 DM auf 624 DM erhöhen. Wir wollen für alle 360 DM. Da werden wir also gemeinsam daran arbeiten, daß wir das ganz plastisch herausstellen.

Und jetzt kommt das Echo derer, und das ist ja das an sich Überraschende. Wir sind ja gewarnt worden, diesen Schritt zu tun. Die Wirtschaft hat uns insgesamt gewarnt. Die Gewerkschaften haben uns beschimpft. Und jetzt, nachdem die Sache durch ist, stellen wir fest, daß selbst die organisierten Interessen gegen ein Stück öffentlicher Meinung vorgehen – und wir haben uns die Mühe gegeben und haben vorher darüber gesprochen. Herr Frank⁵⁴ von der Planungsgruppe hat also Tag und Nacht mit den Leuten der großen Zeitungen stundenlange Gespräche geführt, sonst wäre das nicht möglich gewesen. Sie können alle Zeitungen lesen, Sie können heute die „Frankfurter Allgemeine“ lesen.⁵⁵ Das geht alles in dieser Linie. Und jetzt sagt man bei den Sozialdemokraten sehr, sehr vage für den Parteivorstand: Zur Realisierung dieses Zieles, also in zehn Jahren ein etwa Jahreseinkommen als Vermögen zu haben – das Jahreseinkommen würde heute durchschnittlich bei etwa 12.000 DM für Arbeitnehmer liegen –, müßte eine gesetzliche Vermögensabgabe der Unternehmen ab einer bestimmten Größe verstärkt werden. Das heißt also, den Zwang, den man uns hier vorgeworfen hat, wo wir uns ja schwer getan haben auch in der Fraktion, und ich erinnere an das, was ich in der Fraktion gesagt habe: „Wer das Problem angeht, kommt ohne Zwang nicht aus, Zwang allerdings begrenzt auf Großunternehmen, die man in der Zahl nicht nennt“⁵⁶ – das ist also alles offen geblieben. Und das soll dann in einen oder mehrere Fonds, die öffentlich kontrolliert werden, eingebracht werden. Und ich glaube, wenn man diese Alternative unserer gegenüberstellt, dann wird man in der Tat jetzt das relativ günstige Presseecho verstehen. Ich weiß noch, daß der Kollege

klärung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 21. April 1970; Beschluß des SPD-Vorstands in „Welt der Arbeit“ vom 24. April 1970 „Zum Beispiel Vermögen“.

53 Karl-Heinz Bilke (1934–1984), Diplom-Volkswirt; 1970 stv. und 1973–1978 Bundesgeschäftsführer der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1179 Anm. 14.

54 In der Vorlage: Brandt. – Dr. Johann Frank war Leiter des Planungsstabes der CDU/CSU-Fraktion.

55 Vgl. FAZ vom 24. April 1970 „Arbeitnehmer-Freibetrag zum 1. Juli verdoppelt?“.

56 Protokoll der Fraktionssitzung vom 14. April 1970 in ACDP 08–001–1021/1. Das Zitat läßt sich nicht belegen.

Höcherl sagte in der Fraktion: „Das wird grausig werden, wenn ihr das tut. Grausig wird das. Ihr werdet am Donnerstag eine Presse haben, wo ihr zerrissen werdet.“⁵⁷ Und genau das Gegenteil ist also der Fall. Jetzt kommt es aber darauf an, daß wir die Sozialdemokraten zwingen – und da müßte mit den Freien Demokraten ein Versuch gemacht werden –, ihre Vorlage 624 DM nicht zur Verabschiedung zu bringen. 624 DM Verdoppelung baut uns, ähnlich wie in der Rentenversicherung, den ganzen Spielraum für weitere Maßnahmen zu, denn 624 DM von 21 Mio. Arbeitnehmern benutzt, bedeutet am Ende eines Jahres einen Zuschuß des Staates von 30 %. Das geht höher als alle Staatszuschüsse, die wir in der Sozialversicherung, in der Rentenversicherung haben. Und das müßte anders versucht werden, damit wir mit unserem Plan rechtzeitig in diese Lücke reinkommen.⁵⁸ Und dazu ist wichtig – viel wichtiger, als in der Öffentlichkeit notiert wurde – der Vorschlag, den wir – der Kollege Barzel hat da, glaube ich, so an der Fraktion etwas vorbei, mit meiner Hilfe allerdings, richtigerweise und treffenderweise zur richtigen Zeit einen Privatisierungsantrag VIAG eingebracht.⁵⁹ (*Barzel*: Wieso, wir haben ja einen einstimmigen Fraktionsbeschluß darüber.) Donnerwetter! Da war ich ausnahmsweise mal nicht in der Fraktion. Das ist eine großartige Sache. Das ist das verbunden damit und verbunden mit Beteiligungsgesellschaften, die die Sozialdemokraten ebenfalls einfach stillschweigend von uns übernehmen. In dem Plan der SPD steht „Beteiligungsgesellschaften“, einfach schlicht übernommen von uns. Das machen die schamlos. Von hier aus würde ich also glauben, daß wir einen Schlüssel in der Hand haben, indem wir auf dem wichtigen gesellschaftspolitischen Gebiet, der Eigentumpolitik, in der Tat der Regierung den Rang abgelaufen haben mit dem sinnvollen Nebeneffekt, auf den ich immer gewartet habe seit einem halben Jahr, wo ist eine Stelle, wo man in diese Koalition hineinstößt. Und das fängt ja ganz schön schon an, und das muß bis zum Parteitag der Sozialdemokraten verstärkt werden. Letzter Satz: Ich glaube, wir werden jetzt alle politische Klugheit brauchen – in dieser und in anderen Fragen –, um bei uns in einer möglichen Geschlossenheit, bis zum Parteitag der SPD zumindest, nicht da die eine oder die andere Gruppe zu

57 Hermann Höcherl (1912–1989), Jurist; 1953–1976 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 977 Anm. 85. – Vgl. Protokoll der Fraktionssitzung vom 14. April 1970, Redebeitrag Höcherls S. 23–26, hier S. 25.

58 Beratung der CDU/CSU-Fraktion am 14. April 1970, vgl. dpa-Meldung vom 14. April 1970 „CDU/CSU-Fraktion berät über Vermögensbildung“. Am 15. April 1970 erste Beratung im Deutschen Bundestag über den von der CDU/CSU eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes (Beteiligungslohnengesetz – BLG)“, vgl. Sten.Ber. 6 WP. 42. Sitzung S. 2154–2199 (BT-Drs. VI/616).

59 BT-Drs. VI/652 vom 21. April 1970 betr. Privatisierung der Vereinigten Industrieunternehmen (VIAG). – In der Bundestagssitzung am 16. Dezember 1970 (Sten.Ber. 6. WP 87. Sitzung S. 4781) wurde erklärt, daß dieser Antrag der CDU/CSU-Fraktion durch den Gesetzentwurf zur weiteren sozialen Privatisierung von Bundesunternehmen im Rahmen der Vermögensbildung (BT-Drs. VI/1434 vom 16. November 1970) erledigt sei. Der erste Schritt zur Privatisierung der VIAG erfolgte erst 1986.

unterstützen und ihnen Hilfestellung zu leisten, sondern das muß die Sozialdemokratie jetzt auf ihrem Parteitag am 8. bis 10. Mai in Saarbrücken selbst ausfechten.

Morgen ist Fraktionstagung, Klausurtagung, wo wir noch zwei wichtige Punkte auszustehen haben zur Krankenversicherung. Die Versicherungspflichtgrenze hat damals im Wahlkampf eine schlimme Rolle gespielt, wie wir alle wissen. Es wird auch hier darauf ankommen, daß wir uns verständigen, und zwar rechtzeitig, denn die Regierung hat jetzt einen Entwurf des Arbeitsministers vorgelegt – und zur Vermögenspolitik. Ich glaube, dann hätten wir drei Punkte, von denen her wir für die Wahlen auf jeden Fall, aber auch für die Arbeit der Fraktion im nächsten Jahr, doch eine Profilierung unserer Oppositionsarbeit schaffen können.

Heck: Darf ich um weitere Wortmeldungen bitten!

Blüm: Ja, zum Thema Mitbestimmung. Ich bin ja da angesprochen worden. Ich finde, hier befindet sich die CDU in einer Position, die nicht mit der Position der SPD vergleichbar ist, denn nicht wir haben im Wahlkampf versprochen, die Mitbestimmung einzuführen, so sehr ich das bedauere, aber wir haben es nicht, weil es den Spielregeln, die wir in Berlin vereinbart haben, nicht entsprach, denn wir haben in Berlin vereinbart, daß der nächste Parteitag die Entscheidung bringt. Die SPD ist allerdings in den Wahlkampf gezogen mit dem sicheren Versprechen, wir werden die Mitbestimmung bringen. Und ich finde, es ist doch das legitime Recht der Opposition, auf die Diskrepanz zwischen Versprechen und Einlösen aufmerksam zu machen, sozusagen den Lieferschein zu präsentieren. Wie wollen Sie allerdings die Blöße der SPD offenlegen, wenn Sie nicht selber zur Mitbestimmung etwas sagen? Nur kann das die CDU nicht. Aber Sie können doch, wenn Sie die SPD angreifen in dieser Frage, nicht dann anschließend kneifen, wenn Sie gefragt werden, was Sie persönlich davon halten. Ich würde nur verlangen, daß jeder von uns in seiner Stellungnahme zur Mitbestimmung nicht die Autorität der Partei in Anspruch nimmt. Das kann er nicht, das entspricht auch wiederum nicht den Abmachungen. Ich meine, es wäre auch ein Moment der Liberalität, daß wir in der CDU diese Diskussion führen können. Die SPD hat ja offensichtlich Diskussionsschwierigkeiten, wie sich jetzt wiederum zeigt in der Diskussion mit Jungsozialisten, wo ja an einigen Stellen auch überempfindlich reagiert wird. Da werden die Jungsozialisten ausgeschlossen, weil sie am Verteidigungsminister Kritik üben.⁶⁰ Und gerade dieses Moment der Liberalität wäre ein Moment der Werbewirksamkeit, das wir einbringen können.

Zur Deutschlandpolitik darf ich vielleicht noch einmal wiederholen, was ich schon einmal hier gesagt habe. Ich meine, wir sollten keine Zweifel daran lassen, daß wir grundsätzlich mit Gesprächen einverstanden sind, daß wir nicht zu denjenigen gehören, die in die innerdeutsche Gesprächslosigkeit verfallen. Dabei sollten wir auch in der öffentlichen Diskussion klarstellen, daß es das Recht der Opposition ist, nach den

⁶⁰ Die hessischen Jusos hatten auf ihrer Bezirkskonferenz in Erbach beschlossen, auf dem Bundesparteitag in Saarbrücken einen Gegenkandidaten zu Helmut Schmidt aufzustellen, vgl. dpa vom 8. März 1970 „Jusos‘ streben Kandidatur gegen Helmut Schmidt an“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 22. April 1970 „Jungsozialisten wollen Schmidt abwählen“.

Zielen dieser Gespräche zu fragen. Auch das, meine ich, wäre klar, nur liegt mir sehr viel daran, uns nicht in irgendeine Ecke von kalten Kriegern drängen zu lassen. Das würde unsere Ausgangsposition verschlechtern und würde auch der weltpolitischen Lage nicht entsprechen.

Ich möchte noch eines sagen zu Griechenland. Es könnte durchaus sein, daß man durch eine Politik, wie sie in Griechenland betrieben wird, linksradikale Elemente zurückdrängt. Aber ich meine, das wäre eine sehr kurzfristige Betrachtung. Langfristig, glaube ich, kann man die Hoffnung auf diese Methode nicht setzen.

Kohl: Ich darf um einen Beschluß hier heute formell noch bitten. Wir hatten vor einigen Monaten, als die Programmkommission eingesetzt wurde, diesen Auftrag in Sachen Mitbestimmung bekommen. Das ist ein Beschluß vom Parteitag und eigentlich hier gar nicht reversibel. Aber da sind offensichtlich Zweifel aufgekommen in den letzten Tagen oder Wochen im Zusammenhang mit dem Auftrag der Programmkommission in Sachen Mitbestimmung. Ich gehe davon aus, daß der Parteitagsbeschluß gilt, daß auch der Vorstandsbeschluß gilt, daß die Programmkommission den Auftrag hat, eine Formel zu erarbeiten und dann sich zusammenzurufen, um in Hamburg dazu eine Aussage zu machen. Es gibt jetzt in unserer Kreise eine gewisse Stimmung, die ich zusammengefaßt so schildern will – das kommt aus den verschiedensten Bereichen mit einer z. T. ganz unterschiedlichen Interessenlage –, daß, wenn wir in dieser Sache jetzt nichts täten in Hamburg⁶¹, dann bestünde doch eine Möglichkeit darin, daß wir durch Nichtstun und Ausklammern und Weiter-vor-uns-Herschieben in dieser Frage Mitbestimmung mehr Sprengstoff in die Koalition hineintragen. Ich halte das für ganz falsch. Ich glaube, wir müssen jetzt an unserem Grundsatzbeschluß festhalten – eben auch wegen der Glaubwürdigkeit –, daß wir in Hamburg zu dieser Frage eine Formel anbieten, die dann allerdings die Meinung der CDU darstellt.

Ich kann meinem Freund Blüm nicht ganz zustimmen mit der Auslegung der Liberalität. Ich bin ganz gewiß für eine liberale Auffassung, nur es ist so, wenn in einer so ungewöhnlich kontroversen Frage die Wortführer von Richtungen – das ist auch legitim und auch liberal, daß es die gibt – sich fortdauernd öffentlich äußern, dann ist das mehr als nur eine Privatmeinung. Hier äußert sich nicht der X oder der Y, sondern in Kommata wird ja dann immer hintendran geschrieben, was der für eine Funktion oder für einen Standort in der Partei hat. Und ich glaube, es gibt eine zusätzliche Verkrampfung in diesem Clinch, der ja ohnedies kommt, wenn wir uns dann plötzlich mit der Meinung konfrontiert sehen, daß einer – und da kommt ja sofort wieder das Prestige rein – plötzlich dann vorgehalten bekommt von zeitweiligen Anhängern einer Meinung, die er mal vertreten hat, dann und dann hast du das und das gesagt, und jetzt willst du womöglich auf einen Kompromiß eingehen. Denn darüber sind wir uns ja im klaren, da wird es ja keine reine Lehre geben. Es kann nicht die eine oder die andere Gruppe hier obsiegen in der Partei, wenn man jetzt mal von Meinungen redet, sondern da wird man ja einen Kompromiß suchen müssen. Und wir haben die ganze Zeit ja die

61 Der 18. Parteitag fand vom 25. bis 27. Januar 1971 in Düsseldorf statt. – Der 22. Parteitag fand vom 18. bis 20. November 1973 in Hamburg statt.

Meinung vertreten – und so haben wir uns auch im Bundestagswahlkampf aus der Affäre gezogen –, daß wir sagten, wir haben dafür gesorgt, daß dieses Gutachten von Biedenkopf erstellt wird, jetzt warten wir mal ab, bis dieses Biedenkopf-Gutachten da ist.⁶² Nun kann allerdings auch niemand in der Partei sagen, die Diskussion fängt wieder am Status quo an von Biedenkopf. Auch das geht natürlich nicht. So einfach kann sich's niemand machen. Das Biedenkopf-Gutachten ist, ob es uns in der oder der Passage gefällt oder nicht, eine Realität, es liegt jetzt auf dem Tisch. Sein Hauptwert besteht ja u. a. darin, daß es ein einstimmiges Votum eines sehr gemischten Publikums in der Kommission gegeben hat. Und damit ist ja auch ein politisches Faktum gesetzt. Ich glaube also, das ist richtig. Und ich muß natürlich sagen, die Diskussion wird erheblich belastet, wenn ich daran denke, daß in irgendeinem Landtag ein Beschluß gefaßt wird, der ja nicht – wenn man weiß, wie dieser Beschluß zustande gekommen ist, ist das natürlich wesentlich verständlicher, aber in der Zeitung steht ja nicht drin, der Beschluß ist gefaßt worden aus einer bestimmten ad hoc-parlamentarischen Situation, die Mehrheit der CDU-Fraktion von NRW war dagegen, die Minderheit hat mit der SPD gestimmt; sondern in der Zeitung steht überall in bundesdeutschen Landen, daß durch eine sach- und gesetzgeberische Koalition in dieser konkreten Situation in einem Bundesland in einer bestimmten Frage diese Entscheidung durch CDU- und SPD-Stimmen erzielt worden ist. Und Sie merken ja, was Genscher schon macht in diesem Punkt. Das wird sicherlich Dr. Heck noch einmal ansprechen.

Wenn wir jetzt anfangen, das Programm von Berlin fortzuschreiben und daran arbeiten, kann es nicht sein, daß wichtige Fragen der gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in den verschiedensten Bundesländern und Landesparteien unterschiedlich präjudiziert werden. Das kann man nicht gut machen. Denn wir haben schon genug daran zu tragen, daß es die CDU/CSU gibt auch im Bereich der Gesellschaftspolitik und auch in anderen Bereichen. Wir sind ja gerade aus der Geschichte mit den Freundeskreisen einigermaßen elegant herausgekommen, und ich glaube, es wäre nicht gut, wenn wir uns jetzt den Luxus erlauben würden in den nächsten Monaten, etwa auch im Vorfeld der wichtigen drei Landtagswahlen, je nach dem Grundton der Landespartei – ist sie progressiv, dann progressiv –, und dann ist die Verwaltungsgrenze nebendran und ein Landesverband, der weniger progressiv ist, dann eine weniger progressive Äußerung zu machen. Wir müssen da schon aus einem Guß reden. Denn das, was Hans Katzer sagt, gilt als ein ganz wesentlicher Bestandteil jeglicher demokratischer Politik in einer modernen Industrie- und Massengesellschaft, daß die Aussage glaubwürdig sein muß. Natürlich, Herr Blüm, bin ich für die unterschiedliche Aussage nach Temperamentslage. Die Palette soll ja nicht schwarz und weiß sein, sie soll ja Zwischentöne enthalten. Aber ich meine nur, bei den Zwischentönen soll man an das gesamte Koordinatensystem ein bißchen denken und deswegen meine Bitte, Herr Generalsekretär, daß heute noch einmal hier präzise erklärt wird, daß an dem Grundsatzauftrag, in Hamburg diese Entscheidung herbeizuführen, sich nichts geändert hat und daß das einer der Aufträge ist, an die wir uns halten und daß

62 Zum Biedenkopf-Gutachten vgl. Nr. 5 Anm. 60.

dazu im Vorfeld Diskussion notwendig ist, aber daß damit niemand in der CDU sozusagen präjudiziert ist.

Nun, es ist schade, daß jetzt der Bundesvorsitzende draußen ist. Ich finde, wir sollten nachher, wenn er dabei ist, noch einmal ein Stück Diskussion, Herr Dr. Stoltenberg, aufnehmen in der Frage, gibt es eine Priorität der gesellschaftspolitischen Fragen zu den Fragen der Deutschland- und Ostpolitik. Das ist ein wenig schwierig, weil das auch bei uns furchtbar mit Emotionen beladen ist. Wenn man also sagt, wir müssen zur Gesellschaftspolitik das und das sagen, ist man deswegen keiner von der Anerkennungspartei und ist man deswegen keiner, der sozusagen die deutschen Dinge weniger hoch schätzt. Ich meine, das Sowohl-Als-auch ist das Richtige. Und ganz offenkundig ist bis jetzt, daß die Deutschland- und Ostpolitik schon eine ganz wichtige Frage ist, daß die innenpolitischen Entwicklungen doch als mindestens gleichwertig betrachtet werden und daß Fragen wie Mietsteigerungen bei dem weiten Bereich der Frauenwähler natürlich ganz elementar anschlagen, weil es der Kreis ist, der jeden Monat genau ablesen kann, was er mehr zahlen muß und was er weniger zum Konsum zur Verfügung hat. Aus diesem Grunde schlage ich vor, daß wir die Diskussion unter allen Umständen heute noch einmal führen, daß wir nicht – das ist mein Votum – zu einer Entweder-Oder-Haltung kommen – Deutschland- und Außenpolitik gegenüber innenpolitischen Reformen, gesellschaftspolitischen Veränderungen –, sondern daß wir einfach beides tun, wobei – und das ist jetzt ein bißchen unser Problem – wir die öffentliche Diskussion durch die Aktivität der Regierung natürlich vorgeschrieben bekommen und es ja kein Zufall ist, daß diese Aktivität, etwa jetzt im Zusammenhang mit Kassel, sich jetzt nicht auf lokale Probleme erstreckt, sondern ausschließlich die Rede von dem Erfolg für Brandt ist. Und wir müssen uns doch darüber im klaren sein, daß nach dem Kasseler Gespräch, von dem ich auf keinen Fall erwarte, daß es so scheitert, daß die Regierung schlecht dabei aussehen wird für den Durchschnittsbürger, sondern die werden irgendeinen Modus suchen, daß, selbst wenn in der Sache ein ganz miserabler Ausgang da ist, sie als die guten Deutschen herauskommen und sogar noch die Mitbürger zu Tränen gerührt sind, ob dieser staatsmännischen Leistung trotz aller Schwierigkeiten zusammenzukommen. Und ich fürchte, daß diese Emotion im Augenblick bei uns ein bißchen unterschätzt wird, und deswegen finde ich, muß auf beiden Schauplätzen, dem Schauplatz der Deutschland- und Außenpolitik und dem Schauplatz der Innenpolitik – wie es Katzer hier eben an einem konkreten Beispiel der Vermögensbildung erwähnt hat – weiter gefochten werden. Ich meine auch, das ist auch die höchste Chance der Verunsicherung der jetzigen Koalition, wobei man durchaus hier z. T. mit wechselnden psychologischen Plätzen und Partnern operieren kann.

Filbinger: Ich möchte gerne ein anderes Gebiet der inneren Reformen ansprechen: die Bildungspolitik, konkret Hochschulpolitik. Das Massenproblem an den Hochschulen ist ein Problem, mit dem man gerade derzeit alle Emotionen mit Leichtigkeit hochjagen kann. Man kann auch in einem ruhigen Lande wie Baden-Württemberg die Schüler zu einem Streik fast an allen Oberschulen bringen. Und so etwas bleibt ja nicht nur beschränkt auf die Schüler, sondern es gibt einen nicht unerheblichen Teil der Eltern, die sich solidarisieren mit den Schülern, wenn sie nur davon überzeugt werden,

es geschehe nicht genügend, um die Kapazitäten der Universitäten so auszubauen, daß man den Numerus clausus entbehren kann. Ich meine, wir könnten hier als CDU etwas Wirkungsvolles tun. Die Bundesregierung ist offensichtlich innerhalb einer kurzen Frist nicht in der Lage, ihr Versprechen zu erfüllen, das sie in der Regierungserklärung abgegeben hat, wonach schon im Mai dieses Jahres das nationale Bildungsbudget käme, in welchem alle Fragen gelöst werden. Es ist auch diese wichtige Versprechung nicht erfüllt worden.

Die Ministerpräsidenten haben in der letzten Woche mit dem Bundeskanzler ein Gespräch geführt.⁶³ Wir haben dabei gerade auch den Finger auf dieses Problem gelegt und gefragt, wie steht es nun. Kann der Bund das Notwendige sofort tun? Kann er ein großes Programm auflegen, nachdem für sämtliche Länder hier Sofortprogramme kommen, die innerhalb einer kurzen Frist – ein, zwei oder drei Jahre – eine so wesentliche Verstärkung der Kapazität bringen, daß man der Öffentlichkeit sagen kann, seht ihr, dieses geschieht, und eure Sorge, daß die Kinder nicht ihre Ausbildung finden, wenn sie das Abitur gemacht haben, ist unbegründet? Herr Bundeskanzler Brandt hat erklärt, er brauche dafür noch Zeit. Und das, was Herr Leussink⁶⁴ erklärt hat, das war sehr kleinlaut. Man muß den Eindruck gewinnen, daß die also da noch weit entfernt sind von irgendwelchen Maßnahmen. Und ich habe dann in der Replik ausdrücklich betont, daß das höchst unbefriedigend war, was wir gehört haben, und daß es nichts nutzt, wenn bis zum Herbst gewartet werden muß und in der Zwischenzeit die Zeit verstreicht. Was könnte getan werden? Es wäre m. E. für die CDU hier eine ganz wichtige Möglichkeit der Aktivität zu fordern, daß an allen deutschen Hochschulen, die sich dazu eignen, durch besondere Programme in Schnellbauweise und in besonderer Finanzierung die Kapazitäten verstärkt werden, daß man Pädagogische Hochschulen, Ingenieurschulen und sonstige Fachschulen mit heranzieht zur Entlastung der Universitäten und daß auf diese Weise innerhalb kürzester Frist tatsächlich etwas hingestellt wird, wo die Bevölkerung sagt: Aha, es ist also nicht so schlimm. Es geschieht jedenfalls etwas. Wenn nicht im Moment, in diesem Jahr, so kriegen wir doch in den nächsten zwei bis drei Semestern eine so große Entlastung, daß wir nicht sorgen müssen. – Hier gäbe es Unterlagen, Zahlen, die wir errechnet haben. Hier gibt es Methoden, die bereits praktiziert sind, die rasch zu Erfolgen führen. Wir haben ja schon kooperiert mit der Fraktion im frühen Frühjahr, haben Anregungen gegeben. Das hat der CDU-Fraktion des Bundestages auch Initiativen gestattet, die damals m. E. beachtet worden sind in der Presse, die gut ankamen.⁶⁵ Man sollte aber jetzt etwas sehr Kon-

63 Vgl. FAZ vom 14. Februar 1970 „Bund-Länder-Kommission für die Bildungsplanung“.

64 Dr. Hans Leussink (1912–2008), Ingenieur; 1969–1972 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1428 Anm. 93. – Vgl. Interview mit dem „Spiegel“ vom 9. März 1970 „Mein Gott, was sollen wir denn tun?“.

65 Vgl. Sten.Ber. 6. WP 25. Sitzung vom 21. Januar 1970 S. 1038–1046 und 1060–1099 „Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Numerus Clausus“ (BT-Drs. VI/124, VI/246); Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 4. Februar 1970 zu „Aufgaben der Hochschul- und Bildungspolitik“; „Bonner Rundschau“ vom 12. Februar 1970 „CDU kritisiert Sperren auf dem Bildungssektor“; dpa vom 24. Februar 1970 „Oppo-

ketes bringen. Und ich meine, wenn wir uns hier zusammensetzen, dann könnte die Bundestagsfraktion ganz wirkungsvolle Aktionen machen und sie könnte hier in eine Lücke hineinstoßen, die ganz offensichtlich derzeit entweder durch Inaktivität oder durch mangelnde Entscheidungskraft in den diesbezüglichen Stellen der Bundesregierung klafft. Diese Lücke klafft, und wir sollten es nicht versäumen, alsbald hier hineinzustoßen.

Stoltenberg: Ich will es ganz kurz fassen: Herr Dr. Kohl hat im Grunde die Ausführungen zum Thema Behandlung der Frage der Mitbestimmung gemacht, die ich nach Herrn Dr. Blüm noch einmal machen wollte. Ich glaube auch, daß wir versuchen müssen, einen integrierten Meinungsprozeß in der Fraktion durchzuführen. Und zu dem Thema Kulturpolitik, Herr Ministerpräsident Filbinger, wird die Fraktion auf ihrer Klausurtagung in der Lage sein, einen Antrag zu behandeln, der von Nordrhein-Westfalen, Frau Dr. Wex und Abgeordneten der Fraktion vorbereitet ist.

Katzer: Ich mache folgenden Vorschlag, daß wir das Thema Mitbestimmung jetzt geschlossen behandeln und nicht immer wieder darauf zurückkommen müssen. Ich möchte erst mal den Kollegen Dr. Blüm in Schutz nehmen, Herr Dr. Stoltenberg und auch Herr Dr. Kohl. Dr. Kohl hat mit Recht gesagt – und das teile ich –, daß man sagt, wer eine Position in der CDU hat, kann, wenn er sich äußert, nicht der Meinung sein, daß er nur als Person genannt wird, sondern da steht dahinter, der hat die und die Funktion und spricht damit für diese. Das ist ganz klar. Aber die andere Seite ist, Herr Dr. Kohl, daß natürlich in den Versammlungen nicht über dieses Thema geschwiegen werden kann. Ich möchte einen Vorschlag machen, Herr Vorsitzender, wie man das hier behandeln kann. Aber auch da ist man nicht gefeit vor Fehlinterpretationen. Ich hielt vorgestern in Düsseldorf beim Industrieclub eine Rede und lese heute in der Zeitung „Die Welt“: „Katzer korrigiert Biedenkopf“ als dicke Zeile.⁶⁶ Der Tatbestand ist der, daß ich gesagt habe: „Das Biedenkopf-Gutachten ist jetzt da. Es ist viel ersprießlicher, als man gemeint hat.“ (*Heiterkeit.*) Ja, ich weiß eine ganze Menge von Leuten, die etwas ganz anderes befürchtet haben. Ich bin sehr zufrieden mit dem ersten Teil dieses Gutachtens.

Nur, meine ich, darf jetzt nicht folgendes eintreten, daß die Union sich jetzt festnagelt an diesem Satz der Alternative der paritätischen Mitbestimmung, wie sie vom DGB vorgeschlagen wird, als alleinige Möglichkeit, sondern wir müssen in der Diskussion auch andere Modelle, z. B. das von Generaldirektor Horn⁶⁷, das sehr erwähnens-

sition fordert mehr Mittel für den Hochschulausbau bis 1973“; Sten.Ber. 6. WP 45. Sitzung vom 22. April 1970 S. 2335–2355 „Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU betr. mittelfristige Finanzplanung (Ausbau und Neubau von Hochschulen)“, BT-Drs. VI/425.

66 Vgl. „Die Welt“ vom 23. April 1970 „Katzer kritisiert Biedenkopf“. – Abdruck der Rede Katzers vor dem Industrieclub am 21. April 1970 in „Informationen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ vom 27. April 1970.

67 Heinz Horn (1905–1999), Ingenieur; 1926 Eintritt in die Felten & Guillaume Carlswerk AG, 1962–1968 Vorstandsvorsitzender. – Zum „Horn-Modell“ vgl. „Gesellschaftspolitische Kommentare“ 17. Jg. Nr. 21 vom 1. November 1970 und „Soziale Ordnung“ 9/1970 vom 30. September 1970 S. 11.

wert ist, mit durchdiskutieren, denn wir dürfen auf dem Parteitag in der Sache ja nicht auseinanderfallen, sondern müssen tunlichst zu einer Übereinstimmung kommen. Darin stimme ich Dr. Kohl zu. Und ich würde vorschlagen, daß wir etwa so vorgehen, daß wir sagen, da gibt es auch andere Vorschläge, und daß man den Fächer dieser Vorschläge ausbreitet. Das ist auch vernünftig, denn wir stehen im Wort, und da stimme ich voll zu. Wir haben in Berlin einen Beschluß gehabt mit Mehrheit und haben gesagt, in Hamburg wird das entschieden, bis dahin müssen die Gruppen in ihrer Meinungsbildung sich zusammenfinden. Und das sollten wir tun in der Programmkommission und bis dahin möglichst noch das eine oder das andere Modell zur Diskussion bringen, damit man es nicht verengt auf nur diesen einen Punkt. Es gibt ja noch eine ganze Reihe von anderen Punkten dabei. Wenn wir das so machen könnten, dann würde ich das sehr begrüßen. Darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind, wie ich es zusammengefaßt habe?

Kiesinger: Gibt es einen Widerspruch zu der Auffassung von Herrn Katzer?

Lampersbach: Ja, Herr Katzer, ich wäre damit einverstanden, wenn durch diese Verlautbarungen, die wir in der verschiedensten Form ja kennengelernt haben, nicht doch der Verhandlungsspielraum ganz eindeutig eingeengt würde. Und das ist ja doch die große Gefahr. Wir haben uns bisher von unserer Vereinigung⁶⁸ tunlichst zurückgehalten, in die Öffentlichkeit zu gehen, weil wir uns ganz an den Parteitagsbeschluß halten und an die Abmachungen auch in der Fraktion. Wir hätten eine ganze Menge in der Vergangenheit dazu sagen können, aber wir haben uns einfach nicht getraut. Ich würde mit Herrn Katzer darin übereinstimmen, wenn wir in diesen ganzen Fragen, die ja viel, viel weiter als nur in die Gesellschaftspolitik gehen, die ja in die Wirtschaftspolitik hinüberreichen, zu einer Sprachregelung kämen, die nicht draußen den Eindruck erweckt, wir sind hier festgelegt, was dann noch durch solche Beschlüsse wie z. B. in Nordrhein-Westfalen erhärtet wird.

Barzel: Ich wäre dankbar, wenn einer unserer Freunde, der dem Landtag von Nordrhein-Westfalen angehört, uns eine konkrete Mitteilung machen kann über die widersprechenden Mitteilungen hinsichtlich der Abstimmungen im Landtag zu dem Sparkassengesetz und der Einführung von Mitbestimmung dort. Ist dies, je nachdem wie der Inhalt war, ein Verstoß gegen unseren Parteitagsbeschluß oder ist dies im Vorfeld zu sehen? Ich stelle die Frage deshalb, weil die Freien Demokraten mit aller Kraft das aufbauschen und hierdurch zu befürchten ist, daß das der Schlager für diese Leute wird. Unabhängig von den Gegnerschaften, die Genscher hat zu den Steuer- und Eigentumsverteilungsplänen der SPD, macht er dies zum zweiten Punkt des Kampfes gegen uns. Da sollten wir, glaube ich, weil – wie ich höre – es erst eine zweite Lesung war, die Chance ergreifen und vor der dritten Lesung in diesem Parteivorstand Klarheit darüber gewinnen, ist das, was dort geschieht, ein potentielles Präjudiz auf unseren Parteitag hin oder ist es das nicht. Und je nachdem sollten unsere Konsequenzen sein. Und hier wird es nicht allein um den sachlichen Vorgang gehen, sondern es ist bereits ein Eindruck entstanden, der wahlwirksam sein wird.

68 Lampersbach war von 1968 bis 1977 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung.

Pütz⁶⁹: Darf ich zunächst feststellen, daß nach unserer allgemeinen Auffassung die Entscheidung das Präjudiz darstellt. Es ist festgelegt worden in der zweiten Lesung, daß in allen Sparkassen- und Verwaltungsräten zwei Mitglieder der Sparkassenangelegten vertreten sein sollen und bei Sparkassen über 250 Arbeitnehmern die Drittel-Parität zugrunde gelegt werden soll. Das Zustandekommen dieser Entscheidung ist mehr als merkwürdig, vielleicht zufällig. Ursprünglich stand im Regierungsentwurf nichts von der Mitbestimmung. Im Entwurf der CDU stand nichts von der Mitbestimmung drin. Und vor ca. 14 Tagen bis drei Wochen hat die SPD diese Frage im Ausschuß auf die Tagesordnung gebracht, und zur gleichen Zeit hat die FDP mit aller Härte erklärt, wir werden über jede Form der Mitbestimmung in diesem Gesetz entscheiden. Die CDU hat zunächst keine klare Stellungnahme bezogen aus den verschiedensten Gründen, die ich hier nicht erörtern möchte. Dann haben wir versucht, d. h. die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, die Dinge insofern abzuwehren, entsprechend dem Beschluß von Berlin, indem wir gesagt haben, das Sparkassengesetz ist ein solches Spezialgesetz, das eine generelle Regelung bei der Mitbestimmung einfach nicht gestattet. Mit dieser Auffassung sind wir zunächst in der Fraktion durchgekommen, und auch die Mitglieder unserer Sozialausschüsse, die hier eine Rolle gespielt haben, haben diese Auffassung gebilligt und sie in der vorletzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses auch noch mitverteidigt. Dann ist eine Wandlung vorgenommen worden. Durch wen veranlaßt, kann ich nicht sagen. In einer Sonderberatung der Sozialausschüsse mit mir haben Herr Grundmann⁷⁰ und Herr Nickels⁷¹ sich gegen die Mitbestimmung im Sparkassengesetz geäußert, während aber zwei Mitglieder der Fraktion erklärt haben, wir werden dafür stimmen, da könnt ihr machen, was ihr wollt. Das ist am Ende die Grundlage der Entscheidung in diesem Kreis gewesen. Nachdem diese Festlegung sich vollzogen hatte, ist derselbe Kreis noch einmal zusammengekommen, und zwar diese Woche Montag, einen Tag vor der Abstimmung im Plenum, und hat wiederum verbindlich erklärt, nun stehen wir alle hinter dieser Auffassung und werden mit der SPD dafür stimmen. Es gab dann Abstimmungen innerhalb der Fraktion, die unterschiedlich verlaufen sind, und zwar deswegen unterschiedlich, weil die Besetzung unterschiedlich war und durch die Zufälligkeit der Besetzung sich die Mehrheit zu der einen oder anderen Seite ergeben mußte. Die erste Abstimmung der Fraktion hat durch eine Vollbesetzung der Mitglieder der Anhängerschaft der Mitbestimmung eine leichte Mehrheit von zwei Stimmen gegenüber den anderen der Fraktion ergeben. Und die Abstimmung vor der zweiten Lesung im Plenum hatte das Ergebnis: 42 der CDU gegen die Mitbestimmung und 36 der CDU für die Mitbestimmung mit der SPD bei einer Enthaltung. Wir haben – und das ist vielleicht der einzige

69 Joseph Pütz (1903–1982), Großhandelskaufmann; 1968–1973 Bundesvorsitzender der KPV. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1230 Anm. 1.

70 Konrad Grundmann (1925–2009), Gewerkschaftsfunktionär; 1954–1985 MdL Nordrhein-Westfalen, 1969–1980 stv. Vorsitzender der CDU Rheinland. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 56 Anm. 66.

71 Rudi Nickels (1926–2005), Gewerkschaftsfunktionär; 1966–1980 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 959 Anm. 47.

positive Lichtblick bei dieser ganzen Situation – erreicht, daß nicht – wie die SPD wollte – unmittelbar an diese zweite Lesung die dritte Lesung angeschlossen wurde, sondern die ist vertagt worden auf den nächsten Monat.⁷² Wir haben nur die Möglichkeit zu überlegen, ob wir aus dieser Situation herauskommen. Ich persönlich – das muß ich ganz offen sagen – halte es für unmöglich, nachdem die Festlegungen derer, die für die Mitbestimmung gestimmt haben, so massiv sind. Alle unsere Hinweise, daß die Dinge in Hamburg geregelt werden müssen, daß wir in Berlin Beschlüsse hätten und, und, und – daß es von der Sache her völlig falsch ist und daß außerdem der Präsident des rheinischen Giroverbandes, SPD-Mann Neuber⁷³, jedem Landtagsabgeordneten ein 16 Seiten langes Gutachten gegeben hat, das haarscharf beweist, wie sinnlos die Zustimmung zur Mitbestimmung ist, das alles war kein Hinderungsgrund, dennoch dafür zu stimmen, obwohl es hier die Möglichkeit gegeben hätte, die SPD auseinanderzunehmen aufgrund des Gutachtens des SPD-Mannes Neuber selbst. Aber die Frage ist nicht sachlich entschieden worden, sondern emotionell.

Barzel: Ich möchte noch eine Frage stellen, die aus unserer Sicht besonders wichtig ist, weil wir dabei sind, das Berliner Programm Punkt für Punkt zu erfüllen, und wir haben ja über die politischen Hintergründe dieses Vorgangs noch kein Wort verloren, wollen es vielleicht auch nicht. Das geht nur mit dem Hinweis auf das Programm dieser Partei. Und wenn wir morgen in die Fraktion gehen und ein Problem wie Wettbewerbsrecht erörtern und der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU nicht mehr das volle Programm von Berlin ungeschmälert hinter sich hat, ist das natürlich alles ein bißchen schwer. Lassen wir das mal weg. Ich habe mich nur über eines gewundert, Herr Pütz, und ich will nur in diesem Augenblick eine Frage stellen. Sie begannen Ihre Ausführungen, die sehr konkret waren und für die wir alle Ihnen sehr dankbar sind, damit, daß Sie sagten, es sei bewußt ein Präjudiz gewollt. Nun haben Sie da Zahlen genannt, die ich z. B. nicht sofort in der Tragweite zu ermessen vermag. Ich will es mal politisch formulieren. Ich würde die Überschrift „Präjudiz“ sehr zurückhaltend wählen für den Fall, daß es sich um das Drittel handelt, dagegen ganz entschieden

72 Zweite Plenarberatung des „Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes“ in der 73. Landtagssitzung am 21. April 1970, dritte Plenarberatung in der 75. Sitzung am 21. Mai 1970. Veröffentlichung des Gesetzes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Ausgabe A 24. Jg. Nr. 58 vom 2. Juli 1970 S. 482–487. – Vgl. auch den Vermerk von Josef Rösing an Rainer Barzel vom 23. April 1970 „über die Vorgänge bei der Beratung im Landtag Düsseldorf betr. Mitbestimmung bei den Sparkassen“ (ACDP 01–113–005/3).

73 In der Vorlage: Schieferversandes. – Friedel Neuber (1935–2004), Industriekaufmann; 1957 SPD, 1962–1975 MdL Nordrhein-Westfalen, 1970–1981 Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, 1981–2001 Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank, 1987–2001 Präsident des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands. – Neuber hatte eine auf das Sparkassenwesen beschränkte Mitbestimmung abgelehnt und sich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Regierung im Düsseldorfer Landtag am 23. April 1970 der Stimme enthalten (vgl. „Die Welt“ vom 24. April 1970 „Verkehrte Fronten im Düsseldorfer Landtag – ‚Mitbestimmungs-Koalition‘“).

wählen für den Fall, daß es auf die Parität hingeht. Einen Verstoß gegen den Parteitag formal würde ich auf jeden Fall sehen, weil wir ja Pause machen wollen – formal. Aber das Inhaltliche sollte noch klarer werden. Vielleicht kann man das noch deutlicher machen.

Pütz: In jedem Sparkassenrat sollen zwei Mitglieder der Belegschaft als gleichwertige Ratsmitglieder übernommen werden. Von vier bis zehn liegt im Ermessen des Rates. Bei allen Sparkassenräten, bei denen die Sparkassen über 250 Bedienstete haben, gilt die Drittel-Parität, also wenn dort zehn Mann normalerweise sind, wird das um fünf erhöht auf 15.

Blüm: Wir sind doch in Berlin davon ausgegangen, so den Statuts Betriebsverfassungsgesetz zu halten bis Hamburg. Der Status Betriebsverfassungsgesetz heißt Drittel-Parität. Ich sehe also in der Sache kein Präjudiz für die Hamburger Entscheidung. Jetzt haben also praktisch die Sparkassen nur nachgeholt, was allgemein im Betriebsverfassungsgesetz Stand der Mitbestimmungsentwicklung ist. Die eigentliche Streitfrage ist doch „Parität oder nicht Parität“, und die ist durch diese Entscheidung in keiner Weise präjudiziert, zumal es sich ja nicht um Unternehmensrecht handelt in dem Sinne, wie wir es in Hamburg zur Diskussion stellen wollen. Und ich will noch einmal dazu sagen, die Hamburger Entscheidung wird nicht vom Himmel fallen, sondern die wird durch Diskussionen vorbereitet werden müssen. Nur, ich würde auch zugestehen, daß wir uns eines Tones befleißigen sollten, der die Verständigung möglich macht und natürlich auch unseren Mitbestimmungsangriff gegen die SPD richten, zumal zumindest in den unteren Rängen der Gewerkschaften bereits Unruhe entsteht. Das hat sich noch nicht durchgesetzt bis oben, aber da kann man doch einige Hoffnung auf die Zeit setzen, denn auch die Oberen werden nicht mehr lange Ausreden finden für das Kartell, für das sie offensichtlich eintreten. Ich plädiere noch mal dafür, daß auch Mitglieder über Mitbestimmung sprechen dürfen. Wir müßten sonst ein sehr wichtiges innenpolitisches Thema ausklammern.

Lampersbach: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir sind ja hier kein Fachausschuß für Mitbestimmungsfragen. Und diese feinen Unterschiede, die Herr Dr. Barzel aufgezeigt hat, sind sicherlich draußen in der Diskussion um diesen Vorgang nicht bekannt, denn wer kann das draußen unterscheiden. Für uns hier muß es doch darauf ankommen, ob wir in unseren Aussagen ganz allgemeiner Art noch glaubwürdig sind oder ob unsere Aussagen als dubios anzusprechen sind. Das ist doch die Frage, die draußen den Mann, der diese feinen Unterschiede nicht kennt, bewegt. Und da glaube ich, daß das hier durchaus in dem Sinne ist, wie es Herr Pütz gesagt hat, daß es absolut präjudizierend ist für die Meinungsbildung und daß es sicherlich sehr, sehr viel besser gewesen wäre, wenn wir in diesem Punkte Zurückhaltung geübt hätten oder – was ja vielleicht auch möglich sein könnte bei dieser Partei – eine gewisse Solidarität in diesen Fragen. Wir haben durchaus plausible Erklärungen für einige Leute hier abgeben, die ich akzeptiere. Das müßte aber nach meiner Auffassung dazu führen, daß man das Gesamtkonzept einmal überdenkt. Und ich will eine letzte, sehr ketzerische Frage stellen, wenn mir das erlaubt ist. Wieweit hat das noch Wirksamkeit, Herr Dr. Kohl, daß wir ein Programm mit so viel Zeitaufwand und

Hirnschmalz entwickeln, wenn wir von vornherein Gefahr laufen, daß in wesentlichen Teilen Teile der Partei oder auch der einzelnen Fraktionen sich nicht daran stören und ausbrechen?

Kohl: Also ich finde, Gehirnschmalz hat immer einen Wert. Und so schlimm finde ich es auch nicht. In der Sache muß man ja doch Herrn Dr. Blüm recht geben. Was jetzt im Sparkassengesetz passiert ist, ist sachlich richtig. Bloß optisch gibt es ein völlig anderes Bild, weil kein Mensch diese feinen Unterschiede kennt. Das ist der Punkt. Hier ist zwar in der Sachpolitik etwas verändert worden, aber über die Optik wird die Sachpolitik verändert.

Echternach: Es ist natürlich sehr wichtig, was im nordrhein-westfälischen Landtag passiert. Bloß es hat ja wesentlich weitergehende Präjudizien bereits gegeben im Falle der Stadt Kiel, wo in den öffentlichen Unternehmungen sogar die paritätische Mitbestimmung mit den Stimmen der CDU und der SPD eingeführt wurde. Und ich meine, das muß man in dem Zusammenhang ja auch sehen. Was mich bei unseren nordrhein-westfälischen Freunden viel mehr stört, ist nicht diese Zwangssituation, wie sie plötzlich in der Abstimmung im nordrhein-westfälischen Landtag hineingekommen sind, sondern daß es ja ein Aktionsprogramm gibt mit einer Reihe von bundespolitischen Forderungen, die nur teilweise mit unserem bundespolitischen Aktionsprogramm von Berlin übereinstimmen. Und da stellt sich doch die Frage der Koordinierung der Arbeit auf den Ebenen der Partei und was eigentlich ein bundespolitisches Aktionsprogramm der CDU noch zu bedeuten hat, wenn gleichzeitig zu den zentralen Fragen der Bundespolitik die einzelnen Bundesländer eigene Aktionsprogramme formulieren. Ich meine, diesen Tendenzen sollten wir gerade als Bundesvorstand mit mehr Entschiedenheit entgegenreten, weil dies der Anfang von Beginn der Auflösung einer Partei ist.

Barzel: Wollen wir nun also mit einer massiven Haltung des Bundesvorstands versuchen, Einfluß auf die dritte Lesung zu nehmen oder wollen wir das möglichst schweigend hinnehmen? Das ist die Frage. Wodurch entsteht der größere Schaden? Ich persönlich finde, daß hier zweifelsfrei ein Verstoß gegen unsere Absprache, eine Pause einzulegen, vorliegt.

Kiesinger: Darf ich mir einen Vorschlag erlauben? Es ist ein Verstoß gegen unsere gemeinsame Disziplin, und die CDU hält das nicht lange aus. Wenn wahltaktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben sollten, bin ich persönlich der Meinung, daß dieser Beschluß sich zu unserem Nachteil auswirken muß, weil die FDP das ausbeuten wird. Die kommen da nicht mehr heraus. Daß in der dritten Lesung da eine andere Entscheidung getroffen wird, ist kaum denkbar. Deswegen geht es nur so, daß wir offiziell in einer unserer Verlautbarungen dazu etwas Prinzipielles sagen, wobei betont wird, daß das keinerlei Vorwegnahme des Beschlusses der Partei in Hamburg ist. Man kann ja darauf hinweisen, daß da und dort auch die FDP tätig ist und da den widrigsten Wind für uns der FDP aus den Segeln nimmt. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

Katzer: Es wäre natürlich sehr nützlich, wenn Herr Echternach auch feststellen könnte, ob in Kiel auch z. B. die FDP zugestimmt hat. Das wäre sehr wichtig.

Echternach: Einstimmig!

Kiesinger: Gut, nehmen Sie es also in die Hand, Herr Katzer! Versuchen Sie es mal zu formulieren. Und dann veröffentlichen wir es.

Pütz: Das war das Thema der FDP!

Kiesinger: Und deswegen muß man eben in aller Ruhe sagen, das ist keinerlei Vorwegnahme. Das bedeutet ja auch in der Sache keine thematische Vorwegnahme. Wir können ja nicht sagen, daß hier gegen unsere eigene Disziplin verstoßen worden ist.

Damit der Vorstand nicht ununterrichtet bleibt über das, was ich in seinem Namen hier eben verkündet habe. Ich habe also folgendes gesagt: Der Vorstand der CDU hat sich auf seiner heutigen Sitzung mit der politischen Lage befaßt und im Zusammenhang damit mit der Politik der Bundesregierung. Auf dem Gebiet der Innenpolitik hat der Vorstand der CDU festgestellt, daß die Bundesregierung die von ihr versprochenen Reformen bisher nicht verwirklicht hat, nicht einmal in Ansätzen. Vor allem ist es der Regierung nicht gelungen, in der Konjunkturpolitik zu einem Erfolg zu kommen. Sie hat die Preise nicht unter ihre Kontrolle gebracht. Sie hat einseitig die Last der Verantwortung auf die Bundesbank übertragen. Dies hat die natürliche Folge, daß dadurch weite Bevölkerungsschichten besonders auf dem Gebiet der Mieten betroffen werden. Wir sind nicht der Meinung, daß es stimmt, was Bundeskanzler Brandt vor kurzem gesagt hat, daß wir über das Größte hinaus seien. Auf dem Gebiet der Außenpolitik hat die Regierung unsere Zustimmung zu Gesprächen mit dem Osten, aber nur zu Gesprächen, bei denen man weiß, wohin man gehen will, und bei denen man entschlossen ist, die Lebensinteressen unseres Volkes nicht preiszugeben. Vor allem ist es an der Zeit, daß diese Regierung endlich Antworten gibt auf unsere Fragen, Antworten, auf die unser Volk ein Recht hat, und daß sie nicht in der Wolke von Geheimdiplomatie bleibt, in der sie in diesen für unser Volk so wichtigen Fragen verharrt. – Einverstanden? – Gut!

Barzel: Wenn Sie erlauben, Herr Bundeskanzler, ich möchte zu zwei Fragen etwas sagen, und zwar gleich hintereinander: Erstens zu dem, was Herr Filbinger über das Bildungsproblem gesagt hat und zweitens zu der Frage, die hier auch heute morgen eine Rolle spielte, ohne daß sie diskutiert wurde, der Priorität unserer Aussagen auf diesem oder jenem Gebiet.

Zum Bildungsproblem: Ich will nicht darauf hinweisen, daß es – glaube ich – der Bundestagsfraktion gelungen ist, hier Gelände zu gewinnen. Ich bin sehr vorsichtig. Von uns ist mehr ausgegangen in Sachen Numerus clausus, in Sachen Steigen der Mittel war gestern eine Debatte, in vielen anderen Fragen, in der Frage der Ausweitung der Bundeskompetenzen. Und ich bin gern bereit, Herr Filbinger, diese Frage so bald wie möglich auf den Tisch zu legen. Ich will Berthold Martin zitieren, dem ich voll zustimme, der gestern in einem anderen Kreis, in einem Gespräch mit dem Rat der Evangelischen Kirche, sagte, er nähme an, das Problem des Numerus clausus werde in den nächsten vier Jahren für die zweite deutsche Demokratie den Rang haben, wie die Arbeitslosigkeit für die erste. So sehen wir dies. Ich nehme dazu nur das Wort, weil ich gerne, bevor wir morgen und übermorgen in der Klausur zu einem dieser Probleme uns äußern, noch den Rat der beiden Ministerpräsidenten hier hätte. Wir haben im vergangenen Jahr unter der Überschrift „Finanzverfassungsreform“ diese Kompetenz

bekommen, unter der Überschrift „Rahmengesetzgebung“ allgemeine Grundsätze des Hochschulwesens zu erlassen. Sie erinnern sich, daß ich immer gesagt habe, daß das eine Vorschrift ist, die gar nichts nützt. Wir kommen an den Brei ran, ohne ihn essen oder verändern zu können. Und nun ist die Wahrheit, daß unsere Überlegungen zu einem solchen Gesetz völlig an der Grenze sind, mit anderen Worten: Wenn man sich an die Kompetenz hält und sie selbst mit dem Rückenwind öffentlicher Meinung interpretiert, kann man nicht eine Vorlage machen, die hinlänglich konkret ist, um die öffentliche Meinung einigermaßen zu befriedigen. Dieselbe Erfahrung macht Herr Leussink, so daß wir bei unserem internen Wettbewerb, wer ist der erste, beide straukeln. Nun ergibt sich folgende Frage. Wir haben für den Februar einen Entwurf angekündigt, die Regierung für Mai. Beides wird nicht. Sollen wir diese Erkenntnis sagen, um hier in der Diskussion redlich zu bleiben und zu sagen, wir hatten das für Februar angekündigt, wir können nicht, weil die Kompetenzen nicht ausreichen? Dazu neige ich nicht, weil ich eigentlich meine, eine CDU/CSU in der Opposition sagt nicht, hier ist eine Schwierigkeit, sondern sie sagt, hier ist unsere Antwort. Wir sollten deshalb – das ist mein Vorschlag – unsere Freunde in den Ländern herzlich bitten, die CSU eingeschlossen, mit uns zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, entweder durch eine kooperative Zusammenarbeit der Länder ohne Verfassungsergänzung das Problem zu lösen oder durch eine Erweiterung der Bundeszuständigkeit um den Millimeter, der hier notwendig ist. Ich neige also nicht dazu, hier zu sagen, gar noch vor dem 14. Juni, wir sind nicht fertig. Dann entlassen wir den Leussink aus seinen ganzen Schwierigkeiten mit seinem 14. Oktober.⁷⁴ Außerdem finde ich, wäre es methodisch falsch; wir müßten hier einen positiven Vorschlag machen und nicht nur nein sagen. Ich wollte dieses Problem hier anschneiden, weil natürlich – und jetzt gucke ich unsere Ministerpräsidenten an – die Bundesregierung auf unsere Fragen „Was tut ihr finanziell zum Numerus clausus?“, „Wie haltet ihr es mit den 100 Mio. weniger für den Hochschulbau in der mittelfristigen Finanzplanung?“ immer auf die Kompetenzfrage hinweist. Hier dreht sich alles im Kreise. Ich bin mit Filbinger der Meinung, daß man hier – und ich glaube, Kohl hat das ja praktiziert – den Vorschlag akzeptiert mit Schnellbauweisen usw. Das ist alles sehr vernünftig. Die Hilfe des Bundes – alles in Ordnung. Aber ich glaube, hierzu gehört eben auch eine Gesetzgebung, und ich möchte das heute hier zur Debatte stellen, weil ich nicht morgen oder übermorgen aus der Bundestagsfraktion diese oder jene Verlautbarung haben möchte, sondern ich möchte sagen können, der Bundesvorstand der CDU hat dieses Problem als Problem erkannt und wird es vor allen Dingen mit den Freunden aus den Ländern erörtern und uns zum gegebenen Zeitpunkt einen Vorschlag dazu machen.

Kiesinger: Ich halte das, meine Damen und Herren, für außerordentlich wichtig, und ich bin auch der Meinung, daß wir vor dem 14. Juni mit etwas glaubwürdig Konkretem kommen sollten. Ich verfolge bei den Wahlkundgebungen jetzt in der Diskussion – ich überlasse da natürlich oft die Antwort den Landespolitikern – mit ziemli-

⁷⁴ Am 14. Oktober 1970 fand im Bundestag die Debatte zum Bildungsbericht der Bundesregierung statt, vgl. Sten.Ber. 6. WP 72. Sitzung S. 4012–4070.

chem Schrecken, wie verworren jeweils hier die Diskussion wird, wie wenig konkrete Aussagen unsere Leute machen können. Das liegt nicht an ihnen, sondern das liegt daran, daß es wahr ist, was Dr. Barzel eben sagte, es ist für uns eine ähnliche Lage gegeben wie für Leussink. Und wenn das also möglich wäre, dahin zu kommen, wohin Herr Dr. Barzel zielt, würde ich das sehr unterstützen. Aber bitte, wir haben nun allerdings unsere Experten auf diesem Gebiete nicht bei uns ... (*Katzer*: Herr Dr. Stoltenberg war immerhin ein paar Jahre Minister.) Ja, aber er war mehr Wissenschaftsminister als Bildungsminister!

Scheufelen: Ich habe gestern den „Spiegel“ gelesen.⁷⁵ Ich weiß, daß vieles nicht stimmt, was drin steht. Aber da ist eine Statistik drin, und wenn die in etwa stimmt, dann sieht das so aus, daß wir 100 % Numerus clausus auf den Gebieten der Humanmedizin, der Veterinärmedizin und der Zahnmedizin haben und daß bei allen anderen Gebieten noch offene Stellen vorhanden sind, nur nicht an jeder Hochschule und Universität und daß z. B. auf einem Gebiet, wo ich glaubte, daß da kein Mensch mehr unterkommt – Elektrotechnik –, es Hochschulen gibt, wo Stellen noch frei sind. Das erste Logische wäre doch m. E. – da braucht man gar keine Verfassungsänderung dazu –, daß sich die Kultusminister zusammensetzen und ... (*Kohl*: Das ist ja schon passiert!) Gut, dann bin ich zufrieden. Nur in der Öffentlichkeit besteht der Eindruck, daß es nicht passiert ist. Es wird jedenfalls in der Presse noch unwidersprochen behauptet, es sei nicht passiert.

Filbinger: Ich wollte auf das eingehen, was eben der Kollege Barzel gesagt hat. Wenn von seiten der Bundesregierung gesagt wird, wir könnten das alles machen, aber wir haben nicht die Kompetenz, dann habe ich hier einen starken Zweifel, denn es geht hier doch primär bei der Ausweitung der Kapazitäten – und die braucht man ja, wenn man den Numerus clausus stark abbauen will – um Finanzfragen. Und da ist die Entscheidung eben noch nicht gefallen, daß die Priorität der Bildung auch finanzwirtschaftlich realisiert wird. Das hat Herr Möller nicht geschafft und Herr Leussink natürlich auch nicht. Herr Bundeskanzler, Sie haben letztes Jahr den Ländern 30 % zugebilligt bei der Umsatzsteuer aus der Erkenntnis, daß sie untauglich wäre auch nur für die Fortführung der bisherigen Investitionen, wenn man bei 25 %, so wie es der damalige Finanzminister haben wollte, stehenbliebe. Aber es war damals klar, diese 30 % reichen nicht aus. Nun bin ich nicht der Meinung, daß dieses Problem ein Problem wäre des Hin- und Herschiebens, der Bund muß also mehr an die Länder geben und so, sondern da werden sicherlich viel weitergehendere finanzielle Maßnahmen notwendig sein. Die Opposition ist hier in der besseren Rolle. Die Opposition braucht das Wort Steuererhöhung nicht anzupacken. Und daß das letzten Endes dahintersteckt, wer möchte das bezweifeln. Denn wenn unsere Gesellschaft so exorbitant steigende Forderungen an den Staat stellt in bezug auf Bildung und wenn die Bildungsexplosion von uns zugelassen wird, daß tatsächlich jeder Abiturient wird und daß 90 % der Abiturienten in einer Einbahnstraße – was es nirgendwo gibt in der Welt – zur Universität zumarschiert, dann muß eben die Konsequenz bei den Zahlen auch ge-

75 Vgl. „Spiegel“ vom 20. April 1970 S. 57–72 „Die Alma Mater – Eine geschlossene Anstalt“.

zogen werden, die Bürger müssen etwas dafür tun und das bedeutet Steuererhöhung. Aber ich wiederhole es, das ist nicht das Problem der Opposition zu sagen, woher man das Geld nimmt. Dieser Schwarze Peter kann ruhig bei der Regierung sein. Die Opposition sollte und müßte sagen, für wie viele neue Kapazitäten geschaffen werden müßten und in welcher Zeit man das tun soll. Ich bin nicht der Meinung, daß wir als Opposition Ausreichendes täten, wenn wir Forderungen stellen mit einem Antrag oder mit einer Anfrage. Ich wäre schon der Meinung, daß man konkret sagt z.B. 100.000 Studienplätze bis ins Jahr 1973. So etwas wäre durchaus zu schaffen. Und das ist auch zu schaffen auf dem Wege der Koordination. Da braucht man keine Grundgesetzänderung, das ist eine sehr schwerfällige Geschichte. Und man würde sich täuschen, daß dann, wenn man sie hätte, die Änderung, das meiste schon gelaufen wäre und man dann wirkungsvoll an die Sache herangehen könnte. Wenn Geld zur Verfügung gestellt werden würde, dann brächte man es fertig, an einzelnen, dafür geeigneten Universitäten zu sagen, so, ihr stockt auf eure Kapazitäten innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre mit den und den Methoden um 20 % beispielsweise. Das würde schon etwas Wesentliches erbringen.

Und dann noch etwas: Es ist nicht so, daß die Beunruhigung über den Numerus clausus derzeit durch wirkliche Beengtheit überall in allen Sektoren ausgelöst wird, sondern daß eine Psychose erzeugt wird. Und wir wissen ja woher, daß die DKP die Geschichten steuert, daß die Jusos und die Jungdemokraten diese Dinge hochheizen und sie organisieren, so wie sie in Hessen und auch in Baden-Württemberg organisiert worden sind⁷⁶, und mehr mit einer hochgepeitschten Angst gearbeitet wird als mit einer wirklich begründeten Besorgnis. Deshalb würde ich also sagen, man sollte klar auf den Tisch legen, welcher Bedarf besteht, wobei ich mir darüber im klaren bin, wie problematisch die Bedarfsberechnungen sind, aber da geht es ja dann einmal mehr um Zahlengrößen, die der Öffentlichkeit veranschaulichen, daß in kurzer Frist – zwei oder drei Jahre – tatsächlich eine wesentliche Entlastung geschieht. Wenn die Bevölkerung erkennt, daß das geschieht, dann ist damit auch nicht mehr das Geschäft für die extreme Linke zu machen, das sie zur Zeit mit der Angst der Bevölkerung machen kann. Und dann gehört natürlich auch dazu noch der andere, wesentlich unblutigere Weg, der aber darum nicht weniger schwierig ist, nämlich die innere Reform der Universitäten zusammen mit den Universitäten durchzuführen, daß die endlich darangehen, ihre Studiengänge zu straffen, zu entlasten von entbehrlichem Wissensballast, die Studienzeiten zu reduzieren – altes bekanntes Thema. Wenn man um zwei Semester im Durchschnitt ermäßigt die Studienzeit im ganzen Bundesgebiet, dann spart man mehr Universitäten, die dann keine Milliarden kosten. Und warum sollte das nicht möglich sein? Und die Umstrukturierung des Lehrkörpers, Heranziehung der Assistenten, die wir zu Zehntausenden geschaffen haben, immer mehr Stellen in den Haushalten für

76 In März und April 1970 kam es in vielen baden-württembergischen Städten zu Massenstreiks von Schülern gegen den Numerus clausus und das geplante Zentralabitur, vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 4. März 1970 „Flugblätter gegen Schülerstreiks“; „Frankfurter Rundschau“ vom 15. April 1970 „Wegen Bildungsmisere Schüler in Massenstreik“; „Die Welt“ vom 16. April 1970 „Schülerstreiks in 30 Städten Baden-Württembergs“.

die Universitäten, die heute für die Forschung – in Anführungszeichen – herangezogen werden, diese Stellen versickern, sie bringen nicht in angemessenem Maße die Entlastung des Dozenten-Studenten-Verhältnisses, wie man erwarten dürfte, sondern vielfach sind die Leute zu vornehm, um sich für Lehrveranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Hier sollten wir die Universitäten nicht entlassen aus ihrer Verantwortung, dafür zu sorgen, daß auch der akademische Mittelbau in verstärktem Maße Lehrveranstaltungen durchführt. Und wenn das nicht geschieht, und wenn wir das weiter erleben, daß die Gelder versickern und daß die Stellen versickern ohne den Entlastungseffekt, dann sollten wir sagen, dann muß eben die vielgerühmte Autonomie der Universitäten weichen insoweit. Und wenn man das heute ausspricht, erhebt sich kein Wirbelsturm mehr. Ich habe das in der vergangenen Woche getan in unserem Parlament in Stuttgart⁷⁷ und dachte, so, jetzt geht es los und wollte das auch provozieren. Am nächsten Tag bei der Feier für Gebhard Müller⁷⁸ kam Eschenburg⁷⁹ auf mich zu und sagte: „Sie sprechen von Autonomie der Universität – die gibt es doch gar nicht mehr. Administrieren Sie doch ruhig, machen Sie doch die Sache.“ Ausgerechnet der! Aber ich meine, wenn das dieser Typ von Hochschullehrer sagt, dann ist das doch sehr bezeichnend dafür, daß wir von daher keine Sorge haben müssen mit dem Administrieren und mit dem Managen dieser Möglichkeiten. Das kann man jetzt schon machen. Und warum soll die CDU nicht fordern: 100.000 Studienplätze durch Schnellbauweise usw. Da können wir zusammenwirken, ich glaube, dazu wären wir in der Lage.

Heck: Nur einmal eine Frage kurz dazwischen. Sind denn nicht die Landesregierungen für die Examensordnung zuständig?

Filbinger: Das ist der leichteste Teil, daß man die staatlichen Prüfungsordnungen entlastet von diesen Dingen. Das ist schon gelaufen, beispielsweise bei uns.

Heck: Das ist ein Punkt, über den ich völlig fehlorientiert bin. Das ist ausgesprochen Sache der Kultusverwaltungen und Sache des Staates.

Filbinger: Lieber Freund Heck, es gibt nicht nur staatliche Prüfungsordnungen, sondern es gibt auch welche für die Fachbereiche. Da muß man die Universitäten dazu gewinnen.

Heck: Das wäre natürlich eine großartige Sache, wenn wenigstens die CDU-Kultusminister sich in Kürze zusammenfinden würden, im Einvernehmen mit ihren Ministerpräsidenten diese Dinge in ihrem Bereich zu regeln. Sie werden sehen, wie schnell die anderen hier nachlaufen.

Stoltenberg: Ich wollte etwas zu den konkreten Fragen des Kollegen Dr. Barzel sa-

77 Redebeitrag von Hans Filbinger in der Aktuellen Stunde des Landtags zum Thema Schülerstreiks am 16. April 1970 (Sten.Ber. Landtag von Baden-Württemberg 5. WP 67. Sitzung S. 3722–3724).

78 Dr. Gebhard Müller (1900–1990), Jurist; 1959–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 967 Anm. 61. – Müller feierte am 17. April 70. Geburtstag.

79 Dr. Theodor Eschenburg (1904–1999), Politologe; 1952–1973 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 724 Anm. 34; Memoiren: Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1999. Berlin 1999.

gen. Ich glaube, was wir machen können, ist folgendes – ich glaube, die Vorlage ist schon zu Ihnen gekommen, wir haben sie gestern da in einer Vorbesprechung mit dem Kollegen Katzer und einigen Herren mal vorerörtert. Dieser Antrag, der aus Nordrhein-Westfalen kommt, ist von Frau Dr. Wex mit Herrn Dichgans⁸⁰ im Hinblick auf die Landtagswahlen vorbereitet. Er ist vom Arbeitskreis VI der Fraktion geprüft und wird etwas sagen in der Richtung auf Kapazität. Und bei der Endformulierung können wir vielleicht die Punkte noch etwas stärker hineinarbeiten, die Herr Filbinger angesprochen hat. Aber die Frage von Herrn Barzel ist natürlich im Grunde eine andere. Sie zielt nicht auf die Kapazität. Das ist Finanzplanung, das ist die Ergänzung des Grundgesetzes, die ja vereinbart ist, die demnächst erfolgt auf den Fachhochschulen. Die Frage von Herrn Barzel richtet sich auf das berühmte Bundesrahmengesetz, das die Strukturfrage regeln soll. Und zu dieser Frage möchte ich folgendes sagen: Ich teile die Meinung des Fraktionsvorsitzenden und der Kollegen, die das angeregt haben, daß es natürlich wünschenswert wäre, von der Rahmenkompetenz, die als Kompromiß aus diesen mühsamen Verhandlungen über die Finanzen herauskam, eine breitere Plattform zu gewinnen hin zur konkurrierenden Gesetzgebung, weil die ganzen Schwierigkeiten, die der Kollege Barzel angedeutet hat, natürlich bei den Vorberatungen eines Gesetzesentwurfes in dem Arbeitskreis der Fraktion und der Partei aufgeteilt sind. In der Sache sind wir hier also völlig einig.

Es hat allerdings ein politisches und ein taktisches Moment; das politische Moment, daß das zunächst mal nicht die einzigen Schwierigkeiten sind. Die größeren Schwierigkeiten liegen natürlich im Antagonismus der Gruppen, in der Tatsache, daß heute niemand, ob das Herr Leussink wäre oder jemand von uns – ich sage das jetzt mal bewußt neutralisierend –, in der Lage wäre, ein Gesetz vorzulegen, das die Chance hat, die völlig zerstrittenen Gruppen und die belastete öffentliche Meinung an den Hochschulen zu gewinnen. Der taktische Gesichtspunkt ist nun folgender, das intern zu besprechen – also die erste der beiden Möglichkeiten von Herrn Barzel, eine extensive Auslegung zu vereinbaren der jetzigen Kompetenzen, ist richtig. Das öffentlich zu sagen, hätte einen Nachteil, weil wir damit sozusagen die Bundesregierung aus dem Druck, der von der Öffentlichkeit natürlich sich in erster Linie gegen sie richtet, herauslassen. Sie haben in den gestrigen Zeitungsberichten die dpa-Meldung⁸¹ über dieses verheerende Ergebnis der Anhörungen gehabt, die Tatsache, daß Herr Leussink überhaupt nicht in der Lage ist, im September das angekündigte Gesetz vorzulegen, ohne nicht sofort wieder zerrissen zu werden. Wenn wir jetzt öffentlich selbst sagen, daß wir uns

80 Dr. Hans Dichgans (1907–1980), Jurist; 1952–1973 Hauptgeschäftsführer des Betriebswirtschaftlichen Instituts, 1954 CDU, 1955–1973 Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, 1957–1962 und 1972–1978 Mitglied des Beratenden Ausschusses der EGKS, 1961–1972 MdB, 1961–1969 MdEP. – Vorlage von Hans Dichgans zur Einfügung von bestimmten Bedingungen in die Hochschulgesetze des Bundes und der Länder vom 17. Februar 1970, vgl. ACDP Dokumentation AO Dichgans.

81 Anhörung im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft über die von Hans Leussink vorgelegten 14 Thesen zum geplanten Hochschulrahmengesetz, vgl. dpa vom 21. April 1970 „Leussink-Thesen bestanden Examen nicht“.

davon überzeugt haben, daß diese schmale und an sich nicht ausreichende Plattform unzulänglich ist, dann ziehen wir sozusagen die Diskussion ab von dem Punkt, wo wir sie brauchen. Wir brauchen eine Diskussion, die klarstellt, daß diese Bundesregierung in einer ganz ungemein leichtfertigen Weise auf dem Gebiet der Hochschul- und Wissenschaftspolitik Versprechungen gemacht hat, die sie auf der ganzen Linie nicht halten kann. Und diesen Gesichtspunkt sollte man bei einem endgültigen Votum vielleicht berücksichtigen. Deswegen bin ich für den ersten Weg, den Herr Barzel angedeutet hat, ein Gespräch innerhalb der CDU/CSU zu führen mit der Absicht, zu einer maximalen oder optimalen – das braucht nicht identisch zu sein –, aber jedenfalls einer optimalen Auslegung der Verfassung zu kommen, Weiterführung unserer eigenen Überlegungen, ohne sich zu überhasten, etwas sozusagen in der Hinterhand hier bleiben und weiterhin ein voller öffentlicher Druck gegen die Bundesregierung, weil dies einer der Punkte ist, wo unter dem Stichwort „Innere Reformen“ die öffentliche Meinung anfängt zu kippen gegen diese Regierung. Soviel also aus der Sicht des früheren, aber jetzt nicht mehr zuständigen Ministers zu diesen Fragen.

Barzel: Ich werde mich bemühen, möglichst präzise zu sein. [Erstens]: Ich möchte Herrn Dr. Filbinger bitten, den Entwurf eines solchen Antrages einfach mal reinzureichen, damit man konkret intern diskutieren kann. Zweitens: Sie können heute in der Presse lesen, daß Benda gestern den Bundesinnenminister kritisiert hat und erheblich gerügt hat, daß in dessen verfassungspolitischen Reformvorstellungen das Wort „Bildungspolitik“ nicht einmal vorkommt.⁸² Diese Rüge konnte Benda mit Zustimmung der CSU erheben. Drittens: Bevor ich mich entschließen könnte, zum Numerus clausus einen Antrag, so wie Filbinger es jetzt mal so aus dem Handgelenk skizziert hat, einzubringen, muß man natürlich folgende Frage stellen: Haben wir nur jetzt das Problem, für den Numerus clausus zu fragen, wie ist der Bedarf jetzt, um das zu befriedigen? Oder haben wir nicht eine zweite Frage zu stellen, wenn wir das Problem wirklich redlich angehen wollen, nämlich was können diese Leute nachher für eine Bedarfs-erwartung in dem studierten Beruf haben? Sonst haben wir die Plätze geschaffen und haben nachher die Sache potenziert – ich brauche das gar nicht weiter fortzusetzen. Deshalb, verehrter Herr Ministerpräsident Filbinger, ist natürlich das Problem der Bildungsplanung nicht ohne Bedeutung, auch wenn man beim Numerus clausus und beim Geld anfängt.

Wex: Auf die konkreten Fragen von Herrn Dr. Barzel wollte ich so antworten wie Herr Dr. Stoltenberg. Also, wir sind uns – das wollte Herr Dr. Barzel ja wohl wissen – darüber klar, daß wir jetzt kein Hochschulrahmengesetz vorlegen können. Immerhin ist das eine neue Situation, die vielleicht intern schon ein Teil von uns kannte, daß wir dahin tendieren, aber immerhin ist das ja hier noch nicht so klar beschlossen und das Votum abgegeben worden für die Fraktion. Das zweite ist das, daß wir, als wir uns eigentlich darüber klar waren, daß das Hochschulrahmengesetz – ohne daß wir das nach draußen klarmachen – nicht kommen würde, einen Antrag formuliert haben mit

82 Vgl. „Kieler Nachrichten“ vom 23. April 1970 „Benda will Verfassungsreform mit der Regierung diskutieren“.

einer Absichtserklärung dessen, was wir aber trotzdem tun können. Und darin stehen z. B. Dinge unter Lehrkörperstruktur, wie man die bundeseinheitlichen Lebensumstände erreichen kann, und es steht ein Satz darin, über den man sich vielleicht unterhalten soll – und das werden wir ja morgen tun in der Fraktion. Darin steht: „Um dieses zu gewährleisten, soll die Bundesregierung sich darüber Gedanken machen, welche verfassungsrechtlichen Änderungen sie für diese Absichten vorzutragen hat.“ Ich bin im Arbeitskreis VI der Fraktion gewesen. Der ist beauftragt worden, daß vorher, bevor in der Fraktion das beraten wird, noch mit den Kultusministern der einzelnen Länder über diesen vorliegenden Antrag gesprochen wird. Eins aber ist ja ganz sicher, daß die Bundesregierung, ohne daß sie irgendeine Änderung der Verfassung brauchte, jetzt z. B. die beamtenrechtlichen Fragen lösen kann. Das sind die drei inhaltlichen Punkte dieses Aufhangentwurfs der nordrhein-westfälischen Abgeordneten, der ja morgen besprochen werden soll in der Bundestagsfraktion.

Kohl: Ich glaube, wir müssen die Debatte auch mal unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob wir in der Sache helfen wollen oder aus der Oppositionssituation heraus etwas sagen wollen. Mir scheint, das ist bisher etwas zusammengelaufen. Wer überhaupt in der Sache in der Bundesrepublik etwas helfen will, der kann im Rahmen der bestehenden gesetzlichen und verfassungsmäßigen Norm eine ganze Menge tun, wenn er nur will. Diese Bundesregierung hat sich bisher dieser Sache völlig entsagt. Wir hatten am vergangenen Freitag eine lange Konferenz – der Kollege Hahn, der Kollege Osswald und ich – teilweise mit dem Bundeskanzler, Herrn Ehmke und Herrn Leussink und den beiden Parlamentarischen Staatssekretären⁸³, wo es jetzt um die Ausführung dieser vertraglichen Wege der unter Ihrer Kanzlerschaft noch abgesprochenen Dinge geht. Dabei hat sich herausgestellt, daß die überhaupt nichts haben – vorsichtig ausgedrückt. Der Leussink tappt wirklich wie ein Kind durch die Gegend. Ich würde sagen, diese Bundesregierung hat eine Reihe ausgesprochen schwacher Leute. Ich glaube, daß einer der schwächsten Punkte der Herr Leussink ist, wobei mir eines ganz interessant zu sein scheint. Wenn es kritisch wurde auf der Seite der Bundesregierung, so schwach wie Herr Leussink in der Sache war, weder der Herr Brandt, noch der Herr Ehmke, vor allen Dingen der Letztere, hat irgendeine Sache sozusagen abgeschlossen, an der der Herr Leussink nicht mitbeteiligt war. Das war für einen Parteilosen von der taktischen Position her eine wesentlich stärkere Position, als ich ihm zugetraut hatte. Sachlich war seine Position unter aller Kanone.

Ich bin schon der Meinung, daß wir beides tun sollten, das was Rainer Barzel an-

83 Dr. Katharina Focke (geb. 1922), Journalistin und Übersetzerin; 1964 SPD, 1966 MdL Nordrhein-Westfalen, 1969–1980 MdB, 1969–1972 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, 1972–1976 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, 1979–1989 MdEP. Vgl. KEMPF/MERZ S. 249–252. – Dr. Klaus von Dohnanyi (geb. 1928), Jurist; 1957 SPD, 1968 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, 1969–1981 MdB, 1969–1972 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, 1972–1974 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1981–1988 Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, 1982–1988 Mitglied der Bürgerschaft. Vgl. KEMPF/MERZ S. 203–206.

regte. Aber wir sollten auch darauf drängen, weil das wieder in die Abteilung Glaubwürdigkeit gehört, daß die Regierung das jetzt mal ausführt, was sie in der Regierungserklärung versprochen hat. Und dann gibt es vielleicht noch eine Möglichkeit – wir gucken da, glaube ich, in einen Spiegel rein, der uns nicht viel bringen wird. Ich spreche jetzt von der Bewältigung der Sachaufgabe. Alles, was wir jetzt verfassungs- oder kompetenzmäßig ändern, wirkt sich frühestens aus – praktisch – in vier oder fünf Jahren. Ich bin nicht sicher, daß es sich auswirkt tatsächlich für den betroffenen Studenten noch vor der nächsten Bundestagswahl. Ich habe erhebliche Zweifel. Deswegen ist es für mich die Frage, ob wir in den Ländern, wo die CDU das Sagen hat, nicht einmal ganz ungewöhnliche Wege einschlagen sollten, die auch optisch nach draußen neben diesen anderen Maßnahmen deutlich machen würden, daß wir das Problem verändern wollen. Die konkrete Frage, die wir uns im Augenblick überlegen, ist, ob wir nicht in den Fächern, die uns am härtesten treffen – Humanmedizin und andere Fächer – einfach das machen, was wir vor vielen Jahren in den Schulen gemacht haben, nämlich Schichtunterricht. Das ist mit relativ geringem Finanzaufwand zu machen. Ich vermag nicht einzusehen, warum man die akademische Freiheit nicht insoweit einschränken kann, daß man den Arbeitsplatz zur Verfügung stellt von 7.00 bis 13.00 Uhr und daß der Arbeitsplatz dann von 13.30 bis 20.00 Uhr zur Verfügung steht. Das ist mit einem relativ geringen apparativen Mehraufwand in der Praxis zu machen. (*Zwischenruf:* Und die Lehrkräfte?) Das ist ja das geringere Problem. Das Problem ist ja der Arbeitsplatz in dem Sinne. Man kann an einer Universität relativ kurzfristig die personelle Mehrausstattung – z. B. im Bereich der Zahnmedizin – erbringen. Bei der Zahnmedizin geht es um diese teuren Gerätschaften, diese Stühle usw. Und ich vermag nicht einzusehen, warum wir das nicht mal probieren sollten und danach auch optisch nach draußen den Eindruck haben, daß die CDU das jetzt einfach mit ungewöhnlichen Mitteln macht. Es war nach dem Krieg bis in die jüngste Zeit doch selbstverständlich, daß wir an den Schulen Schichtunterricht hatten. Warum sollte man das nicht auch an der Universität machen? (*Zwischenruf:* Semester!) Ja, ich würde aber sagen, da steht ja heute die Behauptung des wissenschaftlichen Bereiches, das brauche man. Was man hier zumuten kann, ist, daß wir die Kapazität vieler Abteilungen zwar nicht verdoppeln, aber wenigstens um 40 % steigern. Das wäre eine kurzfristige Maßnahme, wo wir die Studenten, die vor der Tür stehen, damit vertrösten, daß wir jetzt die Kompetenzen ändern und in vier Jahren etwas haben.

Ich glaube, das ließe sich in den Ländern ganz kurzfristig mit einem relativ geringen Finanzaufwand machen. Macht so etwas die CDU/CSU beispielsweise in den von ihr regierten Ländern, wird das viel mehr beachtet, als alle Verfassungsänderungen, die wir vorlegen, weil uns die Leute im Verfassungsänderungsbereich nichts mehr glauben. Und da muß ich auch objektiv sagen, ich habe Zweifel, ob das, was Rainer Barzel für den einen Abschnitt CDU/CSU nannte, für diesen Fall gilt. Ich habe Zweifel, ob wir uns zusammenraufen können in der Ministerpräsidentenkonferenz und dann auch im Bundesrat in der Frage der Kompetenzen [in] einer kurzen Zeitspanne, zumal die Position des Bundes ja stärker wäre, wenn er das jetzige Angebot finanziell aufgefüllt hätte. Jetzt geht es ja nur um die Kompetenz, und es ist kein Bargeld auf dem Tisch,

z. B. für das Schnellbauprogramm. Jeder, der sich über diese Dinge unterhält, sagt, ja, das ist ja nur abstraktes Gerede, es ist ja kein Bargeld da. Wir könnten ja jetzt schon konkret handeln, wenn wir Bargeld sehen würden. Aber da weder jetzt Geld da ist, noch aus den allerjüngsten Bemerkungen des Herrn Möller ganz offenkundig hervorgeht, daß auch für 1971 gar nicht die Absicht besteht, an diesem Punkt im Sinne der Regierungserklärung Prioritäten zu setzen und Geld zur Verfügung zu stellen – da kann man doch nicht. Und da muß man sehen, ob wir uns da nicht in eine Lage begeben, daß man uns auch dann vorwirft zum Schluß, ihr habt euch ja auch auf diesen verfassungsrechtlichen föderalistischen Kram eingelassen, aber ihr habt ja nichts für die Studenten gemacht. Ich bin also durchaus dafür, im Sinne der praktischen Anregung die Frage der Kompetenzen anzugehen. Da muß Goppel dabei sein, da muß natürlich auch noch die CSU-Landesgruppe Bonn dabei sein. Das ist nämlich ein eigenartiger Zustand, daß in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU man dann weniger föderalistisch ist z. T. als dann in der internen Sitzung. Wir müssen also dann alle, den Parteivorsitzenden der CSU, den Landesgruppenvorsitzenden der CSU, die stellvertretenden Parteivorsitzenden, den zuständigen Ressortkollegen, und zwar den Finanzminister wie den Kultusminister und den Ministerpräsidenten dabei haben. Dann verspreche ich mir in der Tat von einem solchen frontalen Gespräch etwas, denn in München sieht es ja am schwierigsten aus. Aber ich meine, ungeachtet dieser Sache sollten wir unter uns mal eine kurzfristige Überlegung anstellen, ob wir in den Ländern, in denen wir es tun können, diese Frage des Schichtunterrichts in den Numerus clausus-Fächern nicht angehen. Ich finde, wir sollten das auf uns nehmen – auch den ganzen Ärger in der Verwaltung – und sollten versuchen, hier über diese Möglichkeit des Schichtunterrichts wenigstens ein Stück der Zeit zu überbrücken, denn der jetzige Zustand ist natürlich absolut deprimierend.

Kiesinger: Ja, das Problem hat in der Tat zwei Seiten; die eine ist die sachliche, die ist ungeheuer schwierig und ungeheuer langwierig. Das andere gehört einfach in die Frage Regierung und Opposition hinein, und es ist klar, daß es für uns nur günstig sein kann, wenn die Regierung an dieser Aufgabe scheiterte, denn damit lädt sie sich ein erhebliches Maß öffentlicher Kritik auf. Aber unsere Kritik an der Regierung wird glaubwürdiger, wenn wir etwas vorweisen können, und zwar etwas Praktisches, Handfestes. Es ist also so, in den Diskussionen, wenn ich anschließen darf an die Erfahrungen, die wir jetzt machen, wo wir also nun Schwierigkeiten haben, dieses Problem anzugehen, wirkt natürlich immer besonders stark, wenn man sagt, u. a. war ein Mittel, dieser auf uns zukommenden Fülle zu begegnen, die Gründung neuer Universitäten, und wenn man dann sagen kann, daß nur von der CDU geführte Länder neue Universitäten gegründet haben und andere nicht. Das wissen die Leute einfach nicht. Und nun wäre es natürlich eine gute Sache, wenn die CDU-Länder eine solche praktische Maßnahme ergreifen könnten – ich kann es nicht beurteilen, ob das möglich ist. Sie erinnern sich damals, Herr Filbinger, um meinen fürchterlichen Kampf um die Baukosten. Damals war kein Geld dafür da zu bauen. Ich habe gesagt, man kann um ein Drittel billiger bauen. Wir haben in der Ministerpräsidentenkonferenz eine Kommission gebildet, ich weiß nicht, wie es nachher weitergegangen ist, aber es ist nachweis-

bar so, und Sie haben mir selber bestätigt, daß meine Rechnung, die ich damals aufstellte im Landtag und die bestritten wurde, vor allen Dingen auch von der Sozialdemokratie, sich als richtig herausgestellt hat. Das sind Dinge, die wir praktisch angehen und nachher sagen können, bitte in dem Bereich, in dem wir Verantwortung tragen, haben wir diese praktischen Fragen gelöst. Nur wie machen wir das? Einer muß die Federführung dafür übernehmen und muß unsere Kultusminister zusammenholen, und die müssen dann Vorschläge dieser Art ausarbeiten. Das andere ist ein langwieriger Prozeß.

Filbinger: Nur ein Beispiel: In Baden-Württemberg haben wir Ende des letzten Jahres ein Sofortprogramm beschlossen, das jetzt durchgeführt wird. Bis ins Jahr 1973 werden 22.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen in Schnellbauweise usw. Innerhalb von sechs Monaten haben wir im letzten Jahr ca. 2.000 Studienplätze geschaffen. Das ist ein Land! Von Goppel weiß ich, daß die auch Pläne haben, die sehr nennenswert sind, auch Rheinland-Pfalz hat sehr nennenswerte Programme. Wenn man das zusammennimmt, da ist doch eine Aussage möglich, wenn wir der Öffentlichkeit sagen können, die Länder so und so die machen das, und die anderen Länder müssen in der Lage sein, ebensoviel zu machen, denn das ist doch eine Bedarfsbefriedigung, die sicherlich nicht alle Wünsche deckt, die aber doch immerhin eine ganz kräftige Aussage bedeutet. Damit sind wir nicht vor dem Problem bewahrt, was der Kollege Barzel vorhin angesprochen hat, ob wir auch wirklich die berufliche Sicherheit haben für alle, die ein Studium beginnen. Das sind weitere ganz schwierige Probleme. Selbstverständlich müssen wir diese Dinge auch behandeln, aber jetzt geht es einfach darum, daß man der Bevölkerung vorzeigt, wenn nicht die Regierung, so ist die Opposition in der Lage, etwas Konkretes auf den Tisch zu legen. Dann lesen die Leute das in der Zeitung, und man kann es ihnen in allen Versammlungen sagen. Und das war das Entscheidende, daß wir jetzt bei dieser Streikbewegung unseren Leuten als Redematerial mitgegeben haben: die Leistungen bisher, die Leistungen der nächsten drei Jahre! Dieser Streik hat nirgendwo explosive Formen angenommen, weil die Leute sagten, wenn das so ist, dann haben wir uns ja an die falsche Adresse gewendet. Und ich meine, das wäre nun tatsächlich – wenn Sie so wollen – eine ganz primitive Aktion. Alle differenzierten weiteren bildungspolitischen Fragen stehen natürlich noch aus, die müssen wir lösen, das wissen wir. Aber das können wir erst in vielen Jahren lösen. Aber vielleicht würden wir uns den Weg verbauen, wenn wir die Lösung dort sehen würden, daß wir anfangen mit den Kompetenzen. Wir haben es ja erlebt, wie schwer das ist, bis der ganze Apparat in Gang kommt mit der Grundgesetzänderung.

Kiesinger: Ja, meine Damen und Herren, z.B. war mir das neu, und ich hätte die Zahl gerne schon bis jetzt gewußt, die Sie eben genannt haben. Wenn ich zu der Aussage, nur in CDU-Ländern sind Universitäten neu gegründet worden, sagen könnte, in Baden-Württemberg z.B. ist das haushaltsmäßig abgesichert, was wichtig ist gegenüber den Versprechungen von Herrn Kühn⁸⁴ z.B., wo es haushaltsmäßig – soweit ich

84 Heinz Kühn (1912–1992), Journalist; 1966–1978 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 198 Anm. 4.

sehe – nicht abgesichert ist, wenn man da sagen kann, bisher soundso viel Studienplätze im traditionell hochschulreichsten Land, jetzt soundso viel dazu. Sie sprachen von Bayern ... (*Filbinger*: Bayern hat sehr nennenswerte Programme.) Gut! Das muß aber die Partei wissen – zentral. Da stimmt unsere Informationskooperation noch nicht.

Stoltenberg: Ich würde vorschlagen, daß wir den Kulturausschuß der Partei, der unter dem Vorsitz von Kultusminister Vogel ja sehr intensiv in diesem Bereich arbeitet mit den anderen Kultusministern der CDU/CSU und dem Arbeitskreis der Fraktion bitten, einmal hier in der gemachten Richtung der Zusammenfassung unserer konkreten Absichten eine Stellungnahme zu erarbeiten, die man für die CDU/CSU geben kann. Die anderen Fragen – Antrag der Fraktion und eventuell Frage der Rechtsentwicklung – müßten dann auf anderen Wegen behandelt werden.

Kiesinger: So kann man es machen. Wir müßten dann nur den Herren sagen, auf diesem Gebiet sind alle unmittelbar beteiligt, denn sie sind ein wenig perfektionistisch, d. h. sie wollen alles möglichst gut machen. Und dabei läuft es dann darauf hinaus, daß möglichst wenig gemacht wird. Die Herren müssen wissen, daß es hier um ganz großes Geschütz geht, daß wir einfach ganz praktische Maßnahmen von ihnen wollen. Ein Kultusminister ist da gar nicht so leicht heranzukriegen, weil er eben auch alles möglichst umfassend machen will. Also, wenn es über diesen Ausschuß gemacht werden soll, bitte sehr. Mir wäre es lieber, es würde sich ein kleiner Kreis einmal hier im Auftrage des Vorstands zusammensetzen und das vorbereiten und dann an den Ausschuß herangehen. Das wäre mir lieber, das ginge nämlich rascher. Wie wäre es denn, wenn einer von Ihnen es in die Hand nehmen würde und zusammen mit zwei oder drei Herren das einmal ausarbeiten würde und das dann erst mit einem schon ausgearbeiteten Plan in den Kulturausschuß geht?

Filbinger: Wir CDU-Ministerpräsidenten können uns ja zusammensetzen.

Heck: Zunächst müßte natürlich das sehr wichtige Thema der Examens- und der Studienordnung in Angriff genommen werden; nur, hier ist der kulturpolitische Ausschuß genauso überfordert wie die Ministerpräsidenten. Hier sind sogar die Kultusminister überfordert. Aber die Ministerpräsidenten bzw. die Kultusminister haben natürlich den Apparat, der so etwas vorbereiten kann. Ich begreife überhaupt nicht, warum dieses Thema der Examensordnung und der Studienordnung seit Jahr und Tag zwar immer wieder genannt wird, aber mir ist nicht bekannt, daß es irgendwo ernsthaft in Angriff genommen worden ist.

Kohl: Das ist natürlich in Angriff genommen worden. Nur das ist ein unendlicher Apparat.

*Adorno*⁸⁵: Herr Bundeskanzler, sicher haben die Schülerstreiks in Baden-Württemberg noch keine explosiven Formen angenommen. Aber ich möchte davor warnen zu glauben, daß die Unterrichtung der Eltern durch die Flugblätter und durch die Informationsaktionen des Kultusministeriums etwa dazu beigetragen haben, daß künftig solche Streiks keine solchen Formen annehmen. Diese Streiks können sehr leicht zu

85 Eduard Adorno (1920–2000), Diplom-Landwirt; 1961–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 99 Anm. 36.

einer Solidarisierung der Eltern und der Lehrer führen, zumal die Lehrer in den Schulen eine sehr abträgliche Propaganda- und Informationspolitik hier betreiben. Und ich meine, in solchen Notsituationen sollten solche Notprogramme, wie sie Herr Dr. Kohl hier eben vorgetragen hat, sofort in Erwägung gezogen werden, weil sonst auch Solidarisierungen mit Lehrlingen kommen werden in diesem Bereich mit radikalen linken APO-Gruppen gerade auf den Oberschulen, die wir nicht außer acht lassen dürfen.

Kiesinger: Das Problem hat noch eine besondere Seite, auf die ich wenigstens schnell hinweisen möchte. Wir beobachten ja die Haltung der Jüngeren, die 1973 wählen können. Nun gibt es da ganz offensichtlich schon gewisse Änderungen in der Grundstimmung. Ich will es vorsichtig ansprechen. Es wird einem immer wieder bestätigt. Ich habe in diesem Kreis ja schon gesagt, es ist doch erstaunlich, wenn man eine Umfrage über die Präsenz der amerikanischen Truppen bei EMNID liest, ob sie wünschenswert sei, ob sie verstärkt werden soll oder vermindert oder abgebaut werden soll, wenn man da sieht, daß 60 % der Bevölkerung im Durchschnitt positiv sind, daß am schlechtesten die zwischen 18 und 21 Jahren liegen – 56 %, und weitaus am positivsten, nämlich 75 %, die 16- bis 18jährigen. Das ist ein solches Indiz. Nun dürfen wir ja nichts tun, was dazu beiträgt, daß ein Teil dieser jungen Leute, von denen ja auch die Eltern immer wieder sagen, da ist eine andere Stimmung da, das ist nicht mehr so, daß wir denen nun nicht neuen Zündstoff geben, daß sie sich ärgern. Und von daher sind solche praktischen Vorschläge von der CDU unbedingt erforderlich. Also Herr Dr. Kohl und Herr Dr. Filbinger, Sie kümmern sich mal darum und machen solche Vorschläge. Dann erst geben wir sie in den Ausschuß.

STRATEGIE DER OPPOSITION – KONSEQUENZEN AUS DER WAHLANALYSE

Barzel: Ich möchte gern ganz kurz zu der im Verlaufe des Vormittags von verschiedenen Herren aufgeworfenen Frage des Vorrangs der Wirtschafts- oder der Deutschlandpolitik sowohl für die Landtagswahlkämpfe wie für die Strategie der Opposition etwas sagen. Ich persönlich bin der Auffassung, daß man sich zunächst fragen muß bei dieser wie bei allen anderen Fragen, ob die Fragestellung in Ordnung ist. Ist die Fragestellung falsch, kommt man zu falschen Ergebnissen. Für mich persönlich stellt sich die Frage anders. Ich stelle nicht die Frage, hat die Priorität die Deutschland- oder die Wirtschaftspolitik? Das sind nämlich zwei Punkte, wo wir nur kritisch uns einlassen zur Regierung – mit wachsendem Erfolg. Sondern ich meine, die Priorität hat das eigene Gesicht, die CDU/CSU das eigene Programm, die eigene Alternative, die eigene Geschlossenheit, die eigene Kraft und alle diese Dinge. Das steht vorn. Also mit andern Worten – und das auch zu den finanzpolitischen Ausführungen im Laufe dieses Tages –, aus meiner Sicht ist eine Opposition ein Konditionstraining, um darzulegen, daß sie eigentlich die bessere Regierung ist. Und d.h., sie muß in den Alternativen konstruktiv sein. Sie muß ihr Programm versuchen vorzulegen. Sie muß es in den finanzpolitischen Rahmen einordnen. Und ich möchte hier ganz deutlich sagen, wenn jemand Opposition anders begreift, sollte er dies hier sagen. Wir werden – wenigstens

soweit mein Einfluß reicht – morgen nicht etwa ein Gesetzgebungsprogramm veröffentlichen, das ohne Blick auf die finanziellen Möglichkeiten ist. Wir werden sagen, wir sind hier an der Arbeit bei diesen und jenen Sachen, wir setzen die Prioritäten anders als die Regierung, aber wir werden das, was in Kraft treten soll, natürlich abhängig machen von einer eigenen Finanzplanung, die wir natürlich erst nach Vorlage und nach Verständigung über den Gesetzgebungskatalog werden machen können. Wenn dies die erste Priorität ist, dann sollten natürlich auch unsere eigenen Einlassungen versuchen, als erstes darzutun, was haben wir eigentlich an Alternativen zu bieten – dazu ist hier über viele Punkte gesprochen worden – und erst in zweiter Linie eben die kritischen Punkte, die wir einzuwenden haben. Und da möchte ich sagen, daß man das beides gleichrangig sehen muß, das ist ja hier auch schon gesagt worden. Es ist kein Zweifel, die außenpolitischen – es sind ja nicht nur deutschlandpolitische – Dinge, die wir sagen, die Zusammenhänge zur Verteidigungspolitik, zur Anwesenheit der US-Truppen hier, der Ostpolitik mit der Europapolitik, das ist ja alles nicht auflösbar. Das ist doch deutlich geworden in den letzten Debatten. Durch dieses gezielte Feuer ist sicherlich ein Eindruck auf die Koalition, auf Mitglieder der Bundesregierung, auf Kollegen außerhalb unserer Fraktion, auf westliche und östliche Regierungen nicht zu verkennen. Es ist keine Frage, daß östliche Regierungen an breiten Mehrheiten für fundamentale Dinge interessiert sind und daß westliche Regierungen in die Nähe der Position des Deutschland-Vertrages nur zu kommen wünschen für den Fall der breiten Mehrheit im Bundestag. Dies alles hat also Einfluß gehabt. Wenn Sie den Brief von Herrn Bahr ansehen⁸⁶, wenn Sie die Zustände in der FDP Nordrhein-Westfalens ansehen, wenn Sie den Bröckelungsprozeß der FDP in Niedersachsen sich ansehen⁸⁷, dann hängt dies zusammen mit diesem Fragenkreis und nicht mit dem Kreis der Preise. Also überspitzt formuliert: Die Deutschlandpolitik, die Außenpolitik haben aus meiner Sicht größeren Einfluß auf die handelnden Politiker als auf die Wahlbevölkerung. Wir müssen beides sehen.

Ich glaube, ich brauche nun nicht mehr darzutun, wie wir diese Regierung kritisieren bei ihrem Nichtstun in der Wirtschaftspolitik. Das haben der Herr Bundeskanzler Kiesinger und andere hier schon vorgetragen. Wir werden morgen im Bundestag für ein bißchen Leben auf diesem Gebiet sorgen. Wir werden die Mietenfrage zur Debatte stellen. Aber alles das ist nur soweit glaubhaft, wie wir selbst konstruktiv auf anderen Gebieten bessere Ideen haben. Ich möchte daher zusammenfassend nur folgendes

86 Vermutlich gemeint die Anregung Bahrs in den Verhandlungen mit Gromyko zu einem „Brief zur deutschen Einheit“ (vgl. AAPD 1970 Dok. 161 Anm. 9; VOGTMEIER S. 134–136).

87 Sowohl in dem niedersächsischen wie auch im nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Parteiflügel. Eine Konsequenz aus den Differenzen war das schlechte Abschneiden der FDP bei den Landtagswahlen; in Niedersachsen gelang der FDP der erneute Einzug in den Landtag nicht mehr, in Nordrhein-Westfalen fiel sie auf 5,5 % zurück (nach 7,4 % 1966). Vgl. „Rheinische Post“ vom 20. April 1970 „FDP trennt sich von den Konservativen“; GRAU, Verhältnis S. 78–82; Vermerk vom 27. April 1970 betr. Situation der niedersächsischen FDP in ACDP Dokumentation 2/225.

sagen: Für mich und die Bundestagsfraktion steht im Vordergrund die Zerstörung der Glaubwürdigkeit dieser Regierung. Nichts ist wichtiger, als darzulegen, sie hält ihre Versprechungen nicht ein, sie hält ihr Wort nicht – und dies auf den Gebieten, die wichtig sind. Und ich glaube, als wir uns vor vier Wochen hier unterhalten haben, dann haben wir alle empfunden, daß ganz vorrangig überhaupt für die Chancen der Opposition ist, den Eindruck zu zerstören, den man volkstümlich so formulieren konnte: Alle Welt steht hinter Willy! Das ist noch nicht ganz gelungen, aber da ist immerhin schon ein Sprung im Glas. Und ich glaube, positiv muß man natürlich auch werten, wie das aus der Sicht anderer aussieht. Es ist ja nicht verborgen geblieben, daß sie mit ihrer Strategie – und die müssen wir natürlich auch berücksichtigen, denn nicht nur die Opposition hat eine Strategie, die Koalition hat auch eine Strategie gegenüber der Opposition – versucht hat, uns an zwei Nahtstellen zunächst einmal zu stören. Das eine ist die Nahtstelle CDU/CSU, und ich stelle zu meiner großen Befriedigung fest, daß das Wort CSU bisher überhaupt nicht gefallen ist im Gegensatz zur letzten Sitzung, wo es im Vordergrund der Sorgen stand. Und ich darf deshalb nur mitteilen, daß natürlich der Beschluß der CSU, mitzumachen beim Beteiligungslohn und der Beschluß der CSU, ihre Freundeskreise aufzufordern, der CDU mitzuteilen, daß der Vorsitzende der Freundeskreise dort ein Zutrittsrecht zu ihrem Parteitag hat, nicht vom Himmel gefallen sind. Was die Nahtstelle zu den Sozialausschüssen betrifft, so war das für Herbert Wehner gut erklärlich. Der Parteitag, der die Lücke zwischen CDU und CSU schloß, dem folgte 48 Stunden später der Gesetzgebungsbeschluß über den Beteiligungslohn, so daß hier auch wieder eine verstärkte Kraft sichtbar wurde. Und damit wurde auch deutlich, daß die dritte Erwartung der Koalition, wir würden eine reformerische Kraft nicht haben, sich ins Gegenteil verkehrt hat. Es bleibt ein vierter Punkt offen – um offen zu sprechen –, der auch in der letzten Sitzung eine Rolle spielte, daß natürlich die personelle Geschlossenheit dieser Union im Hinblick auf die Landtagswahlen und alles andere zusammen sicherlich noch ein bißchen entwicklungsfähig sein könnte. Wenn es gewünscht wird, kann ich natürlich vortragen, welche Themen morgen und übermorgen uns beschäftigen werden. Ich will Sie aber nicht aufhalten. Ich wollte nur noch einmal sagen, ich halte die Fragestellung „Dieses oder Jenes?“ nicht für richtig, sondern für vorrangig halte ich die Priorität, das eigene Profil insgesamt zu stärken. Ich danke Ihnen!

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir jetzt zu Punkt 2 der Tagesordnung übergehen, Herr Dr. Barzel hat ja bereits übergeleitet dazu. Ich darf den Herrn Generalsekretär bitten, dazu zu sprechen.

Heck: Herr Vorsitzender, was der Herr Fraktionsvorsitzende hier vorgetragen hat, war eigentlich die Einführung zu einer Aussprache über dieses Thema. Ich habe eigentlich von mir aus nichts hinzuzufügen. Es läßt sich natürlich dieses oder jenes ergänzend sagen, aber im Grunde ist eigentlich hier die Exposition des Themas bereits erfolgt, so daß ich mir meinen Vortrag schenken kann.

Kiesinger: Na ja, einiges haben Sie ja sicherlich noch in petto.

Heck: Das kann dann in der Aussprache noch behandelt werden.

Kiesinger: Dann wollen wir es also in Form einer Aussprache machen. Wer möchte

zu dem, was Herr Dr. Barzel hier vorgetragen hat, etwas beitragen? Ich kann nur meinerseits noch einmal folgendes sagen. Natürlich müssen wir glaubwürdig bleiben. Und glaubwürdig bleiben, heißt nicht nur nein sagen, sondern heißt, immer wieder konstruktive Beiträge bringen. Das ist ganz selbstverständlich. Aber wir dürfen auch das Nein nicht scheuen, wo es eben notwendig ist. Und zwar müssen wir es deutlich sagen und ohne Rücksicht auf eine Publizistik, die – wie sich ja jetzt schon zeigt – langsam sich aufzuweichen beginnt. Wir konnten ja auch gar nicht hoffen, daß wir gleich nach den ersten Monaten gegenüber einer Regierung, die mit so viel Theaterdonner angetreten ist, gleich alles auf unserer Seite haben würden. Also, erstens, das Nein, wo es notwendig ist. Und der Spruch, daß wir uns nicht zu Nein-Sagern machen lassen dürfen, hat auch etwas Gefährliches. Wir alle wissen, was darunter zu verstehen ist. Ich gebe also zu, wir müssen soviel wie möglich Konkretes, Eigenes entgegensetzen. Man ist immer dann am überzeugendsten, wenn man sagt, wie man sich die Sache selber denkt. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig, einig allerdings auch darin, da es nicht immer leicht ist, das zu tun.

In der Rangfrage können wir – glaube ich – feststellen, daß wir uns alle einig darüber sind, wir müssen beides bringen. Wir müssen auf dem Gebiete der Innenpolitik wie auf dem Gebiete der Außenpolitik die Gewichte gleichmäßig verteilen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir dem einen den Vorrang geben können, wir dürfen es gar nicht, und zwar aus zwei Gründen nicht. Das eine ist der sachliche Grund. Das ist der eigentlich entscheidende Vorgang dieser geschichtlichen Stunde. Und da darf doch die CDU nicht zusehen, wie ihre Positionen, die sie aufgebaut hat und nicht einmal starr hingestellt hat, sondern immer weiterentwickelt hat, von dieser Regierung eingerissen werden. Und das muß man deutlich und klar sagen. Das ist das eine. Das andere – ich kann nur aus meinen Erfahrungen im Wahlkampf sprechen: Wenn ich schon mal in meiner Rede über Außenpolitik nicht genug sage, dann wird mir das unweigerlich in der Diskussion aufgezwungen, und zwar mit allem Nachdruck. Während die Leute meine Ausführungen über Preise, Konjunkturpolitik, Wirtschaftspolitik mit Zustimmung aufnehmen, werden die Leidenschaften wach, wenn es auf diese außenpolitischen Themen kommt, d. h. man soll nicht unterschätzen auch die Bedeutung dieser Diskussionen unmittelbar für diese bevorstehenden Wahlen. Es ist doch eine alte Geschichte, wenn man die große Alternative nicht hat, ist ein Wahlkampf für die Opposition ganz besonders schwer. Und das wissen wir ja alle, wie das in der Vergangenheit war. Nun kann man eine große Alternative natürlich nicht fingieren. In der Außenpolitik ist sie da. Es ist allerdings schwer angesichts des Nebels und der emotionalen Beteiligung der Bevölkerung an dem Thema „Deutsche an einen Tisch“, das schon so zu tun, daß wir viel für uns gewinnen. Ich glaube, wenn wir uns darüber einig sind und wenn wir außerdem das Thema Außenpolitik in dem Zusammenhang behandeln, in den es gehört, nämlich alles – Ost- und Westpolitik –, dann ist das überhaupt nicht problematisch, so daß ich also meine, das, was Dr. Barzel gesagt hat, ist nur zu unterstützen. Immerhin müssen wir uns daran erinnern, daß in so einem Wahlkampf nicht viele Themen ziehen, sondern einige wenige. Und da muß man ganz zäh und immer wieder, auch wenn es uns selber zum Hals heraushängt, in dieselbe Kerbe hauen.

Von Weizsäcker: Nur nicht vor dem Fernsehen immer wiederholen! Da muß man mehr variieren als in den Wahlveranstaltungen.

Kiesinger: Ja, auch vor dem Fernsehen. Variieren kann man immer. Aber nehmen Sie mal das, was da heute geschehen ist. Was soll man da groß variieren? Wir müssen immer wieder auch vor dem Fernsehen sagen – da nur erreichen wir ja die Millionen, die paar Intellektuellen, die da zuschauen, die sind nicht so wichtig –, wichtig sind die Millionen, die zuschauen, und denen muß man immer wieder sagen, darauf kommt es an und darauf kommt es an. Es tut mir leid, also hier beanspruche ich eine gewisse Erfahrung seit langen Jahren.

Von Weizsäcker: Nein, Herr Bundeskanzler, es ist etwas gefährlich, daß Sie immer wieder aus Wahlveranstaltungen mit immer wieder denselben Sätzen geschnitten werden. Ich meine nicht die Statements, die finde ich sehr gut. Die Leute sollten ein bißchen mehr darauf getrimmt werden, Sie auch mal in einer anderen Situation wiederzugeben und nicht immer mit denselben Sätzen und mit denselben Haltungen zu dieser Frage. Das ist nicht eine Frage von einigen wenigen Intellektuellen, sondern das ist eine Frage derjenigen Wähler, die es zu gewinnen gilt und nicht derer, die uns ohnehin zustimmen.

Kiesinger: Ja, so ist das auch nicht, daß das nur diejenigen angeht, die uns ohnehin zustimmen. Aber das ist natürlich eine Frage der Auswahl der Leute. Sie können nur einen beschränkten Einfluß nehmen. Das habe ich z. B. in Leverkusen ausdrücklich getan. In München habe ich es versucht.⁸⁸ Da hieß es doch, sie haben nur über Außenpolitik geredet. Keine Spur! Die Hälfte meiner Aussagen war zur innenpolitischen Thematik. Aber die Leute wollten eben aus München die Sensation machen.

Echternach: Herr Bundeskanzler, ich bin nicht ganz Ihrer Auffassung. Sie haben sicher hier die Mehrheitsauffassung referiert, aber weil Sie meinten, wir seien uns alle einig in der Akzentsetzung, möchte ich doch sagen, daß ich dieser Auffassung nicht zustimme, daß wir im gleichen Umfang die Deutschlandpolitik ... (*Kiesinger:* Die Außenpolitik!) Gut! Wenn wir die Außenpolitik insgesamt sehen, ist es selbstverständlich, daß wir die Außenpolitik aus der Diskussion draußen nicht herauslassen können. Wir müssen uns zur Außenpolitik auch äußern, und ich würde auch das unterstützen, was Sie zur Deutschlandpolitik in Ihrem Statement gesagt haben. Aber die Frage ist doch, was können wir der Regierung zur Zeit konkret vorwerfen und was sollten wir ihr konkret vorwerfen? Auf dem Sektor der Wirtschafts-, der Sozial- und der Finanzpolitik ist das Versagen offensichtlich. Auf dem ganzen Sektor der inneren Reformen ist das Versagen ebenfalls offensichtlich, und da bieten sich geradezu die Angriffsflächen an. Wir müssen uns auf der anderen Seite aber darüber im klaren sein, daß wir als Opposition nicht auf allen Feldern gleichmäßig laut schreien können, sonst werden wir nicht mehr gehört.

⁸⁸ Am 10. April 1970 auf dem Landesparteitag der CSU in München (Rede in ACDP Dokumentation 2/235, vgl. auch „Die Welt“ vom 13. April 1970 „Signal und Konsequenz der bayerischen Verlobung“) und am 17. April 1970 auf dem ersten gemeinsamen Landesparteitag des LV Rheinland und des LV Westfalen in Leverkusen (Rede in ACDP Dokumentation AO Kiesinger/Reden).

Also die Frage ist, was bleibt an Angriffspunkten auf dem Sektor der Deutschlandpolitik? Daß Gespräche geführt werden, findet unsere ausdrückliche Billigung. Daß unter Umständen man taktisch nicht gerade geschickt vorgegangen ist, indem man die Anerkennung der Staatlichkeit der DDR, die wir in der Sache gar nicht mehr bestreiten und gar nicht mehr bekämpfen, in der Regierungserklärung vorgenommen hat und daß man das möglicherweise angeboten hat im Verlaufe von Gesprächen, das kann man en passant erwähnen, aber das kann ja kein entscheidender Gegensatz zwischen Regierung und Opposition sein. Daß möglicherweise unvertretbare Konzessionen gemacht werden im Laufe der Verhandlungen, das ist etwas, was wir zur Zeit nicht belegen können, sondern was man erst nach Abschluß der Gespräche sagen kann. Jetzt aber im Grunde – Sie machen es weniger, andere machen es wesentlich lauter – den Eindruck zu erwecken, als wenn die Regierung sich daran machte, Deutschland zu verschenken und hier einen Gegensatz aufzuzeigen, der im Bewußtsein der Bevölkerung überhaupt nicht da ist, jedenfalls nicht – insofern unterstreiche ich das, was Herr von Weizsäcker gesagt hat – im Bewußtsein der Wähler, die wir gewinnen wollen, vielleicht im Bewußtsein der 20 bis 30 % Stammwähler, die bei unseren Wahlveranstaltungen sitzen und sich an diesem Thema gerne emotional berauschen. Das ist doch die andere Frage. Und ich meine, daß doch insofern in der nächsten Zeit im Vordergrund stehen sollte die Frage der Innenpolitik, und in der Außenpolitik wir uns auf die warnenden, vorsichtigen Worte beschränken sollten, die wir heute gebraucht haben, und daß wir bohrende Fragen stellen sollten, aber nicht den Eindruck erwecken sollten, als wenn diese Regierung Vaterlandsverrat oder was weiß ich begehen würde, indem wir gleichzeitig den Eindruck erwecken, als wenn hier Welten die Regierung und die Opposition in der Sache voneinander trennen würden.

Kiesinger: Nun, ich bin überzeugt, daß Welten uns trennen. Und das wird sich sehr bald zeigen, Herr Echternach. Ich meine, ich habe ja mit den Leuten gesprochen, und Herr Dr. Barzel hat es auch getan. Es trennen uns Welten. Was hier vor sich geht, ist längst, längst nicht mehr ein Abtasten von Möglichkeiten unter Schwächung von uns bisher verteidigter Positionen, sondern das ist eine nach meiner Überzeugung ganz schicksalhafte Wende in der deutschen Außenpolitik, und damit nicht nur in der deutschen Außenpolitik, sondern in Europa. Ich sehe die Gefahr viel, viel größer als Sie. Und ich sehe sie nach den Erläuterungen, die Herr Brandt mir gegeben hat, ganz besonders deutlich. Deswegen kann ich nur noch einmal sagen, es ist geradezu makaber zu sehen, daß man den Ratschlag bekommt, in einer Zeit, in der dieses sich vollzieht, davon möglichst wenig zu sprechen. Das ist ganz unmöglich. Das spüren viele, viele und keineswegs nur unsere alten verkalkten Stammwähler, denen die verkalkten alten Führer der CDU da etwas vorplappern, sondern da geht es um ganz, ganz andere Dinge. Lesen Sie auch mal Sachen, die Mitglieder der SPD zu diesen Dingen äußern und schreiben.

Aber in einem gebe ich Ihnen recht: Wir dürfen unsere Aussage ja nicht so machen, daß man Ausdrücke gebraucht, die den Eindruck erwecken, als ob man einfach aus Verärgerung, weil man sich nun in der Opposition befindet, die Regierung beschimpft oder als ob man überhaupt sich als nicht flexibel genug für unsere heutige Zeit erweist.

Deswegen gebe ich zu, daß das schwierig ist. Was ich z. B. selber sage in diesen Versammlungen, ist in der Aussage durchaus etwas völlig anderes als das, was man noch vor einigen Jahren gesagt hat. Wem sagen Sie das? Ich habe ja schließlich, z. T. gegen den heftigsten Widerstand meiner eigenen Fraktion, diese Politik vorwärtsgetrieben. Vielleicht können wir doch einander näherkommen, aber in den Versammlungen draußen die Außenpolitik nur etwa mit einem Schwänzchen am Schluß abzutun und zu sagen, die Regierung hat zwar unsere Zustimmung zu den Gesprächen, aber natürlich muß sie uns endlich mal sagen, wohin sie gehen will, das halte ich für ganz verfehlt. Innerhalb von wenigen Wochen können wir ganz schwer ins Unglück geraten und dann heißt es: Na und, was habt ihr dazu gesagt? Ihr habt dazu geschwiegen, ihr habt euch zum Mitschuldigen gemacht. Dem, was Herr von Weizsäcker sagte, stimme ich durchaus zu. Diese Selektion, die ganz bewußt vom Fernsehen getroffen wird, daß man in einer Rede herausgeschnitten bekommt den Satz, den man soundso oft schon mal gesagt hat, das wird bewußt von den Leuten so gemacht.

Von Weizsäcker: Herr Bundeskanzler, ich glaube, das Problem ist nicht, ob wir laut oder leise, also duckmäuserisch oder überzeugt zu dem Thema reden müssen. Ich bin überzeugt davon, daß das Gesamtproblem der Außenpolitik mit dem Schwerpunkt der Ostpolitik in der Tat in seiner Bedeutung gar nicht verkannt und verkleinert werden darf. Nur es kommt darauf an, an welchen Dingen man das klarmacht. Wenn es eben mißlingt, den Westen voranzubringen, wenn es nur gelingt zu zeigen, daß der Osten operationsfähig ist, der Westen aber nicht, wenn es nur gelingt, eine in 150 Jahren vielleicht ohnehin bevorstehende Hegemonie der Sowjetunion durch eigene Maßnahmen in den Bereich der nächsten Jahre zu rücken, alles dies sind ganz entscheidende Entwicklungen, auf die man keineswegs leise, sondern mit allem Ernst hinweisen muß. Dagegen gibt es eine Reihe von sehr formalisierten Fragen in der Deutschlandpolitik, die nun in der Tat bei sehr vielen Wählern und nicht nur bei jungen Wählern, wenn sie als solche behandelt werden, nicht so furchtbar leicht verstanden werden als die eigentlichen Angelpunkte. Sie haben ja auch gerade auf den Punkt sowjetischer Hegemonie, d. h. also auf langfristige Entwicklungen sehr hingewiesen. Je mehr Sie das tun, desto verständlicher wird es. Je mehr wir aber etwa über die Frage zweiter Staat sprechen oder so, desto schwieriger wird es. Es ist meiner Meinung nach also mehr eine Frage der langfristigen, politischen Gefahren, um die es geht, aber nicht eine Frage des laut oder leise, des am Anfang oder am Ende.

Kiesinger: Ja, wir sind uns da völlig einig. Eine der klügsten Bemerkungen zu dieser Situation stammt von ...⁸⁹ Der sagt, es droht anstelle der bisherigen gemeinsamen westlichen Europa-Konzeption die sowjetrussische Europa-Konzeption Boden zu gewinnen. Das sage ich in jeder Rede. Diese alten Geschichten, dieser ursprüngliche Streit, in den wir hineingekommen sind durch die Regierungserklärung, da haben wir alle ja längst neue Formulierungen gewählt. Also ich glaube, da ist kein Gegensatz.

89 Auslassung in der Vorlage. – Vermutlich Fred Luchsinger (vgl. Anm. 18). – Dr. Fred Luchsinger (geb. 1921), Schweizer Journalist; 1967–1984 Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1036 Anm. 62.

Eher besteht vielleicht noch ein Gegensatz zu der Auffassung von Herrn Echternach. Aber ich glaube, wenn Sie hören, daß diese Dinge im Gesamtzusammenhang gesehen werden müssen – übrigens ist das auch ein Gesamtzusammenhang mit der Innenpolitik, wenn die Jusos sagen, die Außenpolitik ist doch für uns nur ... (*Echternach*: In dem Punkt sind wir uns ja völlig einig.)

Dregger: Ich sehe darin eigentlich keinen wirklichen Gegensatz, wenn gefordert wird, die Gesellschaftspolitik in den Vordergrund zu stellen. Da kann ich nur sagen, die gesellschaftspolitische Frage für Deutschland ist es, ob Deutschland sozialistisch wird oder nicht. Und die Auseinandersetzung mit Ulbricht ist nicht nur eine außenpolitische Frage und nicht nur eine deutschlandpolitische Frage, sondern ist eine eminent innenpolitische Frage. Das ist die Auffassung von Ulbricht, und das ist auch die Auffassung der Jungsozialisten und der Neomarxisten innerhalb der SPD. Und wenn das so ist, dann müssen wir sicherlich dieser Kernfrage den mindestens gleichen Rang zuerkennen, wie der Preisfrage und anderen Dingen. Wir machen ja nicht nur Politik, um Wählerstimmen zu bekommen, sondern wir wollen Wählerstimmen haben, um Politik machen zu können. Und deswegen können wir das nicht nur von der Frage abhängig machen, was bringt uns das im Augenblick? Ich bin darüber hinaus der Meinung, daß uns das in Zukunft immer mehr bringen wird, denn diese Politik von Erfurt und Kassel ist mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt. Und wenn wir in einer Zeit, wo es noch nicht alle begriffen haben, das mit Deutlichkeit vertreten haben, dann werden wir in einigen Jahren – vielleicht auch schon in einem Jahr – daraus wahlpolitisches Kapital schlagen. Und deswegen sollten wir uns doch gar nicht streiten, ob das eine oder das andere den Vorrang verdient. Ich bin wie der Herr Bundeskanzler der Meinung, daß wir diese Frage auch heute in die Diskussion bringen müssen, und ich weiß aus meinen Versammlungen auch, wenn wir das richtig darstellen und nicht den Eindruck erwecken, es ginge um eine juristische Frage und um die Frage, ob der Ulbricht Botschaften austauschen darf, sondern wenn wir deutlich machen, daß es um eine Position im Kampf um ganz Deutschland geht, daß wir dann wirklich Emotionen und wirkliche politische Überzeugung dafür wecken können. Und deswegen meine ich, sollten wir das tun.

*Pöppinghaus*⁹⁰: Eine Frage an Herrn Echternach: War das Ihre persönliche Meinung, oder steht hinter Ihnen die Meinung der Jungen Union?

Barzel: Herr Bundeskanzler, nachdem wir – glaube ich – in privaten Gesprächen mit vielen Freunden, die so Fragen stellen, wie Echternach sie dankenswerterweise heute hier gestellt hat, die Erfahrung gemacht haben, daß, wenn man den Freunden dann unter vier Augen auch nur einen Zipfel der Information gibt, über die wir verfügen, sofort jeder sagt, ja, wenn wir das schweigend begleitet hätten, wären wir nach einem Jahr tot. Deshalb habe ich die ehrliche Bitte, daß wir in der nächsten Bundesvorstandssitzung nicht das ausbreiten, was hier mit VS-Stempeln uns zur Kenntnis kommt, wo wir sowieso belogen werden, sondern daß wir in einer vertraulichen Sitzung ganz informativ sagen, an welchen Punkten konkret diese Regierung unserer

90 Hannelore Pöppinghaus (geb. 1925), Hausfrau; 1969/70 stv. Vorsitzende des LV Rheinland.

Kritik begegnet und an welchen nicht, was uns konkret im Detail oder im Zusammenhang besorgt macht und was nicht. Ich verstehe, daß unsere Lage auf diesem Gebiet aus vielen Gründen geradezu wahnsinnig schwer darzustellen ist. Auf der einen Seite sagen wir – und das ist auch völlig richtig –, unser Problem ist nicht, das in Erfurt und Kassel zu unterstützen. Das sagen wir jeden Tag. Das, was mich besorgt macht, liegt ganz woanders. Und dies wiederum ist z. T. nur vertraulich begründbar, z. T. nur aus der Kenntnis der Zusammenhänge begründbar. Und außerdem kommt noch hinzu, daß wir natürlich den Eindruck vermeiden müssen, wir seien dagegen, weil wir Opposition sind oder weil wir uns geärgert haben oder den Eindruck – das möchte ich heute sagen, weil das möglicherweise passieren kann –, daß wenn die scheitern, wir hämisch grinsend dastehen.

Und nun zur Sache, zwei Punkte nur – ich will das hier nicht aufhalten, weil wir das ja hoffentlich bald mal machen informativ. Ich würde Sie einladen, Herr Echternach, aus all dem Zeug mal alles wegzulassen mit Ausnahme der von uns bewußt herausgespielten zwei, vom Kanzler nicht beantworteten Fragen.

1. Wir haben den Kanzler bedrängt am 15.⁹¹ – ich schicke Ihnen gerne das Protokoll – zu erklären, es sei seine Auffassung, die politische Einigung noch in dieser Generation möglichst zu erstreben. Wir haben gesagt, wenn er das erklärt, ist dieser Streit weg. Die Erklärung hat er nicht abgegeben wegen der Zusammenhänge, die der Bundeskanzler Kiesinger vorhin hervorragend in seiner Einführung dargelegt hat, wegen zweier unterschiedlicher Europa-Konzepte – das hängt ja mit der EWG, mit der USA und den Truppen wieder zusammen.

2. Wir haben dem Kanzler gesagt, der größere Teil des Streits könnte in diesem Augenblick vom Tisch, wenn er käme und sagte, nichts wird dieser Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihr Recht und ihre Pflicht nehmen, auf friedlichem Wege die Veränderung der deutschen Dinge mit dem Ziel der Selbstbestimmung zu betreiben. Diese Frage hat er auch nicht beantwortet. Er kann sie auch nicht beantworten, denn dann brauchte Bahr nicht mehr zu starten. Und lassen Sie mich als letztes Indiz, Herr Echternach, folgendes sagen und das auch mit dem Blick auf den SPD-Parteitag, der für die Umwälzung der Verhältnisse in Bonn wichtiger als die Landtagswahlen ist. Die Sozialdemokraten haben ein Grundsatzprogramm, da steht eine Sache drin, die könnten wir alle unterschreiben, über die Wiedervereinigung und das Selbstbestimmungsrecht. Sie haben jetzt Anträge des Parteivorstandes veröffentlicht zum Wochenende⁹², da kommt das Wort „Selbstbestimmung“ nicht mehr vor. Und nun stellen Sie sich vor, Herr Echternach, das hätte – ich mache jetzt mal Irreales – vielleicht einen Grund in Vertragsverhandlungen irgendwo und mündete in Rechtspflichten, dann würden Sie und ich, wenn wir dann noch von der Selbstbestimmung sprächen, rechtswidrig handeln bei Aufrechterhaltung des Gewaltvorbehaltes der Sowjetunion, selbst für den Fall, daß zwei deutsche Staaten bestehen. Das sind Sorgen, die ich hier andeute, die –

91 Vgl. Sten.Ber. 6. WP 42. Sitzung vom 15. April 1970 S. 2127–2154 „Abgabe einer Erklärung des Bundeskanzlers mit anschließender Aussprache“.

92 Vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen Nr. 110/70 vom 21. April 1970.

glaube ich – jedermann versteht. Und ich habe Sie ja so verstanden, man stellt bohrende Fragen. Dies ist ganz klar, das muß auch weiter geschehen. Aber unsere Besorgtheit ist im Grunde viel weiter und tiefer bei den wenigen, die versuchen, einen Durchblick sich zu verschaffen, als es unseren Gesichtern ansehbar ist.

Lassen Sie mich als letztes gerade an die Junge Union gerade in der Frage „Zwei Welten“ folgendes sagen: Unsere Chancen liegen natürlich in der freien Welt, im freien Europa. Und wenn da etwas rausgebrochen wird zugunsten von Illusionen, ist das ganz schrecklich für Ihre und meine Zukunft. Und die Hauptsorge, die wir haben: Wenn das alles im Sinne der Sowjetunion bereinigt ist, was ist dann? Ist dann die Sowjetunion friedfertig und Ulbricht human? Auch das ist noch nicht die Hauptsorge! Sondern wenn Sie heute nach Madrid fahren wollen oder nach Helsinki oder nach Rom, dann würden Sie sehen, jeder nimmt Rücksicht auf die Sowjetunion. Das tun wir auch. Wenn jetzt mit Zustimmung der drei Westmächte die Deutschen eine fundamentale Flurbereinigung ohne Gegenleistung vollziehen, dann passiert nicht mehr nur Rücksicht von Helsinki bis Rom, sondern jeder Regierungschef bittet seinen persönlichen Referenten: „Gib mir Spikes, damit ich möglichst schnell als Erster in Moskau bin!“ Die Veränderung der psychologischen Gleichgewichte ist – wie die Geschichte zeigt – fundamentaler als die militärische und die ökonomische. Ich habe versucht, hier einige Sorgen auszubreiten. (*Beifall.*)

Kiesinger: Ich habe, wenn ich auf die Fragen, die der Fraktionsvorsitzende hier angesprochen hat, in meinen Reden draußen einging, immer gesagt: So weit konnte man gehen. Wenn wir so fragen, dann saugen wir uns diese Fragen doch nicht aus den Fingern, sondern diese Fragen gründen sich auf Informationen, die wir so oder so erhalten. Wir bekommen Informationen von der Bundesregierung, wo wir zweifellos nicht die reine Wahrheit erfahren. Aber schon das, was man uns da sagt, ist erschreckend genug. Die anderen Informationen kommen anderswo her. Die Frage, die der Fraktionsvorsitzende gestellt hatte „Wie gehen Sie voran?“, die Frage, die doch so leicht zu beantworten gewesen wäre vom Bundeskanzler – „Hat dieses an Millionen gerichtete Blatt mit seiner Behauptung Recht: Der Friede in Europa kann nur gesichert werden durch Besiegelung des Status quo“ –, und er hat sogar noch den anderen Ausdruck gewählt „durch Festschreiben der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges durch uns“, und da ist behauptet worden, Sie seien dieser Meinung und Sie zögen daraus die Konsequenzen. – Er hat bis heute darauf nicht geantwortet. Es ist jetzt im „Spiegel“ ein Gespräch mit ihm gebracht worden⁹³, wo er sich wieder wie ein Aal gewunden hat und sich rausgeredet hat. Die Wahrheit ist die, daß der Mann eine Konzeption hat, die, wenn er sie wirklich hat, wenn er mir sie nicht nur gesagt hat – ich fürchte nämlich, er sagt jedem etwas anderes zur Begründung, vielleicht hat er selber in seinem Kopf jeweils die Begründung, die der Ratgeber gesagt hat, den er gerade zuletzt gehört hat – die Begründung, die er mir gesagt hat, ist geradezu lebensgefährlich. Anders kann ich es nicht ausdrücken. Nicht etwa lebensgefährlich in der deutschen Frage isoliert, sondern lebensgefährlich, weil sie eine Politik der Hybris ist, weil wieder einmal in der

93 Vgl. „Spiegel“ vom 20. April 1970 „Die Anerkennungsfrage ist ja so schillernd“.

deutschen Geschichte einer kommt, der am deutschen Wesen die Welt genesen lassen will. So ist es. Das ist das Schaurige an der ganzen Geschichte. Ich merke aus sowjet-russischen Äußerungen – das habe ich Brandt auch gesagt –, daß man da den Braten natürlich bereits gerochen hat. Hier liegt eben die Gefahr. Ich habe Sie aber ja nicht so verstanden, Herr Echternach, daß Sie sagen wollten, in der Sache stünden Sie dieser Politik nahe, sondern Sie haben das verstanden als eine Aussage jetzt in dieser Stunde, auch mit dem Blick auf die Wahlkämpfe. Das war ja wohl die Meinung.

Echternach: Ich wollte dazu nur noch einmal etwas klarstellen. Was Sie eben gesagt haben und was Herr Dr. Barzel gesagt hat, ist ja völlig richtig. Diese Fragen kann man legitimerweise stellen, man muß sie sogar stellen. Ich finde es auch ganz legitim, daß man da mal einen Verdacht anklingen läßt. Die Frage ist doch aber nur, ob das bereits ausreichende Tatsachen sind, gegen die man Opposition treiben kann. Und ich meine, über die bloße Fragestellung wird man zur Zeit so lange nicht hinausgehen können, so lange es nicht Tatsachen gibt, über die man auch öffentlich sprechen kann, weil sie sonst einfach nicht verstanden werden. Und wenn wir diese internen Informationen einmal bekämen, so wie Dr. Barzel es angedeutet hat, so wäre das außerordentlich zu begrüßen, weil das ein wesentlich fundierteres und auf Fakten bezogeneres Gespräch ermöglichen würde als jetzt, wo der eine mehr weiß als der andere, und jemand, der nun aus der Provinz, aus Hamburg, kommt, natürlich viel weniger wissen kann als der, der die Genossen aus dem Nahkampf kennt. Aber so wie mir geht es vielen anderen auch draußen, und die müssen sich auf das stützen, was an Tatsachen in der Öffentlichkeit bekannt ist. Und wenn wir jetzt mit schwerem Geschütz auffahren, ist es eben so, daß wir Teile der Öffentlichkeit, vor allem Teile der jungen Generation, nicht mehr verständlich ansprechen können. Und deswegen meine ich, sollten wir versuchen, jeweils anhand der allgemeinen Bewußtseinsentwicklung und der öffentlichen Unter-richtung auch unsere Aussage darauf einzurichten.

Kiesinger: Das kann man machen, nur nicht so, daß man vor lauter Scheu vor dieser Schwierigkeit am Schluß denn gar nichts mehr sagt.

Blüm: Ich möchte da anschließen. Zunächst einmal ist eine Politik relevant, die öffentlich ist. Was nicht öffentlich ist, ist nicht vorhanden. Mit dieser Tatsache muß man sich aber abfinden. Wenn mehr vorhanden ist, als in der Öffentlichkeit bekannt ist, dann muß man eben das öffentliche Blickfeld drehen. Aber was nicht öffentlich ist, ist nicht vorhanden, und ich beschäftige mich nur mit dem, was greifbar ist. Ich meine, wir können nicht einerseits sagen, wir sind für Gespräche und andererseits sagen, aber Erfurt und Kassel, das werden wir euch schon nachweisen, das war der große Verrat. Sie haben auf alle Fälle schon Ihr großes Fragezeichen hinter das Erfurter und Kasseler Gespräch gesetzt.

Dregger: Wir haben eine Prognose dieser Politik gestellt, und das muß man auch als Politiker in die Überlegungen, in die Kalkulationen, miteinbeziehen, wenn man sich dazu äußert. Wenn ich als Politiker damit rechne, daß diese Politik scheitert, dann ist es sicher klug, heute schon eine Politik zu vertreten, die sich nachher bestätigt.

Blüm: Dann müssen Sie also konsequenterweise gegen das Erfurter und Kasseler Gespräch sein.

Dregger: Keineswegs! Es kommt darauf an, wie man miteinander redet.

Kiesinger: Aber, Herr Blüm, darf ich mich hier einmischen. Das ist doch eine verhältnismäßig einfache Sache. Wir haben Gespräche angeboten. Ich habe das Beispiel Gewaltverzicht in Moskau genannt. Dort ist ja das entscheidende Gespräch, nicht in Erfurt, nicht in Kassel. Wir haben gesagt, der Sinn eines Gewaltverzichtsgesprächs ist weitstreichend. Ja, Ihnen sage ich es, weil Gespräche über die Sache nicht möglich sind und nicht weiterführen. Diese Regierung tut es umgekehrt. Sie macht eine qualitativ ganz andere Politik, eine ganz gefährliche Politik. Sie redet über die Kapitulationsforderungen der Sowjetunion. (*Blüm:* Sagen wir also nur rein formal zu den Gesprächen ja, oder sagen wir zu den Erfurter Gesprächen ja?) Nein, wir haben klipp und klar gesagt in unseren Aussagen immer: Gespräche ja, aber Gespräche mit einer ganz klaren Zielsetzung. Und die Ziele, die diese Regierung bei diesen Gesprächen verfolgt, hat sie bisher nicht gesagt. Ich bin sogar soweit gegangen, daß ich in einer Fernsehsendung sagte, ich verstehe sehr wohl, daß die Regierung nicht alles an die große Glocke hängen kann bei solchen Gesprächen. Aber es gibt gewisse Dinge – und Brandt hat ja selber im Bundestag gesagt, die DDR erhebe gewisse Forderungen, die nicht erfüllt werden könnten, weil ihnen die moralische oder die rechtliche Grundlage fehle. Die Frage, die ich gestellt habe, war: Welche Forderungen sind das? Sagen sie uns, welche Forderungen sie für unerfüllbar halten. – Und genau das alles tut er nicht. Die Gespräche, die er mit drüben führt, sind Gespräche über alles und jedes. Was bisher geschehen ist – und ich teile diese Auffassung mit ausländischen Beobachtern, die ein sehr objektives Urteil haben –, ist eine Serie politischer Kunstfehler allerersten Ranges. Da ist jetzt schon soviel Unheil geschehen, daß nachher ein formeller Abschluß nur noch eine Besiegelung ist. Also, man kann das sehr wohl in einem Satz sagen: Wir unterstützen Gespräche, aber Gespräche, die eine klare Zielsetzung haben und bei denen die Lebensinteressen unseres Volkes nicht preisgegeben werden. Das kann man dann variieren. Ich finde das nicht so schwierig, Herr Blüm!

Blüm: Ich wollte nur noch einmal klären, daß wir nicht zu dem Erfurter Gespräch sozusagen die Schranken heruntergelassen haben und sagen, dieser Zug fährt nicht, und daß wir es nicht nur dabei belassen haben, formal zu sagen, wir sind für Gespräche, sondern daß wir auch den konkreten Versuch unterstützt haben zu testen. Daß wir jetzt bei dem zweiten Schritt bohrende Fragen stellen, das halte ich geradezu für unsere Aufgabe. Nur meine ich, auch das sollte man sehen: Die Sache Risiko für uns hat natürlich auch noch eine Kehrseite der Medaille. Diese Gespräche sind auch für Ulbricht und seinesgleichen ein Risiko. Ich würde dieses Risiko einmal sehen in Richtung Ostblock, und ich würde es einmal sehen in Richtung auf seine eigene Regierung, denn wir haben doch alle sehr wohl die Erfurter Ereignisse gesehen.

Kiesinger: Aber, Herr Blüm, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich da noch einmal interveniere. Für die Leute ist das doch ganz gleich, was da passiert. Der Erfolg für Ulbricht ist, daß er sich international aufwertet, denn wenn die Bevölkerung dieses Staates nicht gegen ihn wäre, dann brauchte er doch keinen Stacheldraht und keinen Todesstreifen. Deswegen sind doch die Argumente, er gehe ein Risiko ein – das lese ich immer da und dort – völlig falsch. Der Mann geht überhaupt kein Risiko ein. Der

Mann geht einen ganz klaren Weg, der zur internationalen Aufwertung der DDR führt. Und aus diesen Gesprächen geht er als einsamer Sieger hervor. Das sage ich Ihnen voraus.

Blüm: Ich habe nicht davon gesprochen, daß es für uns kein Risiko wäre. Ich habe nur gesagt, die Medaille hat noch eine Rückseite, und ich sehe auch für die Gegenposition nun gewisse Gefahren im Zusammenhang mit dem gesamten Ostblock. Ich würde in der Tat vorschlagen, daß wir einmal sehr differenziert und dann auch mit Fakten, die wir bisher noch nicht auf den Tisch gelegt haben, dieses Thema diskutieren. Ich hatte mich nur zu Wort gemeldet, weil ich auch glaube, daß man nicht ein Schwarz-Weiß-Programm auflegen sollte in Sachen Ostpolitik, sondern daß man in differenzierter Opposition die Positionen klarlegen sollte. Insofern würde ich gestehen, daß uns nicht Welten trennen von dem Vorhaben der Regierung, sondern daß uns im Detail ... (*Kiesinger:* Uns trennen aber Welten. Das ist leider die bittere Wahrheit.) Ich glaube jedenfalls, daß wir kaum für das Argument Glauben finden werden. Und ich würde auch nicht sagen, daß die SPD das Selbstbestimmungsrecht aufgeben will oder die Freiheit.

Kiesinger: Doch! Doch! So ist es! Herr Blüm, ich kann Ihnen nur sagen, das ist es, das will sie, das tut sie, dazu ist sie bereit!

Dregger: Herr Blüm, ich bin nicht nur zu Gesprächen bereit, sondern sogar zu Konzessionen bereit. Nur unter einer Voraussetzung, daß die Konzessionen der anderen Seite mindestens so sind wie die meinen. Eine Politik der Vorleistungen kann man einem künftigen Partner gegenüber betreiben, von dem man sagen kann, daß die Grundlagen gemeinsam sind. Adenauer hat eine Vorleistungspolitik betrieben gegenüber dem Westen, weil ja im Grunde die Positionen gemeinsame waren. Gegenüber Todfeinden eine Vorleistungspolitik zu betreiben, das ist unmöglich. Und die Kommunisten sind Todfeinde einer freiheitlichen Welt. Und deswegen können Vorleistungen einer solchen Welt gegenüber keinen späteren Erfolg erbringen. Das zu Ihrer Frage.

Und nun zu der Frage Wehner, was will er eigentlich? Was Wehner wirklich will, das kann ich nicht sagen. Der Wehner hat in seinem Leben seine Positionen so häufig gewechselt, und er macht so unterschiedliche Aussagen von Jahr zu Jahr, daß ich nicht weiß, was er will. Aber darauf kommt es ja gar nicht so sehr an. Die Frage ist ja – unterstellen wir mal, er ist kein Kommunist, und er will also eine positive Politik betreiben –, kann er es überhaupt noch? Ich möchte doch behaupten, daß in dieser SPD, in der die Jungsozialisten von Jahr zu Jahr größeren Einfluß gewinnen und sich nicht nur die Jungsozialisten ja verbinden mit alten Linkssozialisten in Südhessen, in Schleswig-Holstein und sonstwo, inzwischen eine innerparteiliche Situation entstanden ist, in der Brandt und Wehner – was sie selbst auch immer mögen wollen – gar keine andere Politik betreiben können als eine Politik der Anpassung. Die können gar nicht anders mehr, und das wird von Jahr zu Jahr stärker werden. Und deswegen bin ich doch der Meinung, Herr Blüm, daß wir nicht nur differenziert, sondern daß wir ganz klar unsere Positionen vertreten sollten, nicht juristisch, sondern politisch, und nicht nur außen- und deutschlandpolitisch, sondern daß wir immer wieder die Verbindung herstellen

zwischen diesen beiden Fragen. Und ich bin der Meinung, daß das nur zwei verschiedene Schauplätze derselben Auseinandersetzung sind, nämlich um die gesellschafts-politische Zukunft ganz Deutschlands.

Heck: Herr Blüm, ich finde, wir sollten zunächst mal das an Fakten zur Kenntnis nehmen, was allgemein bekannt ist. Und hier zu Erfurt und Kassel folgendes: Allgemeine Fakten sind – das sagte neulich ein prominentes Mitglied der FDP-Fraktion, als er auf die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag zu sprechen kam –, wenn wir die Unterschrift nicht geleistet hätten, wäre es nicht zu Erfurt gekommen. Hochinteressant! Also das Faktum ist, daß wir für Gespräche ohne Vorleistungen waren. Nun bin ich der Meinung, daß das eine ganz beträchtliche Vorleistung ist. Und ich halte auch, Herr Echternach, das für eine Vorleistung, daß in einer Regierungserklärung, also in einer amtlichen Aussage, von der Anerkennung eines zweiten deutschen Staates gesprochen wird. Man muß hier – glaube ich – unterscheiden, ob die Realpolitik es zur Kenntnis nimmt, daß dort ein Staat vorhanden ist. Das haben wir übrigens schon seit längerer Zeit getan. Das ist gar nichts Neues. Wir hätten ja die gesamten Wirtschaftsabkommen mit denen gar nicht treffen können, wenn wir das nicht zur Kenntnis genommen hätten. Das ist das eine.

Das zweite ist, wir haben unser Ja nie ganz generell zu Verhandlungen gegeben, sondern immer sehr präzise gesagt, wenn es förderlich ist, das Verhältnis zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten zu verbessern. Daraufhin kam von drüben nur eine Antwort, und das ist ein Faktum: Darüber kann überhaupt erst geredet werden, wenn das Verhältnis generell geregelt ist. Und daraufhin hat nun diese Regierung reagiert und redet überhaupt nicht mehr von Regelungen von irgend etwas, sondern ist auf die Forderung von drüben eingegangen auf Gespräche, wo es um die generelle Regelung des Verhältnisses beider deutscher Staaten geht. Und das sind, glaube ich, Fakten! Dann ist ein Faktum, daß der Herr Bahr, der – glaube ich – diese Politik doch weitgehend inspiriert, vor Jahren erklärt hat, daß das Konzept dieser Politik der Wandel durch Annäherung sei.⁹⁴ Das muß man doch zur Kenntnis nehmen. Dann gibt es ein Interview von Herrn Brandt aus dem Juni 1969⁹⁵ – solche Interviews kommen allerdings immer in ausländischen Zeitungen – wo er gefragt wurde nach seiner Partei. Und da sagte er, hören Sie genau zu, das ist sehr wichtig: „Ja, der freiheitliche Sozialismus steht erst vor seiner großen geschichtlichen Aufgabe.“ Dann wurde er präzise gefragt, wie er dann das verstehe. Daraufhin sagte er: „Nun, das könne man sich doch ohne weiteres vorstellen, wenn man daran denke, daß es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten darum gehe, den Ost-West-Konflikt zu transformieren.“ Das ist also jetzt wiederum ein Faktum. Und nun schalte ich um auf das, was die „Neue Zürcher Zeitung“ geschrieben hat, daß diese neue Regierung auf dem Wege ist, das sowjetische Konzept zur Regelung der Nachkriegsprobleme in Europa zu übernehmen.⁹⁶ Und

94 Vortrag Bahrs am 15. Juli 1963 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing. – Text im Internet: http://www.fes.de/archiv/_stichwort/tutzing_rede.pdf.

95 Interview Willy Brandts mit „German International“ am 30. Juli 1969, vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen vom 30. Juli 1969.

96 Vgl. NZZ vom 15. Februar 1970 „Bonn – Gefangener der Ostpolitik?“.

nun komme ich auf das letzte Faktum, nämlich auf die Karlsbader Beschlüsse.⁹⁷ Das Konzept, zu dem die Russen – die Rumänen sind nicht gekommen, die Jugoslawen auch nicht, die haben den Braten gerochen – die übrigen überredet, gezwungen, vergewaltigt haben, das ist bis auf den heutigen Tag aufs I-Tüpfelchen die Verhandlungsposition in Moskau, in Warschau und in Pankow. Und wie ernst das von den Russen genommen wird, das sehen sie daran, daß, als die Tschechoslowakei ganz klar zu erkennen gab, daß sie ihr Verhältnis zu Westeuropa und speziell zu uns wirklich ernst [nehmen] und in der Substanz normalisieren wollte, sie einmarschiert sind. Das sind doch nun alles Fakten.

Was Dr. Barzel hier gesagt hat, das sind Dinge, die hier im einzelnen die Kenntnis vermitteln, daß wir von dieser Regierung durch Nichtinformation fehlinformiert werden und teilweise für verschiedene Interpretationen offene Formulierungen interpretiert werden. Trotzdem halte ich es für ganz zweckmäßig, daß man vielleicht diese Dinge, soweit wir die Quellen nicht gefährden, in einer Vorstandssitzung zusammengefaßt einmal vorgetragen bekommen. Das Problem, vor dem wir in der Tat stehen, ist: Unsere Position kann man ganz leicht so als Streit- und Formelkram abtun. Man muß sich aber darüber im klaren sein, was dieser Formelkram für die Sowjets bedeutet. Diese Regierung ist auf dem besten Wege, sich auf Formeln einzulassen, die die Sowjets anders interpretieren als wir. Welche Interpretation, wenn es hart auf hart geht, gültig ist, darüber brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten – der, der die Macht hat, seine Interpretation zu erzwingen. Ich wollte das eigentlich nur noch sagen, weil von dem, was bekannt ist, eigentlich genügend Klarheit auf die Situation fällt. In einem möchte ich Ihnen recht geben, Herr Echternach. Alles, was in der Richtung liegt, als würden die bewußt Verrat treiben, sozusagen bestochen oder irgend sonst was, das ist meiner Ansicht nach falsch. Aber wenn ich einen ganz harten Ausdruck nehmen darf – wir haben ja den 100. Todestag Lenins gerade erst hinter uns –, aber daß hier ein beträchtlicher Teil von nützlichen Idioten im Sinne von Lenin am Werke ist, da bin ich also persönlich ganz sicher.

Kiesinger: Ich darf vielleicht eine Andeutung machen, wenn wir schon bei diesem Thema sind, daß man nicht einfach sagen kann, diese Leute treiben Verrat oder Ausverkauf und so. Das sind Formulierungen, die ich nie in den Mund genommen habe und nie in den Mund nehmen werde, weil sie unglaublich wirken und weil sie uns tatsächlich Vertrauen kosten. Tatsächlich hat diese Regierung eine offensive Konzeption. Das wäre ja auch merkwürdig, wenn sie sie nicht hätte. Auch ich hatte eine offensive Konzeption – ich erinnere mich noch, wie Sie damals sagten, als ich überstimmt wurde in dem Kreis mit Jugoslawien, das hat keinen Zweck, liebe Leute, ihr seht ja, der Mann ist entschlossen, es zu tun, da kann man halt nichts machen.⁹⁸ Und ich habe in

97 Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 24. bis 26. April 1967 in Karlsbad. Zur Erklärung „Für den Frieden und die Sicherheit in Europa“ vgl. DzD V/1 S. 1047–1054, vgl. auch die Aufzeichnung von Botschafter Schnippenkötter in AAPD 1967 Dok. 154. Vgl. MEHNERT S. 660f. und S. A 687–A 690.

98 Kiesinger bezieht sich auf drei Sitzungen mit der Fraktion, 11. Dezember 1967 CDU/CSU-Fraktionsvorstand (kein Protokoll vorhanden), 12. Dezember 1967 Außenpolitischer Ar-

der Fraktion gegenüber den damaligen Phrasen immer wieder andeuten müssen – laut sagen konnte ich es ja nicht –, daß das eine offensive Politik ist, allerdings ganz geschützt, d. h. ich ging nie so weit, daß die Sowjetunion daraus wirklich das Argument nehmen konnte, daß wir eine sie wirklich bedrohende Politik betreiben würden.

Diese Regierung – und das können Sie aus einer ganzen Reihe schon jetzt vorliegender Äußerungen sehen – hat in der Tat die Vorstellung, sie könne das Angesicht Europas verändern. Deswegen sprach ich von Hybris. Und zwar glauben sie, das auf folgende Weise tun zu können: Brandt hat über die Konvergenztheorie gesprochen. Er hat gesagt, sie sei halb falsch und halb richtig – wie alles. Tatsächlich glauben diese Leute an die Konvergenztheorie, an die These vom Wandel durch Annäherung. Lassen Sie mich, um es an einem praktischen Beispiel klarzumachen, zurückgreifen auf die Tschechoslowakei und was ich damals erlebt habe. Sie haben alle gesehen, daß, als es in Prag los ging, die Führungsmannschaft der FDP den wahnsinnigen Schritt tat und nach Prag reiste.⁹⁹ Wer also nur ein wenig versteht von dem, was sowjetischer, kommunistischer, imperialer Wille ist, der mußte wissen, das geht schief in Prag. Er durfte also nicht hin und Öl ins Feuer gießen. Das ist geschehen, leider auch von dem einen oder anderen von uns. Ich habe Blessing gebeten, gehen sie nicht hin, sie müssen hierbleiben. Brandt habe ich in Stuttgart aus anderem Anlaß getroffen, da sagte er mir, er kommt nachher mit seinen Genossen hier zusammen, da will der Bundestagsabgeordnete Paul¹⁰⁰, der Sudetendeutsche, nach Prag reisen. Ich sagte ihm: „Um Himmels willen, sehen Sie denn nicht, daß Sie dem Russen ja geradezu den Vorwand liefern, wir hätten hier eine Verschwörung mit Dubček¹⁰¹ angezettelt. Verboten Sie das dem Mann.“ Er hat es dann auch getan. Und dann kam eines Tages ein Irrläufer, ein Telegramm des deutschen Botschafters¹⁰² in Wien, das ans Auswärtige Amt gerichtet war,

beitskreis und CDU/CSU-Fraktion (Hinweis in ACDP 01–226–310). Kurzprotokoll der Sitzung des AK V am 12. Dezember 1967 in ACDP 08–001–411/2 sowie Protokoll der Fraktionssitzung am 12. Dezember 1967 in ACDP 08–001–1015/2.

99 Bundesbankpräsident Blessing hielt sich im Juli 1968 zu einem zweitägigen Privatbesuch in Prag auf (vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 15. Juli 1968). Scheel und Genscher hielten sich zu einem fünftägigen Besuch in der Tschechoslowakei auf, vgl. „Spiegel“ vom 15. Juli 1968 „Pilsener Urquell“, „Manchester Guardian“ vom 16. Juli 1968 „Bonn’s soundings in Prague“. Kritik am Zeitpunkt der Besuche übte die „Augsburger Allgemeine“ vom 19. Juli 1968 „Unangebrachte Bonner Zensuren“ (alle Artikel in ACDP 01–226–310). Vgl. dazu auch die Ausarbeitung über „Die deutsche Haltung zum ‚Prager Frühling‘“ in ACDP 01–226–311.

100 Ernst Paul (1897–1978), Redakteur; 1919/20 Vorsitzender des Verbandes der sozialdemokratischen Arbeiterjugend, 1920–1926 Vorsitzender des Sozialistischen Jugendverbandes, 1923–1932 Mitglied im Büro des Sozialistischen Jugendinternationale, 1926–1936 Geschäftsführer der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei, 1939–1945 Emigration in Schweden, 1945–1948 Schatzmeister des Hilfskomitees für sudetendeutsche Flüchtlinge, 1949–1969 MdB. Memoiren: Gegen den Krieg, für die Demokratie. Erinnerungen. München 1977.

101 Alexander Dubček (1921–1992), tschechoslowakischer Politiker. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 970 Anm. 65.

102 Dr. Josef Löns (1910–1974) war von 1963 bis 1970 deutscher Botschafter in Wien.

zu mir und da hat Herr Hájek¹⁰³ – zu einem Zeitpunkt, als in Prag schon alles lichterloh brannte – sagen lassen, zu seinem Bedauern könne er die vereinbarte Begegnung mit Herrn Egon Bahr nicht einhalten, er müsse leider direkt nach New York weiterfliegen. Da hatte man hinter meinem Rücken dies angezettelt, immer in dieser verfluchten Meinung, man könne von der deutschen Position aus und natürlich von der sozialdemokratischen Position aus diesen Wandel in der östlichen Welt herbeiführen. Und das ist das, was Herr Brandt sich vorstellt. Und da sagt er: „Da geht etwas vor sich. Die Sowjetunion wird ihr Imperium nicht zusammenhalten können. Und in diesem Prozeß der Evolution des Ostens spielt die DDR die Rolle eines Sperrriegels. Und indem wir das alles auf die Seite räumen, alles, nehmen wir der DDR diese Sperrriegel-Funktion und fördern jene Evolution des Ostens, die zum Zusammenbruch des sowjetrussischen Imperiums führen wird.“ Dies ist die Konzeption, die Herr Brandt sich nicht scheut vorzutragen.

Nun muß man sich einmal vorstellen, was das bedeutet. Natürlich gibt es diese Evolution im Osten, selbstverständlich wird der Drang zu größerer individueller und nationaler Freiheit weitergehen. Herr Rusk¹⁰⁴, als er seinen Abschiedsbesuch hier machte, hat den Ausdruck gebraucht mir gegenüber: „Die Sowjetunion hält die Koexistenz nicht aus!“ Ich habe ihm gesagt: „Das ist eine große Frage, wer die Koexistenz besser aushält, die Sowjetunion oder wir.“ Ich habe hier von einem Aufsatz von Ball gesprochen, der genau das sagt, was ich damals Rusk geantwortet habe: Die zentrifugalen Tendenzen sind in beiden Lagern gegeben infolge dieser Politik der Koexistenz. Und auch ist der Westen der Gefährdetere, denn wenn Frankreich aus dem System der NATO austritt, dann tritt es eben aus. Eine Korrektur findet nicht statt. Der holländische Außenminister¹⁰⁵ hat nach Prag mir gesagt: „Ein Gutes hat es. Wenn das nicht gekommen wäre, in zwei Jahren hätten wir keine NATO mehr gehabt.“ Diese Koexistenz kann im Osten und wird im Osten immer wieder korrigiert werden, im Westen kann sie nicht korrigiert werden. Und daher der große Manövriervorteil der Sowjetunion. Deswegen spreche ich von einer Hybris. Der Brandt kommt mir vor wie Wilhelm II.¹⁰⁶ allmählich – überall dabei sein, überall Heilsbringer Willy, der große Friedensmacher. Und ich sagte ihm ja: „Mann Gottes, sehen Sie das denn nicht, daß, wenn Sie eine solche Politik machen, das die Sowjetunion auf Kilometer riecht und schon

103 In der Vorlage: Heye. – Dr. Jirí Hájek (1913–1993), tschechoslowakischer Politiker; 1953–1955 Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Prag, 1955–1958 Botschafter in Großbritannien, 1958–1962 stv. Außenminister, 1962–1965 Botschafter bei der UNO, 8. April bis 1. September 1968 Außenminister. – Vgl. dazu die Informationen in der Zeittafel in ACDP 01–226–310.

104 (David) Dean Rusk (1909–1994), amerikanischer Politiker; 1961–1969 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 55 Anm. 64.

105 Joseph Luns (1911–2002), niederländischer Politiker; 1956–1971 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 617 Anm. 22. – Luns und der niederländische Ministerpräsident Piet de Jong hielten sich am 18./19. September 1968 zu Gesprächen in Bonn auf, vgl. AADP 1968 Dok. 309 S. 1180–1187.

106 Wilhelm II. (1859–1941), 1888–1918 deutscher Kaiser und König von Preußen.

gerochen hat?“ Das steckt dahinter. Und bei Wehner ist es ein ganz persönlicher Kampf. Wehners Traum und Trauma ist, eines Tages, um die Preisgabe wesentlicher Freiheiten willen, auch um der Preisgabe wesentlicher Freiheiten von uns willen, eine Einheit der Deutschen wiederherzustellen in einer sozialistischen Gesellschaft, die konvergent ist – wir geben Freiheiten ab, die nehmen Freiheiten an. Hier liegt die eigentliche Gefahr; daß wir das jetzt nicht in diesem Kampf, in dieser Auseinandersetzung, in diesen Wahlkämpfen bringen können, weil wir das dann belegen müßten mit Dokumenten, das ist ganz klar. Ich habe es jetzt nur wenigstens gesagt, dies wenigstens gesagt, um auf das wirklich Lebensgefährliche dieser Politik hinzuweisen. So, das ist diese Politik und die politische Konzeption, mit der wir es zu tun haben. Und die nenne ich selbstmörderisch im Zusammenhang mit den Interventionsrechten, die sich die Sowjetunion nach der Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich uns gegenüber vorbehält. (*Dregger*: Können wir festhalten, daß wir das noch einmal auf die Tagesordnung der nächsten Bundesvorstandssitzung setzen?) Ja, aber ich bitte nun wirklich, meine Herren, was ich hier gesagt habe, das habe ich gesagt, weil ich sehe, wie Sie in Not sind in Ihren Überlegungen und Sorgen haben, nur damit Sie wissen, so von ungefähr ist dieser ganz harte Widerstand nicht. Sie haben ja auch bei Dr. Barzel gemerkt, wie er an einem ganz bestimmten Punkt – nicht aus taktischen Gründen – plötzlich eine sehr harte Sprache gesprochen hat. Dem ging eine Unterhaltung mit Brandt voraus.

VORBEREITUNG DER LANDTAGSWAHLKÄMPFE

Heck: Wir sind also nur noch sechs Vorstandsmitglieder, aber ich muß trotzdem sagen, eine Frage muß noch erörtert werden, weil wir hier auch zwei Sprachen sprechen, eine Frage, mit der wir in den Landtagswahlkämpfen konfrontiert werden. Das ist die Interpretation unserer Haltung zu den konkreten Vorgängen zwischen CDU und NPD. Hier gibt es Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Die Dinge sind etwas erleichtert worden, weil in Niedersachsen der eine Abgeordnete Hass von sich aus erklärt hat, er wolle nicht bei der CDU als Kandidat aufgestellt werden. Aber das ist natürlich ein Problem mit den ganzen Übertritten usw., vor das wir gestellt werden. Wir haben das Thema mit Herrn Hasselmann in einer Präsidiumssitzung erörtert und haben dem Herrn Hasselmann gesagt, generell hat die Linke den politischen Irrtum in einem ungewöhnlichen Umfang akzeptiert.¹⁰⁷ Wo wäre eigentlich ihre ganze Führungsmannschaft, wenn man ihr den politischen Irrtum nicht zugestehen würde, so daß wir ganz generell sagen müssen, diesen politischen Irrtum muß man jedermann zugestehen. Das zweite ist: Auch bei politischem Irrtum gibt es Vergangenheit, die einfach nicht verkraftet werden kann, wenn der politisch Irrende gleich wieder bei uns repräsentativ auftreten soll. Wir haben also schlichtweg gesagt, die Leute dürfen

¹⁰⁷ In der Präsidiumssitzung am 19. Februar 1970 wurde die Lage in Niedersachsen erörtert (Protokoll in ACDP 07–001–1403).

politisch keine silbernen Löffel gestohlen haben. Aber wir haben es auch nicht generell als ausgeschlossen gehalten, daß jeder NDP-Abgeordnete, gleichgültig welcher Gesinnung er ist, gleichgültig was er getan hat, gleichgültig welche Vergangenheit er hat, daß er unter gar keinen Umständen bei uns aufgestellt werden könne. Aber es gibt in unseren Reihen auch diese Auffassung. Das ist die grundsätzliche Seite; die pragmatisch opportune – und damit hat es ja die Politik und eine Partei immer auch zu tun – ist einfach ganz legitim. Und das haben wir Herrn Hasselmann auch gesagt. Und das ist auch ein Argument, das wir m. E. Angriffen gegenüber gebrauchen müssen: Wir haben uns beim Bundestagswahlkampf wirklich für das Interesse und die Notwendigkeit des Staates entschieden und gegen das Interesse der Partei bei unserer Haltung zur NPD. Das muß mal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. So dumm und so blöd waren wir auch nicht, daß für uns die Chancen, in der Regierung zu bleiben, größer sind, wenn die mit 6 % im Bundestag sitzen. Das wußten wir vorher auch. Wir haben uns trotzdem dafür entschieden, dieser NPD in diesem Wahlkampf den Kampf bis aufs Messer anzusagen. Und ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß wir es wirklich als einen Erfolg unserer Arbeit ansehen können, daß die NPD nicht in den Bundestag gekommen ist. Nun, die NPD und der Rechtsradikalismus sind bei uns für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte so wenig endgültig gebannt, wie das auf der linken Seite der Fall ist. Und ich glaube, wir müssen immer im Auge behalten, daß wir alles tun müssen, daß die Kerle jetzt dann, wenn Landtagswahlen sind, auch nicht mehr in die Landtage kommen. Den Fall haben wir nun einmal in Niedersachsen, und es ist gar keine Frage, hier spielte es eine Rolle. Wenn die Repräsentanten, denen vor vier Jahren das Vertrauen entgegengebracht worden ist, wenn die abspringen, daß das natürlich eine Partei im Kern trifft, das ist ganz klar. Also kurzum, das sind die Überlegungen, die wir gemeinsam mit Herrn Hasselmann angestellt haben. Und wir haben den Niedersachsen in der Sache insoweit, mit den Einschränkungen, die ich genannt habe, freie Hand gegeben. Ich bin der Auffassung, daß das eigentlich eine Position ist, die wir alle insgesamt der Öffentlichkeit gegenüber sollten vertreten können, auch wenn wir persönlich da und dort das andere für etwas opportuner hielten. Ich glaube nicht, daß es Charakterfragen sind, um die es hier geht. Ich glaube, wenn so aus dem Bereich der Jungen Union hier die Einwände kommen, dann sind es vielleicht Unterschiede in der Beurteilung, welches die Wirkung ist auf Wähler.

Echternach: Ich würde sagen, wir haben uns in der Bundestagswahl nicht nur staatspolitisch richtig verhalten, sondern auch parteipolitisch richtig, denn es muß ja auch irgendwo die Glaubwürdigkeit dieser Partei geben. (*Kiesinger:* Es wäre viel wichtiger, wir wären in der Regierung.) Na ja, die Frage ist, ob wir auch nur den gleichen Prozentsatz an Stimmen erreicht hätten, den wir erreicht haben, wenn wir uns gegenüber der NPD nicht eindeutig abgegrenzt hätten. Auf der anderen Seite kann es nicht unser Maßstab sein, wie sich die SPD gegenüber ihren Leuten verhält. Aber so wie es auf der einen Seite Sache der SPD ist, sich gegenüber der Linken abzugrenzen, so ist es unsere Aufgabe, uns gegenüber der Rechten abzugrenzen. Und da ist es eben notwendig, daß wir aus dieser rechten Ecke herauskommen, in die uns die SPD aus taktischen Gründen immer wieder hineindrängeln will. Die Bundespräsidentenwahl hat der Lin-

ken einen Vorwand für diese Geschichten geliefert¹⁰⁸, und diese Hass-Geschichte hat uns wieder in einen bestimmten Geruch gebracht, den wir einfach vermeiden müssen, wenn wir nicht in diese rechte Ecke hineingedrängt werden wollen, die für uns ja lebensgefährlich wäre. Darüber können wir uns ja wohl einig sein. Und ich meine, daß zwar auf der einen Seite das Recht auf Irrtum gar nicht bestritten werden kann und auch legitim ist, daß aber jeweils bei jedem Parteiwechsel deutlich gemacht werden muß, daß er nicht aus opportunistischen Gründen erfolgt und daß etwa nur die gescheiterten NPD-Repräsentanten jetzt sich versuchen auf unser Schiff zu retten, um hier ihre politische Tätigkeit fortzusetzen und damit im Grunde auch NPD-Politik in der CDU zu betreiben.

Bei dem Landesverband Niedersachsen hatte man ja manchmal den Eindruck, man weiß nicht, wer da vor einigen Jahren eigentlich wen gestoppt hat, die CDU die DP oder die DP die CDU. (*Kiesinger*: Gibt es das auch in der CDU?) Ja, es gibt natürlich alle möglichen Flügel, und das ist auch legitim, aber irgendwo gibt es eine Grenze, die nicht mehr legitim ist. Und ich würde sagen, Stellvertreter von Thadden¹⁰⁹ zu sein über Jahre hinweg und mit ihm gemeinsam in der Fraktion zu sitzen und dann von heute auf morgen plötzlich das Recht auf Irrtum zu erkennen, nachdem große Massenbewegungen aus allen möglichen Parteien in Richtung CDU-Fraktion im Zusammenhang mit der Neubildung der Regierung erscheinen und dann noch glaubwürdig zu sagen, daß man alles das nicht mehr glaubt, was man jahrelang verkündet hat, das ist doch alles sehr obskur. Ich meine, es wäre glaubwürdiger gewesen für Herrn Hass, er hätte sein Landtagsmandat niedergelegt, auch wenn uns das im Moment vielleicht diese eine Stimme gekostet hätte, von der wir hofften, daß sie den Ausschlag geben könnte für die Wahl von Herrn Hasselmann zum Ministerpräsidenten. Aber dann wäre es glaubwürdiger gewesen, daß Herr Hass wirklich nichts mehr mit seiner NPD-Vergangenheit zu tun haben will. Aber so von heute auf morgen mal neben Herrn von Thadden in der NPD-Fraktion und dann in der CDU-Fraktion jeweils parlamentarisch zu wirken, das ist doch ein Sprung, der uns wieder in eine für uns lebensgefährliche Ecke gedrängt hat.

Heck: Also ich beurteile das nicht so. Ich möchte darauf hinweisen, daß dieser Parteitag der NPD in Offenburg¹¹⁰ da vorausgegangen ist, wo der radikale Flügel die Oberhand gewonnen hat und daß das ein realer Anlaß war. Man sollte in solchen Fällen nicht unbedingt nur die negative Interpretation als Möglichkeit sehen, sondern in diesem Fall gibt es eine sehr handfeste reale. Ich würde einfach – und immer unter der Voraussetzung, daß die Leute politisch keine silbernen Löffel gestohlen haben – sagen, wenn ich zu der Überzeugung komme, ein solcher Schritt trägt dazu bei, die NPD aus

108 Die NPD hatte Schröder bei der Wahl in der Bundesversammlung am 5. März 1969 die Stimmen ihrer 22 Wahlmänner zugesagt, vgl. „Rheinische Post“ vom 11. Februar 1969 „Schröder kann mit NPD-Stimmen rechnen“; „Bonner Rundschau“ vom 11. Februar 1969 „Kein Bundespräsident von Gnaden der NPD“ (weitere Artikel in ACDP 01–483–233).

109 Adolf von Thadden (1921–1996), Journalist; 1967–1971 Bundesvorsitzender der NPD. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 653 Anm. 89.

110 Der NPD-Bundesparteitag fand vom 13. bis 15. Februar 1970 in Wertheim statt.

dem niedersächsischen Landtag bei den Landtagswahlen rauszuhalten, dann würde ich ihn tun – auch auf die Gefahr hin, daß es diesen scheinheiligen Brüdern von der Linken gelingt, uns hier ein bißchen anzustreichen. Ich finde, es ist eine solche groteske Infamie, eine solche Unverschämtheit von diesen Brüdern, uns an die Seite der NPD zu stellen. Wir haben uns leider Gottes viel zuviel darauf eingelassen. Aber die haben natürlich in einem gelernt, und sie machen das ganz bewußt. Sie wollen uns in die Situation bringen, daß wir uns verteidigen, damit ein bißchen abgelenkt wird von der Tatsache, was sich an Linksradikalismus bei ihnen, speziell von der nachwachsenden Generation, entwickelt. Aber es ist eine Frage. Wie gesagt, wir haben uns auf die Bundestagswahlen hin dafür entschieden, daß wir alles tun, daß sie nicht in den Bundestag kommen. Und es ist – glaube ich – auch konsequent, daß das mindestens ein möglicher Maßstab ist, auf Landesebene sich so zu entscheiden, daß die Brüder nicht mehr im Landtag sind.

Dregger: Wenn der Herr von Thadden seinen Wohnsitz nach Hessen verlegen sollte und er würde sich bei der CDU anmelden, dann würde ich ihn nicht aufnehmen, denn er ist eine Symbolfigur. Wenn der Herr Wehner sich bei der CDU anmelden würde, würde ich ihn heute aufnehmen, weil er schon längere Zeit in der SPD gewesen ist. Wenn er sich unmittelbar von der KPD bei uns angemeldet hätte, hätte ich auch große Bedenken. (*Stürmische Heiterkeit.*)

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Darf ich noch auf einen viel wichtigeren Aspekt hinweisen. Ich glaube nicht, daß das alles so lebensgefährlich ist, wie Sie sagen. Schauen Sie sich doch die NPD-Leute in den Landtagen an, die da hineingekommen sind. Das sind brave, vermottete Spießer – weiter gar nichts. Sie müssen sich immer die Zahlen vergegenwärtigen. Es sind fast 900.000 NPD-Wähler gewesen. Hätten wir 400.000 von diesen Stimmen, die der NPD zugeflossen sind, für uns bekommen, wäre alles bestens. Lieber Herr Echternach, jetzt muß doch unsere Aufgabe sein, von diesen 900.000 Stimmen, die im Bundestagswahlkampf verlorengegangen sind – jetzt will ich mal die Böcke von den Schafen trennen, also schön, 400.000 sind unheilbar, weg damit, das sind die Böcke. Aber dann die Schäflein, die 500.000 Schäflein, die für uns zu gewinnen und zu integrieren, sollte nicht so schwer sein. Und wenn dann der eine oder der andere Mann überzeugend – und hier muß unsere Politik einsetzen – kommt und sagt, das war alles Mist, was ich da gemacht habe, das war wirklich ein Irrtum, der wird natürlich soundso viele nach sich ziehen. Die Geschichte ist ja nun auch so, wir werden möglicherweise in einem halben Jahr in Deutschland einen gewaltigen Auftrieb der NPD erleben, wenn der große Katzenjammer kommt aufgrund der Politik dieser Regierung. Und dann wandern sie von uns ab. Erinnern Sie sich an diese Allensbacher Umfrage, die mir damals sehr zu denken gegeben hat, unter Studenten und Oberschülern, daß 19 % der Befragten eine Partei links von der SPD und 19 % eine Partei rechts von der CDU wollten.¹¹¹ Sicher, wir wissen, wie wir solche Dinge zu nehmen haben, aber es war doch alarmierend und für uns alle neu, befremdlich neu. Und wenn das so kommen sollte, dann müssen wir wenigstens die rausziehen, die im Grunde genommen

111 Nicht ermittelt.

gar nichts anderes wollen als eine klare Haltung in diesen deutschen Fragen, die auch nicht den Verdacht haben, daß wir nun so halb und halb diese ganze Politik mitmachen. Darin liegt eine große Chance für uns. Und wenn Sie die Leute mal einzeln vor sich haben, dann sehen Sie, das sind doch keine Neonazis.

Ich glaube, jetzt sollten wir, da wir zusammengeschmolzen sind, Schluß machen. Ich danke denen, die standhaft ausgehalten haben.